

APuZ

Aus Politik und Zeitgeschichte

20/2010 · 17. Mai 2010



60 Jahre ARD

Dietrich Schwarzkopf

Die ARD – Begleiterin deutscher Zeitgeschichte

Diemut Roether

Spannungsverhältnisse – eine kritische Würdigung der ARD

Konrad Dussel

Entstehung und Entwicklung einer Gemeinschaft

Gemma Pörzgen

Die Welt im Blick: ARD-Auslandskorrespondenten

Michael Meyen

Die ARD in der DDR

Hans-Jürgen Krug

Von der Vielstimmigkeit zur Marke: 60 Jahre ARD-Hörfunk

Knut Hickethier

„Tatort“ und „Lindenstraße“ als Spiegel der Gesellschaft

Editorial

Am 9. und 10. Juni 1950 beschlossen die Intendanten der sechs öffentlich-rechtlichen Sender im Westen des geteilten Deutschlands – Nordwestdeutscher Rundfunk (britische Besatzungszone), Südwestfunk (französische Zone), Bayerischer Rundfunk, Süddeutscher Rundfunk, Hessischer Rundfunk und Radio Bremen (alle amerikanische Zone) –, die „Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland“ zu gründen. Vier Jahre später ging das erste deutsche Fernsehprogramm auf Sendung, gemeinschaftlich veranstaltet von der ARD und anfangs nur für zwei Stunden täglich.

Zum „Ersten“ sind inzwischen über zehn weitere Fernsehprogramme, mehr als fünfzig Radioprogramme sowie diverse Onlineangebote dazugekommen. Die ARD spielt damit eine herausragende publizistische Rolle in Deutschland, die große gesellschaftliche Verantwortung für die unabhängige Meinungs- und Willensbildung der Bevölkerung mit sich bringt. Allerdings hat sie schon längst keine Monopolstellung mehr: Seit 1963 gibt es das Zweite Deutsche Fernsehen (ZDF), ebenfalls mit Gebühren finanziert, seit 1984 auch Privatsender, welche die Öffentlich-Rechtlichen vor allem im Unterhaltungsbereich konstant unter Zugzwang setzen. Zwar genießt die ARD im Bereich der „seriösen Berichterstattung“ nach wie vor einen Vertrauensvorsprung beim Publikum, aber den Programmverantwortlichen wird vorgehalten, auch hier allzu häufig dem Druck der Quote nachzugeben – etwa, wenn erstklassige Dokumentationen erst spät abends „versendet“ werden.

Die weitere Entwicklung der ARD hängt auch vom Ausgang der aktuellen Debatte um ihre „Expansion“ ins Internet ab, deren Ende noch nicht abzusehen ist. Eines scheint indes sicher: Die publizistische Bedeutung der ARD ist in Zeiten sinkender Zeitungsauflagen und großer Unsicherheit, was die langfristige Finanzierung des unabhängigen Qualitätsjournalismus angeht, größer denn je. Umso mehr ist sie dem Gebot der Staatsferne verpflichtet.

Johannes Piepenbrink

Dietrich Schwarzkopf

Die ARD – Begleiterin deutscher Zeitgeschichte

Essay

Wer die ARD als Begleiterin deutscher Zeitgeschichte beschreiben will, muss sich darüber klar sein, was Begleitung in diesem Zusammenhang bedeutet.

Dietrich Schwarzkopf

Geb. 1927; Vorsitzender der Historischen Kommission der ARD, 1978 bis 1992 Programmdirektor Erstes Deutsches Fernsehen, zuvor unter anderem stellvertretender NDR-Intendant und Leiter des Bonner Büros des Deutschlandfunks; Prinzenweg 1A, 82319 Starnberg.

Rundfunk, öffentlich-rechtlicher zumal, hat die Aufgabe, Sachverhalte sachlich darzustellen und bewertend einzuordnen. Er tut dies im Dienste des Publikums zu dessen Information, der Voraussetzung für das Handeln als Bürger in einer Demokratie. Zeitgeschichte bezieht sich dabei nicht nur auf Sachverhalte, die von historischer Relevanz sind oder werden können, nicht nur auf die Politik im engeren Sinne, sondern auf alle Lebensverhältnisse, die für die Bildung öffentlicher Meinung erheblich sind.

Was zeitgeschichtlich geschieht, wird von den Medien dem Publikum vermittelt. Der Rundfunk ist dabei, wie das Bundesverfassungsgericht in seinem ersten Fernsehurteil vom 28. Februar 1961 festgestellt hat – eine Erkenntnis, an der das Gericht fortan in ständiger Rechtsprechung festhält –, Medium und Faktor zugleich. Das heißt, der Rundfunk (bislang bezogen auf Hörfunk und Fernsehen) ist nicht nur Mittler und Verteiler, sondern auch in all seinen Programmen ein eminenter Faktor der öffentlichen Meinungsbildung. Eine solche Begleiterin schreitet nicht distanziert neben dem zeitgeschichtlichen Geschehen einher, sondern greift auch kraft medialer Wirkungsmacht willentlich oder unwillentlich in das Geschehen ein. Dabei kann sich erweisen, dass die Begleiterin nicht eingreifen will, es aber trotzdem ihrer Wirkungskraft wegen tut, oder dass sie eingreifen möchte,

aber nicht kann, weil die Wirkungskraft sich nicht entfaltet. Im Folgenden soll an einigen herausragenden Beispielen gezeigt werden, welche Rolle die ARD in den 60 Jahren ihres Bestehens als Begleiterin gespielt hat.

Wiedervereinigung

Das wichtigste zeitgeschichtliche Ereignis in diesem historischen Abschnitt war die deutsche Wiedervereinigung. Die Programme der ARD waren von Anfang an Rundfunk für die deutsche Einheit. Dies galt auch für die Zeit, in der nicht wenigen Bürgern der Bundesrepublik Deutschland, auch ARD-Redakteuren, das Streben nach Wiederherstellung der deutschen Einheit als unrealistisch oder gar als nicht wünschenswert galt. Insbesondere das öffentlich-rechtliche Fernsehen aus Westdeutschland hatte zwischen dem Mauerbau 1961 und dem Mauerfall 1989 eine große gesamtdeutsche Bedeutung.

Die DDR-Führung hatte eingesehen, dass der Empfang westdeutscher Fernsehprogramme in der DDR nicht zu verhindern war und zog sich auf ein Verbot der Weiterverbreitung westlicher Informationen zurück. Das war eine informationspolitische Kapitulation. Das von der DDR-Führung angestrebte Informationsmonopol der eigenen Medien ließ sich nicht verwirklichen. Stattdessen war sie darauf verwiesen zu reagieren, zu dementieren, abzustreiten und versuchte, die Glaubwürdigkeit westlicher Medien zu beschädigen. Der Erfolg einer solchen Politik setzt aber eigene Glaubwürdigkeit voraus, und die besaß die Staats- und Parteiführung bei der DDR-Bevölkerung nicht. Die DDR-Medien kamen in die Situation, westliche Nachrichten entweder aufzugreifen, um sie zu bekämpfen, oder ihre Kenntnis beim Publikum vorzusetzen. Damit verlor die DDR ihre informationspolitische Souveränität, wie sie sie sich vorgestellt hatte, und die sie für die Erziehung der Bevölkerung zum Sozialismus für erforderlich hielt. Die Erkenntnis, dass moderne Kommunikationsmittel grenzenlos sind, und dass der Versuch, sich dagegen abzuschotten, untauglich ist, kam der DDR-Führung zu spät.

Den Grundlagenvertrag zwischen den beiden deutschen Staaten und die Aufnahme in die Vereinten Nationen im Jahr 1973 verstand die DDR-Führung als Anerkennung der Sou-

veränität des von ihr beherrschten Landes. Gleichzeitig bewirkte die Zulassung westdeutscher Korrespondenten in Ost-Berlin einen weiteren Bedeutungsverlust der DDR-Medienpolitik. Es entstand nämlich eine in Ost und West gleichermaßen wahrgenommene innenpolitische Berichterstattung aus der DDR, die es bis dahin nicht gegeben hatte und die nicht dadurch zu verhindern war, dass die DDR-Behörden die Korrespondenten der ARD und anderer bundesdeutscher Medien ständig drangsalierten. Das Motto der westdeutschen Entspannungspolitik gegenüber Ost-Berlin lautete von Willy Brandt bis zu Helmut Kohl (insofern herrschte da Kontinuität): „Die DDR nicht destabilisieren.“ Die westdeutschen Korrespondenten in der DDR orientierten sich an dieser Grundhaltung der Bundesrepublik. Doch natürlich enthielt ihre Berichterstattung Elemente, die die DDR als Destabilisierungsversuch ansah, zum Beispiel die Berichte über die sich herausbildende Opposition, zu einem nicht unerheblichen Teil unter dem Dach der evangelischen Kirche.

Die Korrespondenten der ARD, wie andere auch, nahmen die oppositionellen Kräfte ernst. Demgegenüber suchte die SPD gemeinsam mit der SED nach einer Streitkultur für Gespräche miteinander, und die westdeutschen Länder-Ministerpräsidenten standen Schlange, um dem Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker ihre Aufwartung zu machen. Niemand konnte die DDR daran hindern, sich selbst zu destabilisieren, auch wenn das nicht das Ziel der Bonner Politik und einer begleitenden Berichterstattung war. Ihre größten Stunden hatte die Fernsehberichterstattung der ARD über die Demonstrationen 1989, die schließlich zum Sturz des Regimes führten. Hier waren die Korrespondenten nicht nur Begleitung, sondern Mitakteure, bot doch die Anwesenheit westlicher Fernsehkameras und die tagesaktuelle Berichterstattung in der „Tagesschau“ den Demonstranten auch einen gewissen Schutz. Die Berichte über die Friedliche Revolution, den Mauerfall und den Weg bis zur Wiedervereinigung 1990 waren Höhepunkte und Abschluss einer Begleitung bis zum Ende der DDR.

Umgang mit der NS-Vergangenheit

Die DDR hatte sich dafür gerühmt, dass der Antifaschismus ihre Staatsräson sei. Sie nahm

für sich in Anspruch, die nationalsozialistische Vergangenheit bewältigt zu haben und sich gewissermaßen auf der Seite der Sieger über den Faschismus zu finden, während alle Schuld für Nichtbewältigung, ja ein Fortleben dieser Vergangenheit der Bundesrepublik anzulasten sei. Der Antifaschismus der DDR war freilich einer, bei dem die Bestimmung, wer zu den Antifaschisten gehöre, in der Hand der kommunistischen Bewegung lag. Antifaschismus in der DDR-Interpretation war auch ein Kampfbegriff zur Diffamierung der Bundesrepublik.

Diese verstand ihr Grundgesetz geradezu als einen Gegenentwurf zu dem Totalitarismus des nationalsozialistischen Regimes. Das Bundesverfassungsgericht bezeichnete in seinem Urteil vom 4. November 2009, welches das Verbot der Friedensstörung durch öffentliche Billigung, Verherrlichung oder Rechtfertigung des NS-Regimes als verfassungskonform bestätigte, die nationalsozialistische Herrschaft als für die verfassungsrechtliche Ordnung der Bundesrepublik von „gegenbildlich identitätsprägender Bedeutung, die einzigartig ist“.

Von dieser Grundposition aus und in Begleitung der sich daraus ergebenden Politik setzte sich die ARD kontinuierlich und umfassend mit der nationalsozialistischen Vergangenheit auseinander. Im Fernsehen geschah dies mit Dokumentationen, auch Dokumentarreihen („Europa unterm Hakenkreuz“, 1982/83) und Spielhandlungen. Gemeinsames Merkmal dieser Programme war ein aufklärerisch-pädagogischer Ansatz. Er erschien dem öffentlich-rechtlichen Charakter angemessen, auch wenn das Publikum nicht selten zurückhaltender reagierte, als es die Programmverantwortlichen erwartet hatten.

Deshalb gab es in der ARD zunächst Vorbehalte gegen die Übernahme des amerikanischen Mehrteilers „Holocaust“ (1978), der die Ermordung der europäischen Juden durch die Nationalsozialisten mit den Mitteln emotionsbetonter Dramaturgie zeigte. Auf Drängen des Westdeutschen Rundfunks wurde „Holocaust“ zunächst in den Dritten Fernsehprogrammen der ARD gezeigt. Der Erfolg war außerordentlich. Die positive Reaktion des Publikums ließ erkennen, dass es durch eine emotionsstarke personalisierte Darstellung von Figuren, mit denen man sich leicht identifizieren konnte, einen Zugang zur Er-

kenntnis des Schreckenscharakters und der Dimension der Judenverfolgung fand, der ihm bisher so nicht geboten worden war.

Deutsche Fernsehautoren und -produzenten haben sich von „Holocaust“ inspirieren lassen, ohne dramaturgische Amerikanismen zu kopieren. Die Erweiterung des Erkenntniszugangs zum Charakter nationalsozialistischer Untaten dürfte im Verhältnis zur partiellen Abkehr von belehrender Dramaturgie als Gewinn zu verzeichnen sein. Die Klage, jetzt schleiche sich die Unterhaltung auch noch in die Darstellung der Verbrechen des NS-Regimes ein, greift zu kurz. Die Akzentveränderung in diesem Abschnitt der ARD-Begleitung für Zeitgeschichte kam aus der ARD selbst und diente ihrer Begleitfunktion.

Europa

Eine verstärkte erkenntnisfördernde Zugangserweiterung zum Thema Europa/Europäische Union als Begleitung der deutschen Europapolitik wäre im Interesse des Publikums wünschenswert. Der Korrespondentenplatz Brüssel ist deutscherseits reichhaltig besetzt. Die dort stationierten Berichterstatter sind für viele Redaktionen beinahe Inlandskorrespondenten. Gleichwohl verengt sich die Berichterstattung – auch die ARD ist davon nicht frei – auf die thematischen Zugänge Deutschlandbezug und Verbrauchernutzen. Die Finanzmisere Griechenlands mit ihren tatsächlichen oder befürchteten Folgen für die Europäische Union ist einer der wenigen Fälle, in denen die großen Zusammenhänge dem Publikum deutlicher werden.

Die Verengung auf Deutschlandbezug und Verbrauchernutzen verleitet zu der Publikumsreaktion, vorrangig darauf zu achten, ob Deutschland schon wieder zu viel bezahlen muss und an Einfluss zu kurz kommt oder sich Brüssel mit seiner Harmonisierungsfixierung erneut lästige Detailregulierungen für Verbraucher hat einfallen lassen. Ein spannender realitätsgerechter Fernsehfilm über Machtverhältnisse und Machtkämpfe in Brüssel könnte ebenso Verständnishilfe bieten wie eine intelligente und verständliche dokumentarische Darstellung, wer nun in den obersten Rängen der Europäischen Union, die etwas überbesetzt erscheinen, tatsächlich für was zuständig ist.

Der Rundfunkhistoriker und langjährige Intendant des (inzwischen im Südwestrundfunk aufgegangenen) Süddeutschen Rundfunks Hans Bausch meinte, das Rundfunksystem eines Landes sei Spiegel seines Staatswesens. Er bezog diese Aussage auf die Organisation des Rundfunks und sein Verhältnis zum Staat. Man kann dies dahin ergänzen, dass das Rundfunkprogramm, nicht zuletzt das Fernsehprogramm, ein Spiegelbild des jeweiligen Zustandes der Gesellschaft des betreffenden Landes ist. Diese Aussage wird dann interessant – und brisant –, wenn die Gesellschaft gespalten ist. Das kann politische oder wirtschaftliche Gründe haben oder eine Gemengelage von Ursachen.

Dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk ist eine gesellschaftliche Integrationsaufgabe zugewiesen. Kann er die wahrnehmen, wenn er in einer gesellschaftlichen Konfrontationssituation Partei ergreift? Gelegentlich wird behauptet, das Fernsehprogramm (bis zum Auftreten des ZDF im Jahre 1962 war es allein das der ARD) sei in Konrad Adenauers Zeit behäbiger gewesen als später. Freilich hielt der Bundeskanzler den politischen Teil des ARD-Programms für zu aufsässig und zu links. Deshalb wollte er mit einem formal privatrechtlichen, tatsächlich aber vom Bund geleiteten „Deutschland-Fernsehen“ ein politisches Gegengewicht schaffen. Das Bundesverfassungsgericht verhinderte dies, indem es dem Bund die Zuständigkeit für den Rundfunk (Auslandsrundfunk ausgenommen) absprach. So behäbig kann die ARD also nicht gewesen sein.

Die durch das Stichwort 1968 gekennzeichnete gesellschaftliche Situation in der Bundesrepublik war konfrontativ. Die Ideen der außerparlamentarischen Opposition, der nicht nur gegen die universitäre Autorität aufbegehrenden Studenten, die neuen Vorstellungen von Erziehung und dem Verhältnis der Geschlechter zueinander fanden nicht durchgängig, aber auffällig sympathisierende Berücksichtigung in ARD-Programmen, nicht zuletzt im Fernsehen. Freilich strahlte der Norddeutsche Rundfunk, dessen politisches Magazin „Panorama“ sich an der Spitze des Fortschritts wähnte, auch den Fernsehfilm „Alma mater“ (1969) von Dieter Meichner und Rolf Hädrich aus, eine scharfe Abrechnung mit dem autoritären Gehabe von

Studenten, die sich als antiautoritär ausweisen wollten.

Die die neuen Ideen vorantreibenden Redakteure wollten nicht eine gesellschaftspolitische Entwicklung begleiten oder registrieren, sondern sie aktiv fördern. Gern wird gesagt, die Auseinandersetzungen um die Ideen von 1968 hätten den öffentlichen Diskurs gefördert. Wenn das so war, dann war das jedenfalls nicht das Ziel des harten Kerns der Achtundsechziger, die nicht eine *debating society* wollten, sondern in Diskussionen nur ein Mittel sahen, Gegner niederzumachen. Jedenfalls wirkten die großen Erregungen von 1968 nicht allzu lange nach. Das ARD-Programm nahm seinen Kurs der kritischen Begleitung deutscher Politik wieder auf, ohne in Behäbigkeit zu verfallen oder sich zu entpolitisieren. Auf die Bundesrepublik kam eine neue Herausforderung zu, mit der sich auch die ARD auseinanderzusetzen hatte: der Terrorismus.

Terrorismus

Im Fall der Entführung des Berliner CDU-Vorsitzenden Peter Lorenz durch Terroristen (27. Februar 1975) trat die ARD, wie das ZDF, aus der Rolle der Begleiterin der Politik heraus. Die Entführer verlangten die Freilassung mehrerer inhaftierter Gesinnungsfreunde, den Abflug der Freigelassenen ins Ausland sowie die Übertragung des Abflugs in Hörfunk und Fernsehen und die Ausstrahlung von Stellungnahmen der Freigelassenen im Programm. Würden diese Bedingungen nicht erfüllt, so werde Lorenz sterben.

Bundesregierung und öffentlich-rechtlicher Rundfunk gaben der Erpressung durch die Terroristen nach, Lorenz kam frei. In der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 7. März 1975 schrieb Robert Held: „Die Demütigung des Staates wurde in der elektronischen Walhall der Nation vollzogen.“ Aber hätten sich die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten entziehen können, wenn die Bundesregierung bereit war nachzugeben? Der damalige ARD-Programmdirektor Hans Abich sah im Fall Lorenz das Fernsehen in der Rolle des „genötigten Nothelfers“.

ARD und ZDF hatten die Bundesregierung in die Demütigung durch Terroristen

begleitet. Nach der Entführung des Arbeitgeberpräsidenten Hanns-Martin Schleyer war Bundeskanzler Helmut Schmidt entschlossen, dass sich ein Nachgeben nicht wiederholen sollte. Schleyer wurde ermordet.

Duales Rundfunksystem

In einer essentiellen eigenen Angelegenheit wäre die ARD wohl gern aus einer Begleitrolle, die in Wahrheit eine Objektrolle war, herausgetreten, zumindest mit einer Beeinflussung des Meinungsklimas zu ihren Gunsten. Gegen die Pläne der Politik, vornehmlich der CDU, privatwirtschaftlichen Rundfunk einzuführen, konnten die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten nichts unternehmen, was zur Verhinderung der Realisierung dieser Pläne geführt hätte. Das generelle Meinungsklima bewegte sich nicht zu Gunsten einer Fortsetzung der Alleinstellung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Wäre eine solche Mobilisierung möglich geworden, und hätte sie sich politisch durchgesetzt, so wäre sie ein Pyrrhussieg gewesen. Kommerzielles Fernsehen in deutscher Sprache mit deutscher Werbung hätte Deutschland von außen überflutet.

Mit der Zulassung privatwirtschaftlicher Rundfunkveranstalter hat die ARD (wie das ZDF) auch bei der Begleitung deutscher Politik Konkurrenz erhalten. So lange es den öffentlich-rechtlichen Rundfunk gibt, verlangt das Gesetz freilich auf diesem Gebiet geringere Anstrengungen der Privaten. Sie haben eigene Begleitakzente gesetzt, die ihrem wirtschaftlichen Auftrag entsprachen: Personalisierung, Vorrang von *human touch*, Skandalisierung.

In den Grenzen ihres Auftrags hat die ARD in ihren Programmen vor allem die Personalisierung stärker berücksichtigt. Auch ihre Talkshows haben dazu beigetragen, unter den Politikern die Klasse der durch dieses Programmformat Begünstigten, weil immer wieder vorrangig Eingeladenen, zu schaffen, mit einem Gefolge von mitbegünstigten Nichtpolitikern, bei denen die Auswahl gelegentlich willkürlich erscheint.

Diemut Roether

Spannungsverhältnisse – eine kritische Würdigung der ARD

Die beißendsten Spötter über die ARD sitzen im Sendeverbund selbst: „Was wäre ein Programmleiter der ARD ohne

Diemut Roether

Geb. 1964; verantwortliche Redakteurin epd medien, Emil-von-Behring-Straße 3, 60439 Frankfurt am Main. roether@epd.de

die Fähigkeit zu leiden? An der ARD zu leiden, genauer gesagt“, schrieb ARD-Programmdirektor Günter Struve, der die Geschicke des „Ersten“, wie das Gemeinschaftsprogramme der ARD heißt, von 1992 bis 2008 maßgeblich bestimmt hat. Struve, der einen charmanten Zynismus pflegt, bekannte einmal, dass die programmstrategischen Klausurtagungen „zu den unbestrittenen Höhepunkten im Leben eines Programmdirektors zählen“.¹

Auch für eine Positionsbestimmung der ARD im 60. Jahr ihres Bestehens ist es aufschlussreich, den Blick auf Struve zu richten: Von der „Zeit“ wurde er als „geschickter Manager des Seichten“ beschrieben,² er selbst gab sich freimütig als „Lobbyist des Mainstreams“ zu erkennen.³ Als solcher führte er einen Kampf um die Zuschauerinnen und Zuschauer, die dem Ersten angesichts der stärker werdenden Konkurrenz durch die Privaten verloren zu gehen drohten, und er erreichte, dass das Gemeinschaftsprogramm der ARD seit 1998 wieder ganz vorne im Konzert der Marktführer mitspielt.

Struves Nachfolger ist seit November 2008 Volker Herres. Dass er ganz im Geiste Struves denkt und handelt, machte er in einem Aufsatz für das ARD-Jahrbuch 2009 deutlich, in dem er sich wie sein Vorgänger auf Goethes „Faust“ bezog und das Erste als „Gesamtkunstwerk“ bezeichnete, das nicht zur Erbauung der Eliten geschaffen sei. „Das Erste“, so Herres' Credo, „soll alle ansprechen, auch unterhalten“.⁴ Das Spannungsverhältnis, dass das Erste einerseits ein großes Publikum ansprechen will, ander-

erseits aber als öffentlich-rechtliches Programm auch aufgefordert ist, Nischensendungen für kulturinteressierte Zuschauer zu machen, stellt jeden ARD-Programmdirektor vor eine schwierige Aufgabe. Herres schreibt: „Das Erste muss Quote machen. Wir wollen ankommen – daran ist nichts verwerflich. Aber wir wollen das nicht um jeden Preis.“⁵

Zwischen Quote und Qualität

Dass das Erste nach Meinung vieler Feuilletonisten gerade die Kulturinteressierten so schlecht bedient, hat der ARD immer wieder heftige Kritik eingetragen. Im Jahr 2000 schimpfte Jens Jessen in der „Zeit“ über die „Quoten-Idioten“. Die Fernsehmacher bei ARD und ZDF hätten ein „schlechtes Gewissen, weil sie der privaten Marktkonkurrenz entzogen sind und eigentlich ein beliebig gutes Programm für beliebig wenige Zuschauer machen könnten“, schrieb Jessen. „Sie könnten, wie es die altmodischen Rundfunkstaatsverträge auch einmal vorsahen, ausschließlich tun, was sie für journalistisch geboten und künstlerisch wertvoll halten. Sie halten diese Freiheit aber heimlich für elitär und fürchten, das Volk könnte dahinter kommen und ihnen das Gebührenprivileg wieder entziehen. Darum blicken sie so angstvoll auf die Quote: Sie ist ihnen ein tägliches Plebiszit über die Berechtigung des öffentlich-rechtlichen Rundfunksystems.“⁶

Anlass für diese Frontalattacke war ein internes ARD-Papier, das pünktlich zum 50. Geburtstag der ARD bekannt geworden war. Es hielt Kriterien und Vorgaben zur Optimierung von Fernsehfilmen und Hauptabendserien fest und forderte unter anderem eine Erzählweise, die „unkompliziert, einfach, klar, auf keinen Fall verwirrend“

¹ Beide Zitate nach: Diemut Roether, Der Quotenmacher, in: epd medien, (2008) 87, S. 3 ff.

² Bernd Gäbler, Was bewegt ... Günter Struve?, in: Die Zeit, Nr. 31 vom 28. 7. 2005.

³ Vgl. D. Roether (Anm. 1).

⁴ Volker Herres, Qualität trotz Quotendruck, in: ARD-Jahrbuch 2009, S. 33.

⁵ Ebd., S. 29.

⁶ Jens Jessen, Die Quoten-Idioten, in: Die Zeit, Nr. 36 vom 31. 8. 2000, online: www.zeit.de/2000/36/200036_fernsehen.xml (7. 4. 2010).

sein sollte.⁷ Die ARD-Verantwortlichen distanzieren sich zwar davon, aber viele Freitagabendsschmonzetten atmen bis heute den Geist dieser Optimierungsvorgaben. Die ARD muss sich daher auch immer wieder gefallen lassen, dass Feuilletonisten sie der Anbiederung an den Massengeschmack zeihen. Zuletzt brach sich dieses Unbehagen an den öffentlich-rechtlichen TV-Programmen nach dem Auftritt des Großkritikers Marcel Reich-Ranicki bei der Verleihung des Deutschen Fernsehpreises 2008 Bahn.⁸ Doch wer genau hinhört, erkennt in dieser Kritik den Nachhall einer typisch deutschen Debatte: Hier wehrt sich die „E-Kultur“ (Hochkultur) gegen die amerikanisch verseuchte „U-Kultur“ (seichte Unterhaltung).

Das Unbehagen am Fernsehen ist so alt wie das Medium selbst. Im Februar 1953 schrieb Bundestagspräsident Hermann Ehlers (CDU) an den Direktor des Nordwestdeutschen Rundfunks (NWDR), Werner Pleister: „Sah eben Fernsehprogramm. Bedauere, dass Technik uns kein Mittel gibt, darauf zu schießen.“⁹ Das vom NWDR veranstaltete Programm war der Vorläufer des seit dem 1. November 1954 von der ARD veranstalteten Deutschen Fernsehprogramms, das heute „Das Erste“ genannt wird. Damals gab es nur dieses eine Programm, und es wurde nur an wenigen Stunden am Tag gesendet. Dennoch gelang es dem Medium offenbar, heftige Reaktionen auszulösen. Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) steht also in einer alten Tradition, wenn er, wie er es nach seiner Wiederwahl im Oktober 2009 tat, die öffentlich-rechtlichen Sender schilt, weil sie es nicht für nötig befunden hätten, die konstituierende Sitzung des Bundestags im Ersten oder Zweiten zu übertragen. Dabei gibt es für diese Zwecke doch Phoenix, den gemeinsamen Ereigniskanal von ARD und ZDF, der mit der Übertragung der Sitzung gerade einmal drei Prozent Marktanteil erreichte.

Doch es ist viel zu einfach, die ARD der Quotenfixiertheit und der hemmungslosen Anbiederung an den Mainstream zu bezich-

tigen. Wer das Erste aufmerksam verfolgt, findet auch zur besten Sendezeit beeindruckende Fernsehspiele und, allerdings meist zu späteren Sendezeiten, mutige, gut recherchierte politische Dokumentarfilme zu aktuellen und historischen Themen. Aber nicht immer gelingt es der ARD, das Gute populär und das Populäre gut zu machen, wie es Volker Herres im ARD-Jahrbuch fordert.¹⁰ Ausgerechnet der Geschäftsführer des Deutschen Kulturrats, Olaf Zimmermann, forderte die öffentlich-rechtlichen Sender kürzlich auf, mehr in die Unterhaltung zu investieren. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk sei „nicht, wie vielfach beklagt wird, schwach auf der Brust, wenn es um ‚Hochkultur‘ geht, sondern vor allem im Genre Unterhaltung, also der eher leichten Kultur“. Hochkulturliebhaber fänden auf Arte, 3sat oder auch in den Dritten Programmen durchaus Sendungen für ihren Geschmack. Doch „will der öffentlich-rechtliche Rundfunk nicht in die Rolle des Nischenanbieters gedrängt werden, muss er für die breite Masse der Zuschauer gute Unterhaltung anbieten“, mahnte er.¹¹

Die ARD-Tradition, den Shownachwuchs zunächst in den Dritten Programmen zu testen und dann im Erfolgsfall auch im Hauptabendprogramm im Ersten auf das Publikum loszulassen, hat sich jahrelang bewährt (z. B. Harald Schmidt, Jürgen von der Lippe, Hape Kerkeling, Olli Dittrich alias „Dittsche“, Ina Müller, Kurt Krömer). Doch in den vergangenen Jahren scheint es mit den Transfers von den Dritten ins Erste nicht mehr so gut zu funktionieren. Das mag zum einen daran liegen, dass Talente wie Anke Engelke oder Bastian Pastewka schon seit Jahren bei den Privatsendern viel bessere Bedingungen finden als bei der ARD. Zum anderen scheint sich auch in den Dritten zunehmend Mutlosigkeit breitzumachen. Es könnte den ARD-Verantwortlichen eines Tages noch leidtun, wenn sie ihre Experimentierfelder veröden lassen und sich auch in den Dritten zunehmend an die „bürgerliche Mitte“ anbieten. Wie tragisch das enden kann, zeigt sich derzeit vor allem am Hessischen Rundfunk (HR), der früher durch aufsehenerregende Dokumentationsreihen wie „Das rote Quadrat“ (im Ersten) von sich reden machte. Inzwischen ist sein

⁷ Zit. nach: Uwe Kammann, Strengere Vorgaben für ARD-Fernsehfilme, in: epd medien, (2000) 43–44, S. 12 f.

⁸ Diemut Roether, L'Éklat c'est moi, in: epd medien, (2008) 82, S. 3 ff.

⁹ Zit. nach: Fritz Pleitgen, Gedankenspiele. Die Rolle des Fernsehens in der deutsch-deutschen Geschichte, in: epd medien, (2002) 97, S. 3.

¹⁰ Vgl. V. Herres (Anm. 4).

¹¹ Olaf Zimmermann, Kulturelle Königsdisziplin, in: epd medien, (2009) 67, S. 8 f.

Drittes durch Sendungen wie „Die unglaublichsten Fahrzeuge der Hessen“, „Hessens schönste Weihnachtsmärkte“ oder „Hessens beliebteste Ausflugsziele“ zur Karikatur eines Regionalprogramms verkommen.

Allzu oft zeigen die ARD-Verantwortlichen Angst vor der eigenen Courage, wie im September 2006, als die Intendanten den später vielfach ausgezeichneten Fernsehfilm „Wut“ kurzfristig von einem Sendetermin um 20:15 Uhr auf 22 Uhr verschoben. Mag sein, dass hier auch die Angst vor den berüchtigten „Gremien-Gremlins“ (wie Moderator Günther Jauch die Rundfunkräte nannte) eine Rolle spielte, die sich bei politisch unkorrektem Inhalten allzu leicht provozieren lassen. Doch gerade bei solchen Sendungen ist Mut gefordert. Es sind nicht die musterschülerhaften „Themenwochen“, mit denen die ARD *public value* liefert, es sind vor allem provozierende, unbequeme Inhalte, die bei den Privatsendern schon lange keine Sendefläche mehr finden. Wer, wenn nicht die ARD (und das ZDF) soll den Diskussionsstoff für die Selbstverständigung der Gesellschaft liefern? Dass dabei Reibungen entstehen, ist nicht nur unvermeidbar, es ist wünschenswert.

Dass die Spannungen zwischen Qualität und Quote manchmal durchaus produktiv sein können, beweisen erfolgreiche Produktionen wie etwa „Contergan“ von Adolf Winkelmann. Der im November 2007 nach einem langen juristischen Streit mit dem früheren Contergan-Vertreiber Grüenthal gesendete Zweiteiler erhielt nicht nur Fernsehpreise, er bescherte der ARD mit mehr als sieben Millionen Zuschauern auch eine traumhafte Quote. Es sind Filme wie dieser, mit denen die ARD zeigt, dass sie nicht nur groß und mächtig ist, sondern dass sie auch mutig sein und Themen setzen kann.

Gemeinsam einsam?

Spannungsreich ist auch die föderale Struktur der ARD, die so häufig verwünscht wird, wenn es darum geht, rasch Entscheidungen zu fällen. Intern wird das Kürzel ARD gern mit „alle reden durcheinander“ aufgelöst. Doch zugleich ist die Binnenkonkurrenz und die Vielfalt der Sender ein Pfund, das der Senderverbund nicht leichtfertig verspielen sollte. Wie gut die föderale Struktur der ARD

funktionieren kann, zeigt sich an der Krimireihe „Tatort“, die in diesem Jahr ihr 40-jähriges Bestehen feiert. Die Kommissarinnen und Kommissare, die zwischen Kiel und Bodensee ermitteln, bringen sonntagabends ein sehr unterschiedliches, jeweils regional gefärbtes Deutschlandbild in die Wohnzimmer. Der „Tatort“ wird von Autoren wie Regisseuren genutzt, um gesellschaftlich brisante Themen in populärer Form aufzubereiten.¹²

Auch wenn es in den kommenden Jahren noch einige schmerzhaft Sparrunden geben wird, weil die Rundfunkgebühren eher weniger denn mehr werden, so sollte die ARD doch darauf achten, sich Labore zu erhalten, Experimentierfelder, auf denen Neues gewagt und gewonnen werden kann. Früher waren häufig die kleinen Landesrundfunkanstalten wie Radio Bremen die kreativen Labore, in denen interessante neue Formate entstanden. Doch heute fehlt den kleinen Sendern häufig das Geld für das Nötigste. So war es ein Armutszeugnis im Wortsinn, als der Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB) Ende 2008 ausgerechnet seinen Integrations-sender Radio Multikulti einstellte. Obwohl sich die ARD ein Jahr zuvor in ihrer Integrationsstrategie zu einer „Kultur der Anerkennung“ bekannt und darauf hingewiesen hatte, wie wichtig es sei, „Menschen mit Zuwanderungsbiografie hinter dem Mikrofon und auf dem Bildschirm“ in die Produktionen einzubeziehen,¹³ reichte das Geld offenbar nicht, um eine Welle zu finanzieren, deren jährliche Kosten senderintern auf gerade mal zwei bis drei Millionen Euro beziffert wurden.

Die Einstellung von Radio Multikulti offenbarte eine große Schwäche des ARD-Systems: Die Egoisten der einzelnen Sender blockieren häufig die Versuche, eine gemeinsame Programmstrategie zu entwickeln. Zwar konnte man mit Recht fragen, warum eine so kleine Anstalt wie der RBB sieben Radioprogramme brauchte, doch andererseits arbeitet der RBB bereits so kostengünstig, dass freie Mitarbeiter den Sender scherzhaft „Bangladesch“ nennen, weil die Honorare im Vergleich zu denen anderer ARD-Sender so niedrig ausfallen. Vergeblich hatte sich RBB-

¹² Zum „Tatort“ siehe auch den Beitrag von Knut Hickethier in diesem Heft.

¹³ Zit. nach: Diemut Roether, Armutszeugnis, in: epd medien, (2008) 42, S. 3–6.

Intendantin Dagmar Reim darum bemüht, den ARD-internen Lastenausgleich anders zu regeln. Zwar wurde der Anteil des RBB an der Programmzulieferung für das Erste um 0,25 Prozentpunkte auf 6,6 Prozent gesenkt, doch die Intendantin sprach auch danach noch von „eklatanten Ungerechtigkeiten“ im System. Diese Ungerechtigkeiten betreffen vor allem den RBB und den Mitteldeutschen Rundfunk (MDR), in deren Einzugsbereich überproportional viele Bürger von den Gebührenzahlungen befreit sind.¹⁴

Die ARD rechnet in den kommenden zehn Jahren mit Einnahmeverlusten von bis zu 15 Prozent. Die Rundfunkanstalten wollen daher vor allem in Technik und Verwaltung enger zusammenarbeiten.¹⁵ Aber auch im Programm finden bereits Kooperationen statt. So senden seit 2009 die ARD-Kulturwellen im Sommer zwei Monate lang abends von 20 bis 24 Uhr ein gemeinsames Radioprogramm. Kritiker warnten, dies sei ein weiterer Schritt in Richtung der Zentralisierung der Kulturwellen. Befürchtungen, es werde ein nationales Kulturprogramm vorbereitet, wurden von der ARD zwar zurückgewiesen, aber in den Häusern gilt es als ausgemacht, dass die teuren Kulturwellen von Sparanstrengungen auch in Zukunft nicht verschont bleiben. Wie viel der Senderverbund durch dieses „ARD-Radiofestival“ einspart, wollte die ARD-Pressestelle nicht mitteilen. Man wolle, hieß es im Mai 2009, „nicht von einem Spar-, sondern von einem Bündelungseffekt reden“.¹⁶

Mangelnde Selbstkontrolle

In den Sendern wird bemängelt, dass die Diskussionen über solche Einsparungen nicht offen geführt würden. In der Tat tut sich die ARD häufig schwer mit der Transparenz, zu der sie auch gegenüber den Gebührenzahlern verpflichtet ist. Dass einzelne Personen im ARD-System eine große Machtfülle auf sich vereinen, ohne ausreichend kontrolliert zu werden, zeigte sich nicht zuletzt an handfesten Skandalen wie dem um die einstige

Fernsehfilmchefin des Norddeutschen Rundfunks (NDR), Doris Heinze, die im August 2009 fristlos entlassen wurde. Zunächst hatte die „Süddeutsche Zeitung“ aufgedeckt, dass Heinze jahrelang Drehbücher ihres eigenen Mannes redaktionell betreut hatte, die dieser unter Pseudonym geschrieben hatte. Im Laufe der internen Ermittlungen stellte sich später heraus, dass Heinze sogar selbst unter Pseudonym ein Drehbuch für ihren Arbeitgeber verfasst hatte. Die Staatsanwaltschaft ermittelt nun wegen Betrugsverdachts, der Imageschaden für die ARD ist nicht bezifferbar.

Auch die Fälle der Sportchefs von HR und MDR, Jürgen Emig und Wilfried Mohren, zeigen, dass es verantwortlichen Redakteuren im System ARD offenbar jahrelang möglich war, in die eigene Tasche zu wirtschaften. Emig und Mohren hatten Geld von Sportveranstaltern angenommen, über die sie in ihren jeweiligen Programmen berichteten. Während Emig vom Landgericht Frankfurt am Main wegen Untreue und Bestechlichkeit zu zwei Jahren und acht Monaten Haft verurteilt wurde, sorgte ein gerichtlicher „Deal“ im Fall Mohren dafür, dass die Öffentlichkeit nicht darüber aufgeklärt wurde, wieso Mohren seine Geschäfte jahrelang unbehelligt tätigen konnte, weshalb also jahrelang sämtliche Kontrollen im MDR versagten. Die Frage, ob es nicht ein Verrat an der Rundfunkfreiheit ist, wenn ein öffentlich-rechtlicher Sender eine Sportübertragung davon abhängig macht, ob der Veranstalter zahlt, wurde von den Gerichten gar nicht problematisiert.¹⁷

Gerade im Sport zeigte die ARD gelegentlich eine ungute Nähe zu den Akteuren, die einer kritischen Berichterstattung im Weg stand. So schloss der Senderverbund, der seit Jahren die Rechte für die Übertragung der Tour de France hält, 1998 auch noch einen Partnerschaftsvertrag mit der Deutschen Telekom, der ihm das Recht gab, das Logo des Ersten und den Schriftzug „Radio & TV“ auf der Kleidung der Fahrer des Teams Telekom zu platzieren. Im Gegenzug durfte die Deutsche Telekom bei der ARD Werbespots im Wert von jährlich vier Millionen DM schalten.¹⁸ Als Ende der 1990er Jahre erste Do-

¹⁴ Vgl. ebd.

¹⁵ Vgl. Ellen Großhans/Diemut Roether, ARD-Rundfunkanstalten wollen enger zusammenarbeiten, in: epd medien, (2009) 96, S. 6.

¹⁶ Zit. nach: Diemut Roether, Gemeinsam schwach?, in: epd medien, (2009) 42–43, S. 3 ff.

¹⁷ Vgl. Michael Ridder, Systemsünden, in: epd medien, (2009) 95, S. 6.

¹⁸ Vgl. Claus Morhart, Telekom kündigt Radsportvertrag mit der ARD, in: epd medien, (2000) 60, S. 8 f.

pingvorwürfe gegen die Radsportler laut wurden, hielten sich die ARD-Reporter in der Berichterstattung darüber auffallend zurück. 2006 wurde obendrein bekannt, dass die ARD den Radrennfahrer Jan Ullrich seit 1999 dafür bezahlt hatte, dass er ihr für „besondere Berichterstattungsmöglichkeiten“ exklusiv zur Verfügung stand.¹⁹

Fritz Pleitgen, der damalige Intendant des Westdeutschen Rundfunks (WDR), räumte anschließend in einem Interview ein, dass die ARD zu viel Nähe zur Tour de France gehabt habe und gelobte, dies werde nicht wieder vorkommen. In der ARD wurde eine Clearingstelle Sport eingerichtet, und seit Anfang 2007 gibt es im Senderverbund auch eine Fachredaktion für Doping-Berichterstattung.²⁰ Doch weder dem verantwortlichen ARD-Programmdirektor noch dem damals amtierenden ARD-Sportkoordinator schaden die Einzelheiten, die über den Vertrag mit Ullrich bekannt wurden. Ihre Verträge wurden wenig später verlängert.²¹ Einmal mehr konnte man den Eindruck gewinnen, dass in der ARD ein System der organisierten Verantwortungslosigkeit dazu führt, dass letztlich keiner für Fehler den Kopf hinhalten muss.

Ähnlich glimpflich war für Programmdirektor Günter Struve schon der „Marienhof“-Skandal ausgegangen. Nachdem „epd medien“ 2005 berichtet hatte, dass in der gleichnamigen Vorabendserie im Ersten jahrelang Schleichwerbung platziert worden war, gab der ARD-Programmdirektor den unschuldig Betroffenen.²² Vorwürfe des Bavaria-Produzenten Thilo Kleine, Struve selbst habe die „Ko-Finanzierung“ der Serie angeregt, wies er unter juristischen Drohungen zurück. Markig kündigte Struve damals ein „Regime des Schreckens“ gegen Schleichwerbung an und versicherte, die ARD werde in den kommenden Jahren „das sicherste Gebiet der Welt in Sachen Schleichwerbung sein“.²³

¹⁹ Vgl. Michael Ridder, Struve will wegen umstrittener Ullrich-Verträge nicht zurücktreten, in: epd medien, (2006) 71, S. 10.

²⁰ Vgl. Daniel Bouhs, WDR geht Selbstverpflichtung für Sportberichterstattung ein, in: epd medien, (2008) 16, S. 8f.

²¹ Vgl. Michael Ridder, ARD verlängert Verträge mit Struve und Boßdorf, in: epd medien, (2006) 73, S. 9.

²² Vgl. Volker Lilienthal, Die Bavaria-Connection, in: epd medien, (2005) 42, S. 3–15.

²³ Zit. nach: D. Roether (Anm. 1), S. 5.

Insgesamt, so wurde bekannt, hatten Kunden zwischen 1998 und 2004 3,5 Millionen Euro bezahlt, um ihre Werbebotschaften in Serien unterzubringen, die von der ARD-Produktionstochter Bavaria produziert wurden. Unter anderem gehörten auch Pharmaproduzenten zu den Kunden der vermittelnden Agentur. Sie bezahlten zum Beispiel dafür, dass in der ARD-Erfolgsserie „In aller Freundschaft“ Dialogzeilen wie diese untergebracht wurden: „Sie leiden an Epilepsie. Ihr altes Medikament wird in Zukunft nicht mehr reichen, derartige Anfälle zu vermeiden. (...) Es gibt ein neues, hochwirksames Antiepileptikum. Diesen neuen Wirkstoff werde ich Ihnen verschreiben.“²⁴ Das Erschreckende an der „Bavaria-Connection“ war genau dies: Dass es Werbetreibenden gelungen war, bis in die Dramaturgie und die Dialoge von Serien vorzudringen und diese so zu gestalten, dass für sie ein möglichst großer Effekt entstand. Der Glaubwürdigkeit der ARD hat das sehr geschadet.

Ob die ARD aus den Skandalen der vergangenen zehn Jahre gelernt hat? Die Sender haben in jüngerer Zeit zahlreiche Leitlinien und Selbstverpflichtungen verabschiedet, aber ob diese mehr wert sind als das Papier, auf dem sie stehen, kann nur die Praxis zeigen. Immerhin ist der NDR im Fall Heinze entschlossen vorgegangen und hat jüngst auch schnell reagiert, als Vorwürfe gegen einen NDR-Redakteur laut wurden, er habe von einer Firmengruppe Geld dafür erhalten, dass er ihr Sendezeiten im Fernsehen verschafft habe.²⁵ In all diesen Fällen jedoch scheint vor allem die kollegiale Kontrolle versagt zu haben. Es sind doch die betreuenden Redakteurinnen und Redakteure, denen auffallen müsste, wenn Beiträge oder Dialogzeilen zu werblich daherkommen, oder wenn Drehbuchautoren angeblich nie erreichbar sind.

Der Verband der Drehbuchautoren schrieb nach Bekanntwerden des Drehbuchskandals von einem „Geschmacksdiktat“, mit dem beim NDR die „Fantasie der Kreativen unterdrückt“ worden sei. Er kritisierte, in den Sendern werde oft willkürlich darüber entschieden, „wer inszeniert, wer spielt und wer produziert“. Dieses System habe „Unterwer-

²⁴ Zit. nach: Volker Lilienthal, Lektion für Pillendreher, in: epd medien, (2008) 43, S. 3.

²⁵ Vgl. Ellen Reglitz, Staatsanwaltschaft Kiel ermittelt gegen NDR-Mitarbeiter, in: epd medien (2010) 21, S. 7.

fung, Einverständnis und Fantasielosigkeit produziert“.¹²⁶ Hier müssen sich die Sender nach ihrer Kultur der Kritik und Selbstkritik fragen lassen, denn nur in einem offenen Klima kann auch die größtmögliche Kreativität entstehen. Es ist ja nicht so, dass die ARD ihre Ressourcen, die sie den Gebühren aller verdankt, mutwillig verschwenden könnte.

Einfluss der politischen Parteien

Das Thema Gebühren führt zum nächsten Spannungsfeld, in dem sich die ARD bewegt. Denn für regelmäßige Gebührenerhöhungen und auch den Schutz gegen allzu dreiste Lobbyistenforderungen von Privatsendern und Verlagen braucht sie den Rückhalt aus der Politik. Wie selbstverständlich die Symbiose zwischen Politik und öffentlich-rechtlichen Sendern noch immer ist, zeigten jüngst die Auseinandersetzungen um ZDF-Chefredakteur Nikolaus Brender, dessen Vertragsverlängerung von der Unionsmehrheit im ZDF-Verwaltungsrat verhindert wurde. Aber auch die ARD ist seit ihren Anfängen nicht frei von der politischen Farbenlehre, nach der verantwortliche Posten in den Anstalten auch vom Parteiticket abhängen.

Bereits vom britischen Gründer und ersten Chef des NWDR, Hugh Carlton Greene, ist eine Anekdote überliefert, in der er schildert, wie er vergeblich gegen den Einfluss der Parteien in den deutschen Rundfunkanstalten kämpfte. Nachdem er den Sender an den Generaldirektor Adolf Grimme übergeben hatte, setzte sich Greene in seiner Abschiedsrede 1948 noch einmal dafür ein, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk staatlichen und parteipolitischen Einflüssen „so weit wie möglich entzogen“ sein müsse. Anschließend habe ihm der Hamburger Bürgermeister Max Brauer ins Ohr geflüstert: „Sie werden Ihr Ziel nicht erreichen, Mister Greene, sie werden es nicht erreichen.“ Greene selbst beobachtete, wie die Parteien später ihren Einfluss auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Deutschland weiter ausbauten: „Immer öfter wurden Intendantenposten und andere leitende Stellungen nach parteipolitischen

Rücksichten besetzt. In den Funkhäusern trat der Proporz die Herrschaft an.“¹²⁷

Der frühere ARD-Programmdirektor Dietrich Schwarzkopf schrieb kürzlich optimistisch, bei der ARD sei der „Proporzstern inzwischen stark verblasst. Es gab Intendantenberufungen ohne die Frage nach der Parteiorientierung und solche gegen den erklärten Willen von Landesregierungen des Sendgebiets“.¹²⁸ Doch die Parteien scheinen den Anspruch, die Spitzenposten im öffentlich-rechtlichen Rundfunk nach Gutsherrenart besetzen zu können noch nicht aufgegeben zu haben. Dass der Rundfunkrat des Bayerischen Rundfunks (BR) den Regierungssprecher Ulrich Wilhelm (CSU) zum BR-Intendanten gewählt hat, zeugt in dieser Beziehung nicht gerade von politischer Sensibilität. Befördert wird die Gutsherrenmentalität der Politiker in den Gremien von ARD-Vertretern, die fürchten, ihre Sender könnten in der Bedeutungslosigkeit verschwinden, wenn sie sich aus der Umklammerung durch die Politik befreien. Nicht wenige in den Anstalten haben sich daher beizeiten auf das Links-Rechts-Strickmuster eingestellt und ein entsprechendes „Parteiticket“ gebucht, um leichter in der Hierarchie aufsteigen zu können.

Streitpunkt Internet

Die ARD braucht zwar starke Befürworter, doch man würde sich wünschen, dass diese weniger eigennützig agierten, da die Angriffe von Seiten der Lobbyisten der Verleger und Privatsender nicht nachlassen. Zurzeit sind es vor allem die Aktivitäten der öffentlich-rechtlichen Sender im Internet, die ihre Gegner auf die Barrikaden bringen, allen voran das Angebot „tagesschau.de“. Nachdem im Februar bekannt geworden war, dass der NDR-Rundfunkrat das Telemedienkonzept für „tagesschau.de“ in einer Beratungsvorlage für die ARD-Gremien im Großen und Ganzen befürwortet, sprach der Geschäftsführer des Verbands Deutscher Zeitschriftenverleger, Wolfgang Fürstner, von einer „Kampfansage an alle frei finanzierten Medien“. Von einem „Kalten Medienkrieg“ war die Rede und vom

¹²⁶ Verband Deutscher Drehbuchautoren, Supergau des öffentlich-rechtlichen Fernsehens, Presseerklärung vom 1.9.2009, dokumentiert in: epd medien, (2009) 70, S. 24.

¹²⁷ Zit. nach: Dietrich Schwarzkopf, Machtausübung. Wie der Parteienproporz in den öffentlich-rechtlichen Rundfunk kam, in: Funkkorrespondenz, (2010) 2, S. 5.

¹²⁸ Ebd., S. 7.

„größtmöglichen Super-Gau in der deutschen Medienpolitik der vergangenen 20 Jahre“.¹⁹

In dieser Diskussion wird so getan, als wolle die ARD das Angebot „tagesschau.de“ ins Uferlose ausbauen. Das Gegenteil ist der Fall: Nach dem 12. Rundfunkänderungsstaatsvertrag (RÄStV) sind die öffentlich-rechtlichen Sender dazu verpflichtet, ihre Onlineangebote einem „Dreistufentest“ zu unterziehen, bei dem geprüft wird, ob der publizistische Mehrwert des (gebührenfinanzierten) Angebots den finanziellen Mehraufwand rechtfertigt. Nach dem Dreistufentest für „tagesschau.de“ müssen dessen Redakteure wohl gut die Hälfte des bisherigen Angebots aus dem Netz nehmen (intern benutzt man dafür das Wort „depublizieren“).

Unstrittig ist, dass ARD und ZDF im Internet vertreten sein müssen, wenn sie den Kontakt zu den jungen Mediennutzern nicht völlig verlieren wollen. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Rundfunkurteil von 1991 sehr weitsichtig ausgeführt, dass sich die „Bestands- und Entwicklungsgarantie für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk“ auch „auf neue Dienste mittels neuer Techniken“ erstreckt, „die künftig Funktionen des herkömmlichen Rundfunks übernehmen können“.²⁰ Diese Entwicklungsgarantie versuchen die Lobbyisten der Verleger und Privatsender den öffentlich-rechtlichen Sendern in der hitzigen Debatte um „tagesschau.de“ und die sogenannte App (kurz für *application*) für das Smartphone offenbar streitig zu machen.

An den Auseinandersetzungen um den im 12. RÄStV vorgeschriebenen Dreistufentest für die Telemedien von ARD und ZDF zeigt sich auch, dass das Gesetz nicht ausgereift ist. Der Medienrechtler Wolfgang Schulz vom Hans-Bredow-Institut beklagte kürzlich „hypertrophe Auswüchse“ des Verfahrens: „Im Einzelfall können die Gutachten mehr kosten als der begutachtete Dienst selbst.“²¹

¹⁹ Zit. nach: Diemut Roether, Kalter Medienkrieg, in: epd medien, (2010) 13, S. 3 ff.

²⁰ BVerfGE 83, 238 – 6. Rundfunkentscheidung (Nordrhein-Westfalen-Urteil) vom 5.2.1991, online: www.servat.unibe.ch/law/dfr/bv083238.html (8.4.2010).

²¹ Wolfgang Schulz, Thesen zur rechtlichen Funktion des Drei-Stufen-Tests, dokumentiert in: epd medien, (2009) 84, S. 28.

Mehr Souveränität ist gefragt

Das politische Spannungsverhältnis in dem sich die ARD angesichts dieser Gemengelage befindet, ist in der Tat nicht einfach. Soll sie lieber die freundliche Umarmung durch die Politik hinnehmen, um so gegen rundfunkpolitische Angriffe gefeit zu sein? Es fällt auf, dass sich die ARD-Sender angesichts der zahlreichen Angriffe von außen zunehmend mit einer Art Bunkermentalität verschanzen. Olaf Zimmermann und Gabriele Schulz, die Autoren der vom Deutschen Kulturrat herausgegebenen Studie „Der WDR als Kulturakteur“, schreiben in ihrer Bewertung der für den WDR im Großen und Ganzen sehr positiven Studie, dass auffallend sei, dass der große, starke WDR auf Kritik „teilweise scharf“ reagiere. Sie empfehlen dem Sender, sich „seiner strukturellen Macht“ bewusst zu werden, diese kritisch zu hinterfragen, „da es eine geliehene Macht ist“, und sehr sorgsam mit ihr umzugehen. „Wenn der WDR den Kontakt zu den Menschen verliert, die Kultur machen und Kultur genießen, wenn seine Glaubwürdigkeit dort leidet, dann helfen ihm auch alle Statistiken nicht. Der WDR muss ein normales Verhältnis zu seiner Stärke entwickeln, dann braucht er keine Überheblichkeit und kann als Sender der Superlative selbstbewusst seine kulturellen Leistungen zeigen.“²²

Auch für die ARD gilt, dass sie ebenso selbstbewusst und selbstverständlich mit Kritik umgehen sollte wie sie sich den Spannungen stellen muss, denen sie aufgrund ihrer Struktur permanent ausgesetzt ist. „Die ARD macht uns keiner nach“, seufzen ARD-Verantwortliche gern resigniert, wenn die Vielstimmigkeit wieder einmal überhandnimmt. Doch diese Einzigartigkeit ist ein Grund stolz zu sein und sich darauf zu besinnen, dass es vor allem das ist, was die ARD ausmacht: Dass sie anders ist. Und das sollte sich auch in ihren Programmen spiegeln.

²² Deutscher Kulturrat (Hrsg), Der WDR als Kulturakteur. Anspruch – Erwartung – Wirklichkeit, Berlin 2009, S. 369f.

Entstehung und Entwicklung einer Gemeinschaft

Darin waren sich die Alliierten am Ende des Zweiten Weltkriegs einig: Das nationalsozialistische Radio musste verstummen. Viel schwieriger war für sie jedoch die Frage zu beantworten, was an seine Stelle treten, wer die neuen Programme verantworten sollte. Nur die Sowjets hatten nicht lange zu

Konrad Dussel

Dr. phil., geb. 1957; apl.
Prof. für Neuere Geschichte
an der Universität Mannheim;
St. Georg-Straße 5, 76694 Forst.
konrad.dussel@t-online.de

überlegen. Sie hatten nichts gegen Staatsrundfunk einzuwenden – wenn er in den richtigen, das heißt in von ihnen kontrollierten Händen lag. Schon am 13. Mai 1945, also nur wenige Tage nach Kriegsende, konnte der Berliner Rundfunk mit Genehmigung des sowjetischen Stadtkommandanten ein erstes einstündiges Programm senden, das von aus Moskau eingeflogenen deutschen Kommunisten vorbereitet worden war. Amerikaner, Briten und Franzosen übernahmen demgegenüber die Programmproduktion zuerst einmal selbst. Nach und nach begannen die alten „Reichsender“ im Westen ihren Betrieb als Sender der Militärregierungen.¹

Über die Grundzüge des Organisationsmodells, das längerfristig zu verwirklichen war, konnten sich die Westalliierten rasch verständigen. Einen deutschen Staatsrundfunk sollte es auf keinen Fall mehr geben. Angesichts der desolaten Wirtschaftslage war aber auch nicht daran zu denken, ein durch Werbung finanziertes privates Rundfunksystem wie in den USA zu etablieren. Also blieb nur das britische Konzept: Rundfunk als nur der Gesellschaft verantwortliche öffentliche Aufgabe, finanziert durch Gebühren und organisiert durch autonome Anstalten.²

Die unterschiedlichen Vorstellungen zeigten sich erst bei den Details der Verwirklichung. Wie viele Anstalten sollte es geben? Sollte ihre Gestaltung den Deutschen überlassen oder

von den Militärregierungen selbst vorgenommen werden? Und wie hatten die zentralen Bestimmungen auszusehen? Die Antworten fielen in jeder der drei westlichen Besatzungszonen anders aus. Briten und Franzosen entschieden sich für zentrale Anstalten für ihre gesamten Gebiete, die durch Verordnungen der Militärregierungen begründet wurden. In der britischen Besatzungszone trat auf diese Weise am 1. Januar 1948 der Nordwestdeutsche Rundfunk (NWDR) „als eine unabhängige Anstalt zur Verbreitung von Nachrichten und Darstellungen unterhaltender, bildender und belehrender Art“ ins Leben;³ am 30. Oktober desselben Jahres etablierte die französische Militärregierung den Südwestfunk (SWF) als Anstalt in ihrer Zone.⁴ Die Amerikaner beschritten einen anderen Weg. Sie hatten sich von vornherein für eine gewisse Dezentralität entschieden und forderten nun von den deutschen Regierungen ihrer Länder entsprechende Gesetze. Nach und nach wurden sie 1948/49 von den Landtagen in München, Wiesbaden, Stuttgart und Bremen verabschiedet. Noch vor der Gründung der Bundesrepublik waren damit sechs autonome Landesrundfunkanstalten entstanden, die nach dem Willen der Militärregierungen deutliche Distanz zu den deutschen Politikern halten und sich keinesfalls als deren Sprachrohr verstehen sollten.

Das war eine Position, an die sich viele westdeutsche Politiker erst noch gewöhnen muss-

¹ Der Beitrag stützt sich grundsätzlich auf den noch immer unverzichtbaren, sehr materialreichen Band des früheren SDR-Intendanten Hans Bausch, Rundfunkpolitik nach 1945, München 1980. Nachgewiesen werden daraus nur wörtliche Zitate. Ergänzende Literaturhinweise beschränken sich auf die wichtigste neuere Literatur, hier sei noch genannt: Deutsches Rundfunkarchiv (Hrsg.), „Hier spricht Berlin ...“: Der Neubeginn des Rundfunks in Berlin 1945, Potsdam 1995.

² Vgl. Konrad Dussel, Die Interessen der Allgemeinheit vertreten: Die Tätigkeit der Rundfunk- und Verwaltungsräte von Südwestfunk und Süddeutschem Rundfunk 1949 bis 1969, Baden-Baden 1995, S. 21–30; ders., Deutsche Rundfunkgeschichte, Konstanz 2010³, S. 185–190.

³ So im Vorspann zur Verordnung Nr. 118 der Militärregierung, zit. nach: H. Bausch (Anm. 1), S. 62. Vgl. ergänzend Peter von Rüdén/Hans-Ulrich Wagner (Hrsg.), Die Geschichte des Nordwestdeutschen Rundfunks, Hamburg 2005.

⁴ Vgl. Sabine Friedrich, Rundfunk und Besatzungsmacht. Organisation, Programm und Hörer des Südwestfunks 1945 bis 1949, Baden-Baden 1991.

ten, allen voran der erste Kanzler der jungen Republik, Konrad Adenauer (CDU). Mit seinen Vorbehalten hielt er nicht hinter dem Berg. Am 21. Mai 1950 erklärte er beispielsweise in einem Rundfunkinterview, dass am bestehenden System Änderungen vorgenommen werden müssten. So wie der Rundfunk jetzt sei, sei er eine Hinterlassenschaft der britischen Besatzung, die geglaubt habe, der Demokratie am meisten damit zu dienen, wenn man die Instrumente der öffentlichen Meinung in die Hand der SPD gäbe. Dies bedeute eine Beeinträchtigung der Arbeit der Bundesregierung.¹⁵ Derartige Äußerungen setzten die Rundfunkanstalten schon früh unter einen gewissen Druck.

Entstehung der Arbeitsgemeinschaft

Für viele Politiker, die noch den Rundfunk der Weimarer Republik erlebt hatten, war nicht verständlich, warum sie keinen Einfluss auf die Programme der deutschen Sender haben sollten. Schließlich waren sie ja die demokratisch gewählten Repräsentanten des Volkes. Nicht nur Bundeskanzler Adenauer war erbost über die seines Erachtens zu kritische Haltung der Anstalten seiner Politik gegenüber und strebte deshalb eine grundsätzliche Reorganisation des gesamten Systems an. Angriffspunkte gab es genügend: Der bislang nicht vorhandene Auslandsrundfunk musste organisiert werden; neben den Hörfunk überhaupt würde das Fernsehen treten, und NWDR und SWF besaßen noch keine deutschen Rechtsgrundlagen. Das Einfachste wäre es, alle Fragen mit einem einheitlichen Bundesgesetz zu beantworten.

Gegen ein solches Vorgehen gab es manchen Widerspruch, nicht zuletzt bei den betroffenen Anstalten. Wollte er tatsächlich Gehör finden, musste er sich organisieren. Der Zusammenschluss der öffentlich-rechtlichen Landesanstalten fiel umso leichter, als auch ansonsten die sachliche Notwendigkeit unbestritten war. Schon früh hatten die Sender der Militärregierungen damit begonnen, in lockerer Form zusammenzuarbeiten, vor allem in Urheberrechtsfragen. Im Laufe der Zeit intensivierten sich die Kontakte immer mehr, so dass über gewisse Institutionalisierungen

¹⁵ Wiedergegeben nach: Rolf Steininger, Rundfunkpolitik im ersten Kabinett Adenauer, in: Winfried B. Lerg/Rolf Steiniger (Hrsg.), Rundfunk und Politik 1923–1973, Berlin 1975, S. 346f.

nachgedacht wurde. Zum Modell der Weimarer Republik wollte jedoch keiner der Intendanten zurückkehren: Eine den einzelnen Anstalten übergeordnete (und am Ende noch von der Regierung dominierte) Reichsrundfunkgesellschaft sollte es nicht mehr geben. Stattdessen wurde auf einer Tagung in Bremen am 9. und 10. Juni 1950 von den sechs bestehenden öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten nur eine lockere „Arbeitsgemeinschaft“ vereinbart, deren Satzung in nur wenige, ganz allgemeine Paragraphen gegossen wurde.

Allen Abgrenzungsbemühungen gegenüber der Bundesregierung zum Trotz nahm man es sprachlich damals jedoch nicht allzu genau: Statt ganz eindeutig von einer „Arbeitsgemeinschaft der öffentlich rechtlichen Rundfunkanstalten in der Bundesrepublik Deutschland“ zu sprechen, verzichtete man auf das „in“ und nahm in Kauf, dass der einfache Genitiv zweideutig blieb. Gemeint war zwar ein objekthaftes „für die“ Bundesrepublik, im Hintergrund schwang jedoch noch immer die Besitzanzeige mit. Auch von der „ARD“ war noch nirgends die Rede. Man bezeichnete sich zunächst einmal immer nur als die „Arbeitsgemeinschaft“. Die Abkürzung ARD wurde erst 1954 eingeführt, nicht zuletzt, um das Sendezichen des deutschen Fernsehens griffiger gestalten zu können.

Gemeinschaftsaufgabe „Deutsches Fernsehen“

Die Satzung der Arbeitsgemeinschaft ist bis heute von lapidarer Kürze. Nach wie vor beschränkt sie sich darauf, als zentrale Aufgabe das „Wahrnehmen der gemeinsamen Interessen der Rundfunkanstalten“ zu definieren. Vom Fernsehen ist mit keinem Wort die Rede.¹⁶ Schon 1950 war jedoch klar, dass das neue Medium eingeführt werden würde; schließlich hatte man beim NWDR bereits 1948 mit erstem Versuchsbetrieb begonnen. Allerdings wurde schnell deutlich, dass das Projekt sehr kostspielig werden würde. Selbst der NWDR als mit Abstand größte und finanzkräftigste Anstalt würde es nicht ohne weiteres bewältigen können. Für die anderen, wesentlich

¹⁶ ARD-Satzung vom 9./10. Juni 1950 in der Fassung vom 20. Juni 2006, §2, online: www.ard.de/intern/organisation/-/id=515780/property=download/nid=8036/134puwo/index.pdf (9.3.2010).

kleineren Anstalten war es völlig ausgeschlossen. Letztlich waren damals nur zwei Strategien denkbar: Entweder würde das Fernsehen vom Bund zentral betrieben oder als Gemeinschaftsleistung der Arbeitsgemeinschaft organisiert. Während die erste Lösung verständlicherweise von der Bundesregierung favorisiert wurde, suchte die Arbeitsgemeinschaft ihre Mitglieder auf die zweite Alternative festzulegen. Leicht war das nicht, denn wie bei vielen anderen Gelegenheiten auch waren die Intendanten nicht von vornherein schon einer Meinung. Im Falle der Fernsehorganisation war es vor allem der SWF-Intendant Friedrich Bischoff, der sich zunächst für ein zentral gestaltetes Programm aussprach.

Eine Einigung war auch dann noch nicht in Sicht, als der NWDR an Weihnachten 1952 mit einem regelmäßigen täglichen Programm Dienst begann. Erst als das Bundesinnenministerium im Februar 1953 einen eigenen Gesetzentwurf vorlegte, lockerten sich die Fronten innerhalb der ARD. Ihre schon seit November 1950 bestehende Fernsehkommission bereitete einen Vertragsentwurf vor, den die Intendanten auf ihrer Sitzung am 27. März 1953 in Hannover billigten. Der Vertrag konstruierte das Programm als Gemeinschaftsleistung, zu der fünf Anstalten genau definierte Anteile beizusteuern hatten: Der NWDR hatte die Hälfte zu liefern, der Bayerische Rundfunk 20 Prozent und Hessischer Rundfunk, Süddeutscher Rundfunk sowie Südwestfunk jeweils zehn Prozent; Radio Bremen war nicht beteiligt. Von einem tagesfüllenden Programmangebot war man noch weit entfernt. Stattdessen hieß es: „Es soll höchstens zwei Stunden täglich dauern.“¹⁷

Die ganz unterschiedlichen Programmtile spiegelten die genauso unterschiedlichen ökonomischen Verhältnisse der verschiedenen Anstalten wider. Bei ihrer Gründung war diesem Aspekt nämlich keine Bedeutung zugemessen worden. Wie bei den Bundesländern, so gab (und gibt) es auch bei den Landesrundfunkanstalten Riesen und Zwerge. Die Unterschiede waren so groß, dass sie lange Zeit noch nicht einmal offiziell dokumentiert wurden. Erst 1969 erschien das erste gemeinsame ARD-Jahrbuch für alle Anstalten. Und es dauerte bis 1972, bis darin einigermaßen vergleichbare Finanzzahlen präsentiert wurden.

Danach betrug im Jahr 1971 die Nettoerträge aus den Rundfunkgebühren bei Radio Bremen und beim Saarländischen Rundfunk 15,6 bzw. 20 Millionen Mark, während beim Westdeutschen Rundfunk und beim Norddeutschen Rundfunk, die bis 1955 gemeinsam den NWDR gebildet hatten, 310 Millionen bzw. 217 Millionen Mark in die Kassen flossen.¹⁸

Innere Organisation

Wie locker die Arbeitsgemeinschaft anfänglich gefügt war und wie peinlich genau man auf die Souveränität aller Beteiligten achtete, ist daran abzulesen, dass der Vorsitz im damals nur sechsköpfigen Intendanten-Gremium alle halbe Jahr zu wechseln hatte und die Reihenfolge strikt durch das Alphabet der beteiligten Anstalten vorgegeben war. Mit Rudolf von Scholtz vom Bayerischen Rundfunk begann die erste Reihe und mit Friedrich Bischoff vom SWF endete sie. Sogar der Intendant der kleinsten Anstalt, Walter Gerdes von Radio Bremen, konnte vom 4. Februar bis zum 30. September 1952 der ARD präsidieren.

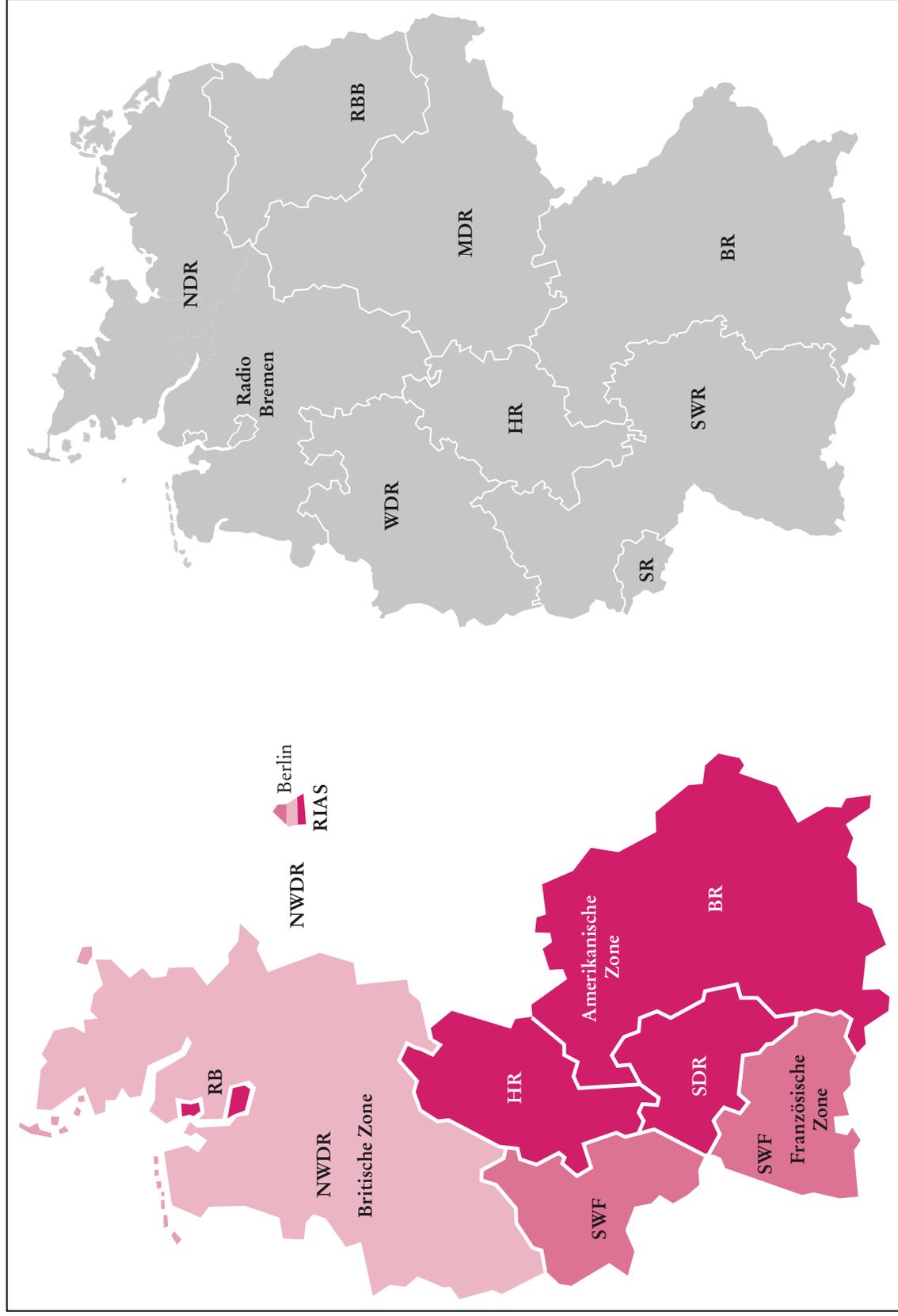
Der nächste Zyklus brachte gleich mehrere Veränderungen. Die Zahl der ARD-Mitglieder wuchs auf acht: 1954 kam der Sender Freies Berlin hinzu und 1956 wurde die Teilung des NWDR in NDR und WDR vollzogen. Ein halbes Jahr Amtszeit für den Vorsitzenden hatte sich als unzureichend erwiesen, zumal mit dem neu entstehenden Fernsehen der Aufgabenkreis noch einmal wesentlich wuchs. Sie wurde deshalb auf ein Jahr verlängert. Außerdem wurden die kleinen, völlig vom Finanzausgleich zwischen den Anstalten abhängenden Anstalten vom Vorsitz ausgeschlossen. Und schließlich verzichtete man auch auf eine starr festgelegte Reihenfolge beim Wechsel.

Aber selbst ein Jahr Amtszeit erwies sich als zu kurz, so dass schon nach vier Jahren eine Verlängerung um ein weiteres Jahr eingeführt wurde. Seit 1958 amtierten nun alle ARD-Vorsitzenden in der Regel zwei Jahre; nur einmal kam Christian Wallenreiter, Bayerischer Rundfunk, auf drei Jahre (1967–1969) und Reinhold Vöth, ebenfalls Bayerischer Rundfunk, sogar auf vier (1980–1983). Zur Zeit amtiert Peter Boudgoust vom Südwestrundfunk. Über seine Nachfolge ist be-

¹⁷ Zit. nach: H. Bausch (Anm. 1), S. 274.

¹⁸ Vgl. ARD-Jahrbuch 1972, Faltblatt nach S. 234.

Abbildung: Sendebereiche der ARD-Landesanstalten 1950 und 2010



Quelle: ARD-Jahrbuch.

reits entschieden. 2011/12 wird Monika Piel vom WDR als erste Frau die ARD führen.

Nachdem die ARD 1959 den Saarländischen Rundfunk und 1962 die beiden Bundesrundfunkanstalten Deutsche Welle und Deutschlandfunk als neue Mitglieder aufgenommen hatte, gab es bis in die 1990er Jahre keine Veränderungen mehr. 1991 kamen dann der Ostdeutsche Rundfunk Brandenburg und der Mitteldeutsche Rundfunk hinzu. Danach führten Fusionen nur noch zu drei Verminderungen: Der Deutschlandfunk ging 1993 in einer von ARD und ZDF getragenen neuen Anstalt auf, 1998 verschmolzen Süddeutscher Rundfunk und Südwestfunk zum Südwestrundfunk und 2003 löste der Rundfunk Berlin-Brandenburg den bisherigen Sender Freies Berlin und den Ostdeutschen Rundfunk Brandenburg ab. Heute besteht die ARD aus neun Landesanstalten (*Abbildung*) und der Deutschen Welle, dem deutschen Auslandsrundfunk.

Darzustellen, wie die ARD ihr Fernsehgemeinschaftsprogramm zu organisieren begann, ergäbe einen Artikel für sich.⁹ Es dauerte Jahre, bis sich feste Strukturen entwickelten. Die Ständige Fernsehprogrammkonferenz erhielt erst im Herbst 1960 einen hauptamtlichen Vorsitzenden, als ein tägliches Fünf-Stunden-Programm bereits Millionen von Zuschauern erreichte. Als ersten Koordinator wählten die Intendanten Karl Mohr, einen ehemaligen nordrhein-westfälischen Staatssekretär. Immerhin stellte man ihm auch gleich zwei weitere hauptamtliche Führungskräfte zur Seite, den Koordinator Sport (Robert E. Lembke) und den Koordinator Politik (Gerd Ruge). Lothar Hartmann, der am 1. Juli 1965 Karl Mohr ablöste, trug dann als erster den Titel „Programmdirektor Deutsches Fernsehen“.

Doch nicht nur das Fernsehen musste in der ARD koordiniert werden. Es gab eine Menge von Themen, die enger Zusammenarbeit zwi-

⁹ Knappe Hinweise geben Knut Hickethier, *Geschichte des deutschen Fernsehens*, Stuttgart-Weimar 1998, S. 125–130, und Joan Kristin Bleicher, *Institutionsgeschichte des bundesrepublikanischen Fernsehens*, in: Knut Hickethier (Hrsg.), *Institution, Technik und Programm. Rahmenaspekte der Programmgeschichte des Fernsehens*, München 1993, S. 84–94. Aus der Sicht eines Beteiligten vgl. Clemens Münster, *Die Organisation des Gemeinschaftsprogramms „Deutsches Fernsehen“ in den fünfziger Jahren*, hrsg. von Hans Dieter Erlinger und Knut Hickethier, Siegen 1991.

schen den einzelnen Anstalten bedurften. Manche Felder waren kontinuierlich zu beackern – Fragen des Rechts und der Technik beispielsweise –, wofür ständige Fachkommissionen begründet wurden. Für Dinge, die ad hoc zu erledigen waren, genügten immer wieder neue Sonderkommissionen. Im Rahmen dieses Überblicks soll auf diese Einzelheiten nicht näher eingegangen werden; festzuhalten bleibt aber: Die Ausdifferenzierung der Themenfelder verlangte einen Koordinationseinsatz, der die ARD-Vorsitzenden zunehmend forderte, wenn nicht sogar überforderte. 2006 wurde deshalb ein Generalsekretariat eingerichtet, das für fünf Jahre mit Verena Wiedemann besetzt wurde, einer promovierten Juristin, die zuvor seit 1993 das Verbindungsbüro der ARD zur Europäischen Union in Brüssel geleitet hatte.

ARD und ZDF

Die Dynamik der Entwicklung des deutschen Fernsehens hat wohl niemand so recht voraussehen können. In wenigen Jahren etablierte es sich als zentrales Massenmedium, vor allem in den Abendstunden. Für die Zuschauerinnen und Zuschauer war sicherlich die ständige Programmausweitung am wichtigsten. Die Idee eines maximal zweistündigen Abendprogramms war schnell vergessen. Noch hatten sich gar nicht alle Landesanstalten aufgrund der fehlenden technischen Voraussetzungen am Gemeinschaftsprogramm beteiligen können, da gab es bereits eine regelmäßige nachmittägliche „Kinderstunde“. Fallweise Erweiterungen am Wochenende schlossen sich an. Bald folgten regionale Angebote und die Einführung von Werbung (worüber zuvor innerhalb der ARD energisch gestritten worden war). Schon 1959 wurden im Durchschnitt täglich fünf Stunden Programm ausgestrahlt.¹⁰

Nur von partiellem Interesse dürfte dagegen gewesen sein, dass immer wieder die Programmanteile der beteiligten Anstalten geändert werden mussten. Als 1953 der Sender Freies Berlin gegründet (und in die ARD aufgenommen) wurde, erhielt er einen Neun-Prozent-Anteil, der dadurch zustande kam, dass die Anteile der anderen Anstalten entweder um ein, zwei oder vier Prozent gekürzt wurden. 1956 teilten sich nach der Aufteilung des NWDR die beiden Nachfolger NDR und

¹⁰ Vgl. K. Hickethier, *Geschichte* (Anm. 9), S. 130 ff.

WDR seinen 46-Prozent-Anteil je zur Hälfte. 1961 wurde Radio Bremen in den Kreis der Fernsehanbieter aufgenommen und 1962 der Saarländische Rundfunk.

Die öffentliche Diskussion der Zeit beherrschten dagegen zwei ganz andere Themen: Wann würde es endlich ein zweites Fernsehprogramm in der Bundesrepublik geben – und wer würde es organisieren? Seit 1957/58 war klar, dass die technischen Voraussetzungen dafür vorhanden waren. Und so formierten sich erneut die Kontrahenten, die sich seit der Staatsgründung immer wieder rundfunkpolitisch gegenüberstanden hatten. Nach der Bundestagswahl 1957, die der CDU/CSU zum bisher einzigen Mal die absolute Mehrheit brachte, schien es möglich, neue Verhältnisse zu schaffen. Am 28. Februar 1958 erhielt die Bundesregierung von der hinter ihr stehenden Parlamentsmehrheit den Auftrag, den Aufbau eines von den ARD-Anstalten unabhängigen zweiten Fernsehprogramms vorzubereiten. Obwohl Eile geboten war, weil der neue Sender bereits zur nächsten Bundestagswahl 1961 zur Verfügung stehen sollte, dauerte es bis zum 25. Juli 1960, bis Bundeskanzler Adenauer zur Tat schreiten konnte und gemeinsam mit Bundesjustizminister Fritz Schäffer die Deutschland-Fernsehen GmbH gründete.

Die Verzögerungen hatten sich nicht zuletzt daraus ergeben, dass die Länder den Vorstellungen Adenauers strikt widersprachen. Parteiübergreifend beharrten sie darauf, dass die Organisation des Rundfunks Ländersache sei. Als Adenauer nicht einlenkte, wurde schließlich das Bundesverfassungsgericht angerufen. Sein Urteil vom 28. Februar 1961 brachte eine herbe Niederlage für den Kanzler. Die Gründung seiner Deutschland-Fernsehen GmbH verstieß nicht nur gegen die grundgesetzliche Abgrenzung der Befugnisse von Bund und Ländern, sondern auch gegen die durch Artikel 5 des Grundgesetzes gewährleistete Rundfunkfreiheit.

Ihren neuen Handlungsspielraum nutzten die Länder jedoch nicht, um die Organisation des zweiten Fernsehprogramms den bestehenden Landesanstalten zu übertragen. Sie entschieden sich stattdessen für die Gründung einer neuen Anstalt. Der Staatsvertrag über das ZDF, das Zweite Deutsche Fernsehen, wurde bereits am 6. Juni 1961 unterzeichnet. Nur übergangsweise durften die

Landesanstalten die zur Verfügung stehenden neuen Frequenzen mit einem provisorischen zweiten Programm füllen. Die dazu nötigen Investitionen sollten jedoch nicht verloren sein, sondern in ein sich bereits abzeichnendes, dann von ihnen zu veranstaltendes drittes Programm eingebracht werden.

Die ZDF-Gründung war ein harter Schlag für die ARD. Die neue Konkurrenz bedeutete nicht nur eine Herausforderung für die Programmgestaltung; der ARD wurde auch eine Menge Personal abgeworben, und schließlich musste eine drastische Einbuße bei den Finanzen in Kauf genommen werden. Artikel 23 des ZDF-Staatsvertrags wies der neuen Anstalt lapidar 30 Prozent des Fernsehgebührenaufkommens zu, ohne dass dessen Erhöhung ins Auge gefasst worden wäre. Die Höhe der Rundfunkgebühr schien damals gleichsam naturgegeben. Seit dem 1. Januar 1924 betrug sie zwei Mark; seit 1953 wurden für das Fernsehen weitere fünf Mark erhoben. Erst nach jahrelangen Auseinandersetzungen kam eine erste, maßvolle Erhöhung zu Stande. Für den Hörfunk gab es ab 1. Januar 1970 eine Erhöhung um 50 Pfennige, für das Fernsehen um eine Mark.¹¹

Allerdings waren die Anstalten schon zuvor nicht auf die Gebührenerträge beschränkt gewesen. Den Anstalten wurde von den Ländern eine gewisse kommerzielle Werbung zugestanden, wenn auch in eng begrenztem Rahmen. Dennoch sprudelte diese Quelle zunächst reichlich: 1970 betrug die Nettoumsätze des Werbefernsehens der ARD fast 60 Prozent seiner Gebühreneinnahmen, beim ZDF sogar 70 Prozent.¹² Die Zeiten ändern sich jedoch; dreißig Jahre später sah dies ganz anders aus.

¹¹ Seitdem folgten zehn weitere Erhöhungen. Von den seit dem 1. Januar 2009 gültigen 12,22 Euro Fernsehgebühr stehen dem ZDF 39,4914 Prozent zu. Der mittlerweile mehrfach geänderte ZDF-Staatsvertrag enthält zur Finanzierung keine konkrete Angabe mehr, sondern verweist in seinem §29 nur noch auf den Rundfunkfinanzierungsstaatsvertrag. Dieser definiert den ZDF-Anteil in §9, 2 seiner seit dem 1. Juni 2009 gültigen Fassung. Die Verträge gibt es online unter: www.unternehmen.zdf.de/uploads/media/zdf-staatsvertrag_neu.pdf und www.medienanstalt-mv.de/media/legal/35/RFinStV12.pdf (9.3.2010).

¹² Vgl. Konrad Dussel, Der Siegeszug des kommerziellen Werbefernsehens. Die Entwicklung der Werbeeinnahmen von Fernsehen und Hörfunk in der Bundesrepublik Deutschland, in: Rundfunk und Geschichte, 35 (2009) 3–4, S. 3–14, hier: S. 7.

Programmentwicklung unter Druck der Privaten

Schon lange sind die Zeiten vorbei, in denen die deutschen Fernsehzuschauer nur zwischen den Programmen von ARD und ZDF wählen konnten (sofern ihnen in den Grenzregionen nicht auch die Angebote aus der DDR, Österreich oder der Schweiz zur Verfügung standen). Allerdings folgten die Erweiterungen zunächst nur zögernd und eng begrenzt. Das ZDF hatte kaum seine Tätigkeit begonnen, da warteten die ARD-Anstalten mit weiteren Alternativen auf, den versprochenen Dritten Programmen. Als erstes eröffnete der Bayerische Rundfunk am 22. September 1964 sein damaliges „Studienprogramm“, der Hessische Rundfunk schloss sich am 5. Oktober an. Der NDR folgte gemeinsam mit Radio Bremen und dem Sender Freies Berlin Anfang 1965, der WDR Ende jenes Jahres. Im Südwesten dauerte es aufgrund medienpolitischer Differenzen bis zum 5. April 1969, bis Saarländischer Rundfunk, Süddeutscher Rundfunk und Südwestfunk ihr gemeinsames Südwest 3 aus der Taufe heben konnten. Aufgrund der terrestrischen Ausstrahlung waren alle diese Angebote aber nur regional begrenzt empfangbar, so dass sie tatsächlich nur in ihrer Gesamtheit ein drittes Programm ergaben.

Erhebliche quantitative und qualitative Veränderungen konnten erst eintreten, als mit der Kabel- und Satellitentechnologie zwei völlig neue Übertragungswege für Rundfunkprogramme zur Verfügung standen. Nachdem sich die sozialliberale Koalition unter Bundeskanzler Helmut Schmidt (1974–1982) noch sehr abwartend verhalten hatte, stellte die Bundesregierung unter Helmut Kohl (1982–1998) die Weichen neu. Endlich war Adenauers Traum einer Alternative zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu verwirklichen. Obwohl der förmliche Staatsvertrag zur Neuordnung des Rundfunkwesens erst Anfang April 1987 von den Ländern unterzeichnet wurde, fiel das eigentliche Startsignal bereits am 1. Januar 1984 mit der Eröffnung des Kabelprojekts Ludwigshafen. Nun hatten auch private Anbieter die Chance, eigene Rundfunkprogramme zu veranstalten.¹³

¹³ Vgl. als grundlegenden Überblick: Dietrich Schwarzkopf (Hrsg.), *Rundfunkpolitik in Deutschland. Wettbewerb und Öffentlichkeit*, München 1999.

Die neue Konkurrenz sorgte nicht sofort für ein engeres Zusammenrücken bei den öffentlich-rechtlichen Anstalten. Die Herausforderung erschien nicht so groß, als dass man ihr nur gemeinsam begegnen könnte. Nun erst wurde das ARD-Fernsehgemeinschaftsprogramm in „Erstes Deutsches Fernsehen“ umbenannt – obwohl es das Zweite ja schon seit mehr als zwanzig Jahren gab. Der erste Schritt in die neue Satellitenwelt wurde getrennt gemacht: Am 1. Dezember begann 3sat, getragen aber nur von ZDF, Österreichischem Rundfunk und Schweizerischer Radio- und Fernsehgesellschaft. Die ARD kreierte ihr eigenes Satellitenprogramm Eins Plus (Sendestart 29. März 1986).

Es braucht hier nicht diskutiert zu werden, ob die Programme des Privatfernsehens das boten, was sich die Kanzler Adenauer und Kohl erhofft hatten. Auf jeden Fall vermochten sie schnell kommerziell erfolgreich mit denen des öffentlich-rechtlichen Fernsehens zu konkurrieren. Schon 1990 lagen die Nettoumsätze des Werbefernsehens der beiden Säulen des sogenannten Dualen Systems nahezu gleichauf, und die Gewichte verschoben sich mit hohem Tempo weiter hin zu den Privaten. Seit 1995 vereinnahmten sie stets mehr als 90 Prozent. Schon im Jahr 2000 war der ehemalige 60-Prozent-Anteil der Nettoumsätze des Werbefernsehens am Gebührenaufkommen der ARD auf acht Prozent gefallen, beim ZDF erfolgte ein Absturz von 70 auf 15 Prozent.¹⁴

Vor diesem Hintergrund musste ein gewisses Umdenken einsetzen, musste an die Stelle von gebührenfinanzierter Konkurrenz mehr Zusammenarbeit der Öffentlich-Rechtlichen treten. Das ZDF wurde nun sogar an einem ARD-Hörfunkprogramm beteiligt: Seit dem 1. Januar 1992 führten ARD und ZDF gemeinsam DS Kultur (Deutschlandsender Kultur) fort, das 1990 aus der Zusammenlegung der beiden früheren DDR-Programme Deutschlandsender und Radio DDR II entstanden war. 1993 wurden auch noch der Deutschlandfunk und RIAS Berlin einbezogen. Und noch im selben Jahr verzichtete die ARD auf ihr Eins Plus und schloss sich dem 3sat-Verbund an. Schon 1992 hatte ein weiteres internationales Gemeinschaftsprogramm auf Sendung gehen können: der deutsch-fran-

¹⁴ Vgl. K. Dussel (Anm. 12), S. 5 und S. 7.

zösische Kulturkanal Arte, mit je 25-Prozent-Anteilen von ARD und ZDF und einem 50-Prozent-Anteil des französischen Kulturkanals La Sept.

Die Öffentlich-Rechtlichen begannen, stärker ihren Kernauftrag zu fokussieren, der allein ihre Gebührenfinanzierung rechtfertigt. Zwei neue Gemeinschaftsangebote von ARD und ZDF trugen dem vor allem Rechnung. Am 1. Januar 1997 startete der Kinderkanal, der seinen jungen Zuschauern ein „werbefreies, zielgruppenorientiertes, vielfältiges Qualitätsprogramm für alle von drei bis 13 Jahren und darüber“ bieten will, wie die aktuelle Homepage verspricht. Und kurze Zeit später, am 7. April, folgte der Ereignis- und Dokumentationskanal Phoenix, in dem unter anderem wieder ausführliche Übertragungen aus Parlamenten untergebracht werden konnten.

Gemeinsame Institutionen

So wichtig das Programm als Endergebnis für die einzelnen Anstalten und ihre Gemeinschaft sein muss, so bedarf es doch einer Menge von Voraussetzungen, die ihrerseits feste Organisation verlangten.¹⁵ Noch in den 1950er Jahren entstanden drei bis heute bestehende Institutionen. Älteste Einrichtung der ARD ist das Deutsche Rundfunkarchiv (DRA) mit Sitz in Frankfurt am Main. 1952 gegründet, um die Geschichte des Rundfunks in Deutschland zu dokumentieren, wurde ihm 1978 mit der zentralen Schallplattenkatalogisierung eine weitere wichtige Aufgabe übertragen. Seit 1994 bewahrt es auch die gesamte Überlieferung des DDR-Rundfunks im zweiten Standort Potsdam.

Weniger voraussetzungslos als das DRA entstanden die Deutsche Gesellschaft für Ton und Film (Degeto) und das Institut für Rundfunktechnik (IRT). Die Degeto war schon 1928 gegründet worden. Ein neuer Abschnitt begann jedoch, als sie seit 1954 für die Filmbeschaffung für die Fernsehprogramme des Hessischen Rundfunks eingesetzt wur-

¹⁵ Vgl. zum Folgenden den Überblick über die Institutionen für gemeinsame Aufgaben auf der ARD-Homepage: www.ard.de/intern/organisation/gemeinschaftseinrichtungen/-/id=54562/6sfqia/index.html (9.3.2010).

de – eine Aufgabe, die sie seit 1959 dann auch zentral für alle anderen Anstalten übernahm. Auch das IRT hat seine Wurzeln in der Weimarer Republik, in der Rundfunktechnischen Versuchsstelle der Reichsrundfunk-Gesellschaft. Nach 1945 kam es gleich zu mehreren Neugründungen, die dann 1956 unter dem heutigen Dach zusammengeführt wurden.

Die jüngeren Gemeinschaftseinrichtungen werden nun nicht mehr nur von der ARD allein, sondern auch vom ZDF getragen. An erster Stelle ist jene Institution zu nennen, mit der eigentlich jeder deutsche Haushalt irgendwann zu tun bekommt: die GEZ, die Gebühreneinzugszentrale der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten in der Bundesrepublik. Nachdem in langwierigen Verfahren die Rechtsnatur der Rundfunkgebühr geklärt worden war, entschlossen sich die Anstalten 1973, ihren Einzug, der zuvor von der Bundespost vorgenommen wurde, selbst zu organisieren. Am 1. Januar 1976 begann die GEZ mit dieser Tätigkeit.

Nachdem das Thema Sportübertragungen im Fernsehen lange Jahre eher beiläufig bearbeitet werden konnte, entwickelte es sich nach der Einführung des Privatfernsehens äußerst kostenträchtig. Als zentrale Einrichtung etablierten die Öffentlich-Rechtlichen deshalb 1995 die SportA, die Sportrechte- und Marketing-Agentur. Eher von anstaltsinterner Bedeutung, aber dennoch erwähnenswert ist schließlich noch die Gründung einer gemeinsamen Fortbildungseinrichtung, der ARD-ZDF-Medienakademie ab 1. Januar 2007, hervorgegangen aus zwei älteren, aber ebenfalls schon von ARD und ZDF gemeinsam betriebenen Vorgängern.

Reform von historisch Gewachsenem?

Das Gebäude, das die ARD in 60 Jahren errichtet hat, ist imposant und insgesamt auf jeden Fall erhaltenswert. Gleichwohl sollte der Hinweis erlaubt sein, dass manche Eigenheiten unvoreingenommenen Betrachtern eigentlich kaum noch verständlich zu machen sind. Sie sind nur noch als historisch Gewachsenes zu erklären. Ob sie deshalb so wie sie sind beibehalten werden müssen, oder nicht doch sinnvollerweise verändert werden sollten, steht jedoch auf einem ganz anderen Blatt.

Nur auf zwei besonders auffallende Eigenheiten soll hier abschließend kurz hingewiesen werden. Wie gezeigt, entstand die ARD als Zusammenschluss der damaligen Landesrundfunkanstalten vor allem zum Zweck der Veranstaltung eines Fernsehprogramms. Als die Ministerpräsidenten der Länder eine neue Anstalt konstruierten, die ein zweites Programm anbieten sollte, war dies ein Konkurrent, der naheliegenderweise nicht in die bestehende Arbeitsgemeinschaft aufgenommen wurde. Jahrzehnte später ist diese Konkurrenz in den Schatten einer ganz anderen Auseinandersetzung getreten: der zwischen privaten und öffentlich-rechtlichen Anbietern überhaupt. Gleichwohl blieb die alte Trennung von ARD und ZDF bestehen. Die Bedeutung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks wäre gestärkt, wenn er nur mit einer Organisation auftreten würde, wenn die Arbeitsgemeinschaft tatsächlich alle öffentlich-rechtlichen Anstalten umfassen würde, also auch das ZDF.

Aber auch die Struktur des Angebots an öffentlich-rechtlichen Fernsehprogrammen ist unvoreingenommen und grundsätzlich zu überprüfen. Ihre in den 1960er Jahren etablierte Dreiteilung ist seit der Einführung des Privatfernsehens und neuer Übertragungstechnologien überholt. Die Landesanstalten strahlen schon längst nicht mehr nur regional begrenzt empfangbare Programme aus, die erst in ihrer Gesamtheit *ein* Drittes Programm bilden. Ihre mittlerweile acht (mit BR-alpha sogar neun) Angebote sind per Kabel und Satellit fast überall empfangbar. Der in den 1950er Jahren vorhandene Zwang zur Gestaltung eines Gemeinschaftsprogramms ist vor diesem Hintergrund entfallen. Seine Beibehaltung bedarf im Grunde neuer Legitimation, die sich nur aus einer stringenten Profilierung aller, ohne Zweifel als solcher unverzichtbaren öffentlich-rechtlichen Fernsehprogramme ergeben kann.

Es ist zwar verständlich, dass man nur ungerne liebgewordene Besitzstände verändert, aber ein Gesamtangebot von mittlerweile 15 gebührenfinanzierten öffentlich-rechtlichen Fernsehprogrammen hält durchaus beachtliche Gestaltungsspielräume für Umstrukturierungen bereit.

Gemma Pörzgen

Die Welt im Blick: ARD-Auslands- korrespondenten

Wer an die ARD-Auslandsberichterstattung denkt, dem fällt zunächst das Fernsehen ein. Nachrichtensendungen wie die „Tagesschau“ oder die „Tagesthemen“ erreichen täglich ein Millionenpublikum und schmücken sich mit ihren Auslandskorrespondenten in aller Welt. Journalisten wie Thomas Roth gehören heute zu den vertrauten Fernsehgesichtern. Viele Jahre lang war er ARD-Studiodirektor in Moskau, seit bald zwei Jahren ist er in New York. Sein Kollege Peter Mezger berichtete im April 2009 zeitweise sogar als einziger deutscher Journalist regelmäßig aus Teheran, weil andere Kollegen keine Visa mehr für Iran bekamen. Das weltweite ARD-Korrespondentennetz besteht heute aus rund hundert fest angestellten Hörfunk- und Fernsehjournalisten, die unter anderem aus Peking, Paris, Neu Delhi, Genf oder London in die Heimat berichten. Das Netz ist neben dem der britischen BBC eines der größten weltweit. Die Privatsender haben seit ihrer Entstehung Mitte der 1980er Jahre nichts vergleichbares aufbauen können. Auch im Vergleich zu den Sendern der europäischen Nachbarn kann sich das weitverzweigte Netz der 26 ARD-Auslandsstudios sehen lassen.

Auch wenn dieses Netz vergleichsweise engmaschig ist, sind die Berichtsgebiete einzelner Studios bisweilen sehr groß: So müssen zum Beispiel die Korrespondenten Florian Meesmann und Markus Gürne vom ARD-Studio Neu Delhi aus regelmäßig Indien, Pakistan, Nepal, Bhutan, Sri Lanka, Bangladesch und die Malediven bereisen. Gleichzeitig sind sie auch für die Afghanistan-Berichterstattung zuständig.†¹ Vielerorts, beispielsweise in Lateinamerika, ist die ARD personell jedoch noch besser aufgestellt als die etwas jüngere Konkurrenz vom Zweiten Deutschen Fernsehen (ZDF).

Gemma Pörzgen

Geb. 1962; freie Journalistin in Berlin.

gemma.poerzgen@gmx.net

Unter Federführung des Westdeutschen Rundfunks (WDR) ist die ARD schon seit 1956 in Moskau vertreten. Das heutige Studio unter Leitung der erfahrenen Russland-Berichterstatterin Ina Ruck ist mit drei Korrespondenten und 30 Mitarbeitern nicht nur das älteste in der russischen Hauptstadt, sondern auch das größte. Rund 2000 Sendeminuten kommen jährlich aus Moskau, wobei das dortige Auslandsstudio nicht nur aus Russland, sondern auch aus fast allen Nachfolgestaaten der Sowjetunion berichtet. Auch von vielen anderen Standorten garantiert die ARD ihren Zuschauerinnen und Zuhörern schon seit Jahrzehnten eine qualifizierte Berichterstattung.

Pioniere der Auslandsberichterstattung

Die ersten Schritte ins Ausland machte Anfang der 1950er Jahre der Nordwestdeutsche Rundfunk (NWDR). „Wir wollten raus damals“, charakterisiert der langjährige Korrespondent Ulrich Schiller die Stimmung unter den ersten Auslandsberichterstellern der jungen Bundesrepublik. „Wir waren im Krieg, waren in Gefangenschaft und fühlten uns dann in Deutschland wie eingeschlossen im Nazidenken“, erinnert sich der erfahrene Journalist, der für die ARD von wichtigen Auslandsposten wie Belgrad, Moskau und Washington berichtete.[¶]

Nachdem im Januar 1950 erste Hörfunkkorrespondenten für den NWDR nach London und Stockholm gegangen waren, ernannte der Sender noch im selben Jahr offiziell Ansprechpartner in Großbritannien, Frankreich, Schweden, Italien und den USA, später auch in der Türkei bzw. Ägypten.[¶] Sie sollten nicht nur als Kommentatoren arbeiten, sondern auch für die Nachrichtenhauptabteilung berichten.[¶] Ihr Status war damals der von „festen Freien“; ihr Gehalt – abgesehen von einem Monatsfixum von 30 bis 50 US-Dollar –

[¶] Vgl. Florian Meesmann, Von Panzern und Paschtunen, in: ARD-Jahrbuch 2009, S. 41–45, online: www.ard.de/intern/publikationen (7.4.2010).

[¶] Interview der Autorin mit Ulrich Schiller am 23.3.2010 (folgende Zitate ebd.).

[¶] Vgl. ARD-Chronik, online: www.ard.de/intern/chronik (7.4.2010).

[¶] Vgl. Christoph Hilgert, Kommentare im Hörfunkprogramm des Nordwestdeutschen Rundfunks (NWDR). Redaktioneller Kontext und gesellschaftliche Stellung, Magisterarbeit, Universität Hamburg 2005 (unveröff.), S. 79 ff.

mussten sie durch die Zulieferung von Hörfunkbeiträgen verdienen, ohne dass es damals eine Abnahmegarantie durch den NWDR gegeben hätte. Dies führte dazu, dass die Korrespondenten meist auch für Zeitungen schrieben, um ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können. In vielen Weltgegenden waren sie die ersten Repräsentanten Nachkriegsdeutschlands, weil es zunächst nur wenige diplomatische Vertretungen im Ausland gab.

Ulrich Schiller ging 1960 als studierter Slavist nach Belgrad und suchte sich eine Wohnung, in der er auch arbeitete. Damals seien vor allem Sprachkenntnisse wichtig gewesen und ein Telefon, erinnert er sich. Auch als er ein paar Jahre später nach Moskau wechselte, waren die Arbeitsbedingungen mit der technischen Ausstattung heutiger Auslandsstudios nicht vergleichbar: „Ich hatte ja noch nicht einmal ein ordentliches Tonbandgerät.“ Dennoch habe es echte Hörergemeinden bestimmter Korrespondenten gegeben: „Die Stimme war eben geläufig“, erinnert sich Schiller an diese Blütezeit des Hörfunkjournalismus.

Mit dem Ausbau der Fernsehberichterstattung aus dem Ausland stiegen auch die organisatorischen und technischen Anforderungen. Viele Korrespondenten wie der legendäre USA-Berichterstatter Peter von Zahn arbeiteten für Hörfunk und Fernsehen. Ab 1955 begannen die Rundfunkanstalten der Länder dann damit, die Liste ihrer Korrespondenten auszutauschen, um die Auslandsberichterstattung in der ARD auszubauen. Mit der ARD wuchs auch das Netz ihrer Auslandsposten. 1963 entstand mit dem „Weltspiegel“ ein eigenes Auslandsformat im Ersten. 1966 wurde die Nahost-Berichterstattung ausgeweitet und ein Studio in Tel Aviv eingerichtet. In den folgenden Jahren kamen immer mehr Berichtsgebiete dazu.

Nach der Wiedervereinigung 1990 mussten dann auch die neuen Sendeanstalten, der Ostdeutsche Rundfunk Brandenburg (ORB) und der Mitteldeutsche Rundfunk (MDR), in das Auslandskorrespondentennetz eingebunden werden. Der MDR-Chefredakteur Wolfgang Kenntemich erinnert sich noch gut daran, wie gering die Bereitschaft in der alten ARD damals war, die Sendebereiche neu aufzuteilen.[¶]

[¶] Interview der Autorin mit Wolfgang Kenntemich am 1.4.2010 (folgende Zitate ebd.).

Schließlich übernahm der MDR in Kooperation mit dem Hessischen Rundfunk (HR) Prag, außerdem trat der Norddeutsche Rundfunk (NDR) das Fernsehstudio für Südasien ab, während der Hörfunk unter seiner Federführung verblieb.

Föderale Struktur der ARD

„Die ARD ist eine bunte Wiese voller Blumen“, beschreibt Kenntemich das föderale System des Senderverbundes. „Es hat Vor- und Nachteile, dass wir nicht zentral durchorganisiert sind.“ Einerseits könne die ARD auf die Größe ihres Auslandskorrespondentennetzes stolz sein, andererseits führe die föderale Struktur auch häufig zu Reibungsverlusten.

Die Nachteile werden nach Einschätzung von Kritikern vor allem dann deutlich, wenn es aufgrund brennender Aktualität darum geht, Kräfte zu bündeln und rasch klare Entscheidungen zu fällen. Während es beim ZDF seit einiger Zeit einen „Krisenreaktionsraum“ gibt, in dem die wichtigsten Entscheider im Krisenfall, wie jüngst beim Erdbeben in Haiti, zusammenkommen und die gesamte Auslandsberichterstattung zentral koordinieren, konkurrieren die einzelnen ARD-Anstalten in solchen Momenten häufig miteinander, statt zusammenzuarbeiten. Besonders berüchtigt ist das schlechte Verhältnis zwischen dem Westdeutschen Rundfunk (WDR) und dem Südwestrundfunk (SWR), der 1998 aus der Fusion von Süddeutschem Rundfunk (SDR) und Südwestfunk (SWF) hervorging und seitdem in der Auslandsberichterstattung eine dem WDR ebenbürtige Rolle spielt.

Anders als ZDF-Chefredakteur Peter Frey kann ARD-Chefredakteur Thomas Baumann nicht „durchregieren“. Er ist zwar für die Koordination der aktuellen politischen Berichterstattung der ARD zuständig, aber das bedeutet kaum mehr, als dass er die täglichen Schaltkonferenzen der Chefredakteure der Landesrundfunkanstalten moderiert. Das Machtgerangel auf den Chefetagen führt dann im journalistischen Alltag dazu, dass sich Sender-Rivalitäten stärker auswirken als journalistische Argumente. Zur Illustration erzählt man sich unter Journalisten gerne Anekdoten, wie etwa jene über die Reise des Außenministers Guido Westerwelle in die Türkei und auf die Arabische Halbinsel im Januar 2010, die ein WDR-Kolle-

ge begleitete. Als Westerwelle kurzfristig einen Abstecher in den Jemen einplante, brauchte der Journalist zunächst eine offizielle Zustimmung des für dieses Berichtsgebiet zuständigen SWR, um weiter mitreisen zu können.

Das komplizierte Machtgefüge der Landesrundfunkanstalten sorgt auch dafür, dass sich der Zuschnitt der Berichtsgebiete nur schwer verändern lässt. Kritiker bemängeln, dass die ARD nach dem Ende des Kalten Krieges viel zu spät auf die grundlegenden weltpolitischen Veränderungen und das Entstehen neuer Machtzentren reagiert habe. „Die Strukturen der ARD sind nicht mitgewachsen und haben sich nicht modernisiert“, so etwa der Medienwissenschaftler Oliver Hahn.¹⁶ Die ARD müsse auch journalistisch darauf reagieren, dass Schwellenländer wie Brasilien an Gewicht gewonnen hätten: „Die Chefredakteure sollten die heutige Landkarte mal wieder in die Hand nehmen und ihre Auslandsposten neu aufteilen.“

Bedeutung des Korrespondentennetzes

Angesichts des tiefgreifenden Strukturwandels in den Printmedien dürfte die Bedeutung des herausragenden ARD-Auslandskorrespondentennetzes in den kommenden Jahren weiter steigen. Längst sparen die Verleger selbst bei überregionalen Tageszeitungen vor allem an der teuren Auslandsberichterstattung. So lässt zum Beispiel die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ Entwicklungen auf dem Balkan nur noch vom Korrespondentenplatz Istanbul aus betrachten und hat ihr Büro in Belgrad geschlossen. Auch andere Redaktionen setzen angesichts des einbrechenden Anzeigen geschäfts den Rotstift bei den Auslandsposten an. Auch die Deutsche Presse-Agentur, die bislang mit eigenen Korrespondenten in rund 80 Ländern gut aufgestellt war, wird auf den zunehmenden Konkurrenz- und Kostendruck in den kommenden Jahren voraussichtlich mit einem harten Sparkurs in der Auslandsberichterstattung reagieren müssen. Deutschland droht deshalb eine zunehmende Provinzialisierung seiner überwiegend von Regionalzeitungen dominierten Medienlandschaft.

¹⁶ Interview der Autorin mit Oliver Hahn (Journalistikprofessor in Iserlohn und Mitherausgeber des Buches *Deutsche Auslandskorrespondenten*, Konstanz 2008) am 1.4.2010 (folgende Zitate ebd.).

Auch in den Sendern beobachten Redakteure, denen die Auslandsthemen am Herzen liegen, diese Entwicklung mit Sorge. „Es ist beunruhigend, wenn in der Auslandsberichterstattung so stark gekürzt wird“, sagt zum Beispiel die WDR-Auslandschefin Tina Hassel, die selbst Korrespondentin in Paris und Brüssel war.⁷ Vielerorts arbeiteten Fernsehkollegen mit Zeitungskollegen sehr eng zusammen. „Das Signal ist in den Sendern angekommen.“ Aus Hassels Sicht benötigen Auslandsthemen eine starke Lobby, damit sie zukünftig nicht nur noch in den aktuellen Nachrichtensendungen „Tagesschau“ und „Tagesthemen“ ihren Platz fänden. „Das hielte ich für gefährlich“, sagt Hassel und hebt die Bedeutung der Hintergrundformate auch in den Dritten Programmen der ARD hervor. „Wir haben als öffentlich-rechtlicher Rundfunk unglaubliche Möglichkeiten, die aber noch intensiver genutzt werden müssen.“

Sendeplätze für Auslandsberichte

Hintergrundberichte der Fernsehkorrespondenten aus dem Ausland zeigt das Erste vor allem im „Weltspiegel“, der als älteste deutsche Auslandssendung zu den Traditionsmarken der ARD zählt. Bis heute schalten jeden Sonntag um 19:20 Uhr mehr als drei Millionen Zuschauer den Fernseher für diese Sendung an, so dass sie in der ARD als „unverwüstliches Erfolgsformat“ gilt.⁸ Der attraktive Sendepplatz sei nicht in Frage gestellt, bestätigt auch Tina Hassel, die den „Weltspiegel“ im Wechsel mit drei anderen Kollegen moderiert.⁹ Sie verweist auf Umfragen, die zeigten, dass die Zuschauer anspruchsvolle Hintergrundberichte wünschen: „Das Publikum hat seine Erwartungen, und unsere Zuschauer wollen gefordert werden, das sollten wir uns ruhig immer wieder klar machen. (...) Seichte Kost im ‚Weltspiegel‘ kommt nicht an.“ Doch abseits dieses etablierten Sendepplatzes gilt: Lange Reportagen oder Dokumentationen aus dem Ausland werden in der ARD meist erst so spät gesendet, dass sie kaum Zuschauer erreichen.

⁷ Interview der Autorin mit Tina Hassel am 31.3.2010 (folgende Zitate ebd.).

⁸ So nachzulesen auf der Homepage der Sendung: www.daserste.de/weltspiegel/geschichte.asp (7.4.2010).

⁹ Die Sendung wird im wöchentlichen Wechsel von vier Sendeanstalten verantwortet (WDR, NDR, BR und SWR). Versuche, einen einzigen Moderator durchzusetzen, sind bislang an der Sender-Konkurrenz gescheitert.

Als attraktiver Nischenplatz gilt bei den Korrespondenten das halbstündige „Europa-Magazin“ am Samstagnachmittag im Ersten, das im Wechsel von WDR und SWR gestaltet wird. Auch in den Dritten Programmen gibt es noch anspruchsvolle Auslandsmagazine, wie die „Weltbilder“ im NDR, die aber Dienstags auch erst um 23:15 Uhr zu sehen sind. Der MDR zeigt sein Auslandsmagazin „Windrose“ Sonntagnachmittags immerhin um 16:05 Uhr. Neben den wenig attraktiven Sendezeiten bemängeln Korrespondenten auch den zunehmenden Druck der Regionalisierung in den Dritten Programmen. Vor allem diejenigen, die nicht an Nachrichtenplätzen arbeiten, wo aktuelle Ereignisse ständige Aufmerksamkeit garantieren, wünschen sich mehr attraktive Sendeplätze.

Dabei seien gerade die deutsche Außenpolitik und die deutsche Wirtschaft inzwischen so stark international verflochten, dass die Aufgaben für die Auslandskorrespondenten eher gewachsen seien, stellt der Wien-Korrespondent Thomas Morawski fest. „Eigentlich müssen wir da überall reinschauen.“¹⁰ Doch die Programmplaner machten sich viel zu wenig Gedanken darüber, wie der Verfassungsauftrag der ARD in dieser Zeit der Globalisierung aktualisiert werden müsse: „Da tut sich eine riesige Lücke auf.“ Morawski sieht sich immer stärker fernsehspezifischen Vermarktungsmechanismen ausgesetzt, bei denen komplizierte Entwicklungen wie auf dem Balkan oft auf der Strecke blieben. Fernsehbeiträge sollten aus Sicht der Redaktionen stark personalisiert werden und möglichst die Emotionen der Zuschauer berühren. „Aber was machen wir mit den vielen anderen Themen, die sich diesen Vermarktungsmechanismen entziehen?“ Wer bei den Programmplanern mit dem Verfassungsauftrag des öffentlich-rechtlichen Fernsehens argumentiere, dringe damit nicht durch, ist Morawskis Erfahrung. Er beklagt auch, dass Kulturthemen aus dem Ausland kaum noch auf Interesse stießen. „Aber bislang beklagt sich ja niemand aktiv bei den Sendern, dass sie solche Themen ausblenden.“ Deshalb regiere heute vor allem die Quote.

„Manche Kritik, dass früher alles besser war, ist mir oft zu wehleidig“, hält Tina Hassel solchen Äußerungen entgegen. In Teil-

¹⁰ Interview der Autorin mit Thomas Morawski am 25.3.2010 (folgende Zitate ebd.).

len sei die Kritik vermutlich richtig, aber sie sehe auch viele positive Entwicklungen in der ARD. So habe sich das Erste 2009 auf dem Höhepunkt der Finanz- und Wirtschaftskrise in einer Schwerpunktwoche diesem Thema gewidmet. Auch den Afrika-Schwerpunkt im Vorfeld der Weltmeisterschaft in Südafrika 2010 hebt sie als Gegenbeispiel hervor.

Doch trotz solcher Akzente zeigen sich viele Kritiker skeptisch, ob die „Auslandslobby“ den Kampf gegen die Programmplaner angesichts des Spar- und Quotendrucks gewinnen kann. Dabei spielt auch die Herkunft der Programmplaner eine Rolle, die aus den regionalen Strukturen der Länderanstalten stammen und nicht selten auch aufgrund einer bestimmten Parteizugehörigkeit aufgestiegen sind. Sobald Programmverantwortliche selbst über Erfahrungen im Auslandsjournalismus verfügen, sehen auch ihre Prioritäten anders aus. So heißt es zum Beispiel, dass die Auslandsmagazine beim NDR unter anderem deshalb einen größeren Stellenwert genossen, weil Chefredakteur Andreas Cichowicz selbst im Ausland tätig war.

Ganz anders beim SWR, wo Beobachter angesichts einer tiefgreifenden Reform des Fernsehprogramms eine stärkere „Boulevardisierung“ und „Verseichnung“ befürchten. So soll unter Verweis auf die schwache Quote die Sendung „Auslandsreporter“ im Dritten Programm gestrichen werden.¹¹ In der SWR-Pressestelle heißt es dazu, das Auslandsmagazin werde nur mit der Sendung „Länder – Menschen – Abenteuer“ zusammengelegt. Überlegt wird offenbar auch, das unter Federführung des SWR stehende Studio in Straßburg zu schließen, was in Stuttgart aber bislang bestritten wird.

Auslandskorrespondenten für Hörfunk und Internet

Anders als beim Fernsehen mit seinem Ersten Programm, ist die ARD für den Radiohörer als Marke schwerer erkennbar. Dabei sind für den ARD-Hörfunk weltweit 71 Auslandskorrespondenten tätig – und damit noch mehr als für das Fernsehen. Wer mit einigen von ihnen spricht, hört vor allem die Klage über

¹¹ Vgl. Ein Sender auf der Rüttelstrecke, in: Stuttgarter Zeitung vom 18.3.2010, S. 3.

das verbreitete Desinteresse an Auslandsthemen in den Redaktionen: „Tagelang sitze ich im Büro, ohne dass eine Redaktion anruft“, heißt es sogar an wichtigen Auslandsposten. Vor allem morgens, wenn die meisten Hörer ihr Radio einschalten, sei es immer schwerer, überhaupt ins Programm zu gelangen. „Der Deutschlandaspekt wird immer stärker betont“, beschreibt ein Auslandskorrespondent die Anforderungen seiner Heimatredaktion. „Jedes Auslandsthema soll möglichst deutsche Entwicklungen widerspiegeln.“

Die stellvertretende Chefredakteurin beim WDR-Hörfunk, Helga Schmidt, hält solche Kritik für überzogen. Die frühere Brüssel-Korrespondentin hält dagegen, dass der technische Fortschritt viele neue Möglichkeiten ergeben habe: „Nach 20 Jahren Zeitfunk wage ich die steile These, dass wir heute mehr Auslandsberichterstattung haben und mehr Sendeplätze als vor 15 Jahren.“¹² Für die Hörfunkjournalisten im Ausland ist diese Entwicklung mit mehr Unübersichtlichkeit verbunden. Da sie ihre Angebote und später die fertigen Beiträge in ein zentrales Netzwerk speisen, haben sie längst den Überblick verloren, welchen ihrer Beiträge welcher der mehr als 60 ARD-Sender eigentlich wann gesendet hat. Der direkte Draht zur Heimatredaktion geht immer mehr verloren.

Mit dem Nachrichtenportal „tagesschau.de“ verfügt die ARD seit 1999 über ein von den Fernsehsendungen weitgehend unabhängiges, ereignisorientiertes Onlineangebot. Keine andere seriöse Nachrichtenseite im deutschsprachigen Raum räumt der fundierten Auslandsberichterstattung so viel Platz ein; die Hamburger Redaktion ist rund um die Uhr besetzt. Ermöglicht wird das Informationsangebot aber vor allem von den Hörfunkkorrespondenten, die ihre Manuskripte für die Radiobeiträge an „tagesschau.de“ senden, wo die Texte für das Internet aufbereitet werden. „Es gibt da niemanden mehr, der sagt, für ‚tagesschau.de‘ arbeite ich nicht“, so der Redaktionsleiter Jörg Sadrozinski.¹³

Die Hörfunkjournalisten erleben dank dieser neuen Plattform eine Renaissance. Wäh-

¹² Interview der Autorin mit Helga Schmidt am 25.3.2010 (folgende Zitate ebd.).

¹³ Interview der Autorin mit Jörg Sadrozinski am 1.4.2010 (folgende Zitate ebd.).

rend sich ihre Radiobeiträge schon nach wenigen Minuten „versendet“ haben, erweisen sich die Texte auf „tagesschau.de“ als nachhaltiger Lesestoff. Nach den bisherigen Bestimmungen darf das Onlineangebot ein Jahr lang im Netz stehen bleiben. Gerade die Auslandsberichterstattung erreiche bei „tagesschau.de“ hohe Klickzahlen, so Sadrozinski. „Das Auslands-korrespondentennetz der ARD ist das wirkliche Pfund, mit dem wir wuchern können.“

So lieferte beispielsweise die damalige Nahost-Hörfunkkorrespondentin Bettina Marx bei den palästinensischen Parlamentswahlen 2006 tagelang exklusive Reportagen aus dem Westjordanland, die auch online zu lesen waren und von Marx mit Fotos illustriert wurden. Extra vergütet werden solche Zusatzleistungen allerdings nicht. „Ich finde das Konzept gut“, befindet Marx dennoch. „Unser Ansehen ist gestiegen, seitdem wir auch zu lesen sind, selbst bei Kollegen.“ Viele Hörfunkkorrespondenten hätten auch nichts dagegen, für „tagesschau.de“ eigene Beiträge zu liefern und nicht nur Nebenprodukte.¹⁴

Kritiker merken jedoch an, dass die sinnvolle Weiterentwicklung dieses wichtigen Informationsangebots der ARD im Internet derzeit noch vom Besitzstannenden der einzelnen Anstalten behindert werde. Einzelne Chefredakteure befürchteten offenbar, dass „ihre“ Auslandskorrespondenten ausgerechnet dann für das Onlineangebot tätig sein könnten, wenn „ihr“ Landessender gerade einen Radiobeitrag benötige. In einigen Sendern sei zudem die Angst groß, der Platzhirsch NDR könne durch eine weitere Stärkung der in Hamburg ansässigen zentralen Nachrichtenredaktion für das Internet noch zusätzlich an Gewicht gewinnen.

Anders als die Hörfunktexte sind die Manuskripte der Fernsehkorrespondenten nicht für „tagesschau.de“ nutzbar. Aber in Zukunft sollen Videoblogs eine stärkere Rolle spielen, so Redaktionsleiter Sadrozinski. Bislang sind es nur wenige Korrespondenten, die mit diesen journalistischen Formaten erste Experimente wagen. Mit ihrem Videoblog „London Calling“¹⁵ gilt Annette Dittert, Studioleiterin

¹⁴ Interview der Autorin mit Bettina Marx am 1. 4. 2010.

¹⁵ Siehe www.tagesschau.de/ausland/londoncalling192.html (7. 4. 2010).

in London, als Vorreiterin. Ihre bunten Geschichten von der Fuchsjagd, dem Hofknickkurs oder schwimmenden Schlössern verleiteten das „ARD-Morgenmagazin“ kürzlich dazu, die Videobloggerin mit rotem Lackmantel und kleiner Plastik-Queen eine Woche lang live in die Sendung zu nehmen. Auch der Israel-Korrespondent Richard C. Schneider bedient mit „Zwischen Mittelmeer und Jordan“ ein Videoblog auf „tagesschau.de“, vom Nairobi-Korrespondent Peter Schreiber erschien dort vor kurzem die erste Folge des Videoblogs „Afrika, Afrika!“. Entsprechende Vorbereitungen gibt es auch bei den Korrespondenten in Wien. Für die Journalisten vor Ort bedeutet dieses neue Format zusätzlichen Aufwand, der ebenfalls nicht extra vergütet wird.

Es gibt aber auch Kritik am ARD-Onlineangebot. Nach Ansicht des Medienwissenschaftlers Oliver Hahn verfolgt „tagesschau.de“ mit der Übernahme der Hörfunktexte einen falschen Ansatz: „Als das Radio entstand, haben die Sprecher am Anfang aus der Zeitung vorgelesen. Jetzt werden fürs Hören geschriebene Texte einfach nur ins Netz gestellt“, sagt er und vermisst die für Internetmedien typische Verlinkung ebenso wie die Einbindung der Nutzer in Leserforen. „Die hinken der Zeit mit ihrem Onlineangebot völlig hinterher“, sagt Hahn unter Verweis auf die aufwändigeren Internetportale der BBC. „Auch der öffentlich-rechtliche Rundfunk sollte mit den neuesten Medienentwicklungen mitgehen können.“ ARD-Mitarbeiter halten dieser Sicht entgegen, dass ein attraktives Angebot im Internet entstanden sei ohne hohe zusätzliche Kosten zu verursachen, zumal die Marke „tagesschau.de“ derzeit auch im Vergleich zum ZDF-Angebot „heute.de“ konkurrenzlos dastehe.

Tabuthema Kosten

Wie groß der Kostenanteil für die Auslandsberichterstattung an den Gesamtkosten der Programme der Landesrundfunkanstalten und ARD-Gemeinschaftsprogramme ist, ist offenbar ein Tabuthema. Keiner der zahlreichen Interviewpartner mochte über Geld sprechen – als ließen sich die jährlichen Kosten für ein Auslandsstudio oder einen Korrespondenten nicht beziffern. „Der Verteilungsschlüssel ist so kompliziert wie bei der EU“,

antwortet die stellvertretende WDR-Chefredakteurin Schmidt auf eine entsprechende Frage. „Bei den Zahlen lässt sich niemand reingucken“, betont auch MDR-Chefredakteur Kenntemich. In jedem Sender würden die Kosten unterschiedlich berechnet, deshalb sei auch die Vergleichbarkeit schwierig.

Ob die Mittel effizient eingesetzt werden, ist fraglich: Anekdoten über gepanzerte Fahrzeuge, die aus bürokratischen Rücksichten von der ARD nicht gekauft werden können, sondern für 3000 Euro im Monat jahrelang geleast werden müssen, lassen erahnen, dass hier große Summen im Spiel sind, über die offenbar einvernehmliches Stillschweigen herrscht. Bislang deckt die Gebührenerhebung im Rahmen des staatlichen Grundversorgungsauftrags die Kosten der Auslandsberichterstattung, aber in allen Sendern werden die Budgets knapper, und vor dem Hintergrund latenter Konflikte zwischen „Qualität und Quantität“ wird effizientes Kostenmanagement immer wichtiger.

„Die Frage ist, wie lange sich die ARD uns noch leisten kann“, bängen viele Auslandskorrespondenten angesichts sinkender Rundfunkbeiträge mit Blick in die Zukunft. Bisher sind Korrespondenten bei der ARD fest angestellt und werden dank der Auslandszulagen überdurchschnittlich gut bezahlt. Auch ein Heer freier Journalisten lebt davon, Fernseh- und Radiobeiträge aus dem Ausland an die ARD-Anstalten für Honorare verkaufen zu können, die sich bei Printmedien und im Onlinebereich nicht erzielen lassen.

„Ich plädiere dafür, diesen Schatz zu wahren“, betont Wolfgang Kenntemich in Bezug auf das ARD-Korrespondentennetz. Er setzt für die Zukunft auf größere Synergieeffekte in der Zusammenarbeit von Hörfunk- und Fernsehkorrespondenten im Ausland. Durch den technischen Fortschritt ließen sich schon jetzt erhebliche Kosten sparen. Ob die Entwicklung bei den Printmedien im öffentlich-rechtlichen Rundfunk als Warnung verstanden wird, oder im Gegenteil auch bei der ARD zukünftig eine Kürzung der Auslandsberichterstattung befördert, wird sich in den kommenden Jahren erweisen.

Michael Meyen

Die ARD in der DDR

Wer diese Überschrift liest, erwartet eine Erfolgsgeschichte. „Abends kommt der Klassenfeind“, hat das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ 1977 eine Serie über den Alltag des ARD-Korrespondenten Lothar Loewe genannt und damit eine Interpretationslinie vorgegeben, die sich bis in die Gegenwart zieht.¹

„Die Einheit, sie hat sich zuerst auf dem Bildschirm vollzogen“, sagte der ehemalige ARD-Vorsitzende Fritz Pleitgen 50 Jahre nach dem Fernsehneustart in beiden deutschen Staaten. Die ARD habe ihre Berichte „fast in jeden Winkel der DDR“ gestrahlt, so dafür gesorgt, dass „die ganze Republik Abend für Abend“ in den Westen übergelaufen sei, und damit „die Autorität des Ost-Berliner Regimes“ ausgehöhlt. Zur Feier des Tages erlaubte sich Pleitgen sogar ein „Gedankenspiel“: Wer weiß, wie schnell die Einheit gekommen wäre, wenn schon „die Helden des 17. Juni“ von TV-Bildern aus dem Westen unterstützt worden wären? Dass die „Lampen des Westfernsehens“ den Bürgern im November 1989 den Weg in die Leipziger Stasi-Zentrale zeigten, habe ja am Ende selbst die „dunkelsten Ahnungen“ von Stasi-Chef Erich Mielke bestätigt.²

In diesem Beitrag wird die These vertreten, dass solche Sonntagsreden die Wirkung der ARD in der DDR überschätzen – weil das Bild der vereinten Fernsehnation westdeutschen Journalisten schmeichelt und ihren deutschlandpolitischen Auftrag legitimiert, weil gar nicht vorstellbar scheint, dass DDR-Bürger nicht an Informationen aus der „freien Welt“ interessiert gewesen sein könnten, und weil übersehen wird, dass die meisten Menschen auf dem Bildschirm nicht nach Politik suchen. Das Fernsehen der DDR hat im Dezember 1982 die „alternative Programmgestaltung“ eingeführt und fortan um 20 Uhr,

Michael Meyen

Dr. phil., geb. 1967; Professor an der Ludwig-Maximilians-Universität München, Institut für Kommunikationswissenschaft und Medienforschung, Schellingstraße 3, 80799 München. meyen@ifkw.lmu.de

zur Hauptsehzeit, in beiden Programmen das gesendet, was die große Mehrheit der Zuschauer überall auf der Welt in erster Linie sehen will: Spielfilme, Serien und große Shows, Quiz, Talk und Humor. Die Publizistik wurde auf spätere Sendeplätze verbannt.[¶] Dieser Verzicht hatte Folgen: Nachdem die Sehbeteiligung Ende der 1970er Jahre auf einem Tiefpunkt angekommen war, erreichten die DDR-Programme zumindest bis Ende 1988 im Jahresdurchschnitt stets mehr ostdeutsche Zuschauer als die Sendungen aus dem Westen (*Tabelle*).[¶]

Um diesen Befund erklären zu können, gehe ich zunächst den Fragen nach den Empfangsbedingungen und der Glaubwürdigkeit der ARD in der DDR nach. Anschließend wird eine Mediennutzer-Typologie präsentiert, welche die Idee von der allabendlichen „kollektiven Ausreise“ differenziert und zeigt, in welchen Milieus der Klassenfeind tatsächlich jeden Abend zu Hause war und wo die Türen verschlossen blieben. Beide Abschnitte stützen sich neben den Überlieferungen der DDR-Zuschauerforschung auf eine Studie, bei der zwischen 2000 und 2002 etwas mehr als hundert DDR-Bürger ausführlich zu ihren Medienbiografien interviewt wurden. Die Befragten sind dabei nach dem Prinzip der „theoretischen Sättigung“ ausgewählt worden – ein Verfahren, das den Anspruch hat, alle Nutzungsmuster zu erfassen, allerdings keine Aussagen über zahlenmäßige Verteilungen erlaubt.[¶] Im letzten Teil schließlich schaue ich mit Hilfe von Akten aus dem Bundesarchiv auf

[¶] Vgl. Lothar Loewe, Abends kommt der Klassenfeind. Fünf Teile, in: *Der Spiegel*, Nr. 33–37 1977; Kurt R. Hesse, *Westmedien in der DDR*, Köln 1988; Gunter Holzweißig, *Zensur ohne Zensor*, Bonn 1997, S. 168f.; Stefan Wolle, *Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971–1989*, Bonn 1998, S. 71; Konrad Dussel, *Deutsche Rundfunkgeschichte*, Konstanz 1999, S. 177f.

[¶] Fritz Pleitgen, *Impressionen zur deutsch-deutschen Fernsehgeschichte*, in: *Deutsches Rundfunkarchiv* (Hrsg.), *In geteilter Sicht. Dokumentation eines Symposiums*, Potsdam 2004, S. 17–24.

[¶] Vgl. Rüdiger Steinmetz/Reinhold Viehoff (Hrsg.), *Deutsches Fernsehen Ost*, Berlin 2008.

[¶] Vgl. Michael Meyen, *Kollektive Ausreise? Zur Reichweite ost- und westdeutscher Fernsehprogramme in der DDR*, in: *Publizistik*, 47 (2002) 2, S. 200–220.

[¶] Vgl. ders., *Denver Clan und Neues Deutschland. Mediennutzung in der DDR*, Berlin 2003, S. 15–35.

Tabelle: Sehbeteiligungen im DDR-TV

	1976	1979	1982	1985	1988
19 Uhr	21,1	22,5	22,8	21,7	22,6
20 Uhr	37,4	32,4	32,9	37,0	36,7

Alle Angaben in Prozent, beide Programme addiert. 1988 erreichten die beiden DDR-Fernsehprogramme um 20 Uhr im Jahresdurchschnitt 36,7 Prozent der Menschen, die ein Fernsehgerät im Haushalt hatten. Der Begriff Sehbeteiligung unterscheidet sich damit von den Einschaltquoten, die heute gemessen werden. Da der Sehbeteiligungsgipfel an normalen Tagen zwischen 50 und 60 Prozent liegt, dürften die Westprogramme im Durchschnitt auf 20 bis 25 Prozent Sehbeteiligung gekommen sein.

Quelle: DDR-Zuschauerforschung; Deutsches Rundfunkarchiv, H 081-03-02, Nr. 53–58, 71–75; H 008-02-04, Nr. 59–63; Programmredaktion, *Analysen 1984 bis 1991*.

ein ARD-Publikum, das Lothar Loewe und Fritz Pleitgen offenbar vergessen haben: auf die SED-Führung. Öffentlich-rechtliche TV-Programme aus der Bundesrepublik haben die DDR-Spitze nicht nur gezwungen, das Hauptabendprogramm weitgehend von Ideologie zu befreien, sondern auch die Informationspolitik diktiert. Genau wie Loewe und Pleitgen gingen die Genossen um Erich Honecker davon aus, dass die eigenen Bürgerinnen und Bürger im Zweifel eher dem Gegner glauben, und haben die Sendungen aus dem Westen deshalb gebannt verfolgt.

Westempfang in der DDR

Die ARD konnte nicht alle DDR-Bürger erreichen. Der Deutsche Fernsehfunk stellte bei seinen ersten repräsentativen Umfragen Mitte der 1960er Jahre fest, dass 85 Prozent der Zuschauer Westsendungen sehen konnten, und bestätigte damit Empfangsmessungen der Deutschen Post.[¶] 1977 lag der entsprechende Wert bei 90 Prozent. Allerdings hatten viele Haushalte nur ein Westprogramm, und die Bildqualität war nicht überall so gut wie im Grenzgebiet oder rund um Berlin und hing teilweise vom Wetter ab. In Leipzig oder Halle an der Saale beispielsweise hatten viele Haushalte keinen Zugang zum ZDF. Eine Chemnitzer Lehrerin, Jahrgang 1938, konnte sich in einem der biografischen

[¶] Vgl. ders., *Hauptsache Unterhaltung*, Münster 2001, S. 218.

Interviews nicht erinnern, je „im Westen einen ganzen Film angesehen zu haben“. Bei dem schlechten Bild habe das viel zu sehr angestrengt. Fast gar nicht zu empfangen waren die Westprogramme in weiten Teilen der Bezirke Dresden und Neubrandenburg sowie im Ostteil des Bezirks Rostock.

In der zweiten Hälfte der 1980er Jahre verbesserte sich der Zugang zu Westprogrammen allerdings deutlich. Die Ausstrahlung über Satellit öffnete das Tor zu Antennen- und Kabelgemeinschaften, und selbst in einigen Dresdner Neubauvierteln gab es 1988/89 Westfernsehen. Ein Betriebsleiter aus dem Erzgebirge, Jahrgang 1949, der vorher auf seine Eigenbau-Antenne stolz war, auch wenn sie mehr „Gries“ lieferte als Fernsehen, hat von einer „Massenaktion“ gesprochen, bei der „blitzschnell“ Empfangsanlagen gebaut worden seien. „Da wurden Gräben geschachtet und da wurden Leitungen gezogen, da wurden Hausanschlüsse gelegt und Masten gesetzt und Geld investiert, um schnell internationales Fernsehen zu bekommen.“

30 Jahre vorher wäre an eine solche „Massenaktion“ nicht zu denken gewesen. 1959 forderte eine Leserin im SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“, man solle sich nicht weiter um die Westseher kümmern. „Diese Menschen werden den Regen im Westen immer nasser, die Sonne immer wärmer und den Schnee immer weißer finden als bei uns.“ Dass man sich dann nach dem Mauerbau 1961 doch einige Monate sehr intensiv um die Westseher kümmerte, hat das DDR-Bild in der Bundesrepublik geprägt. Mitte der 1960er Jahre glaubten fast zwei Drittel der Westdeutschen, dass der Empfang westlicher Programme in der DDR verboten sei und bestraft werde. Die „Aktion Ochsenkopf“, bei der FDJ-Trupps TV-Antennen von den Dächern holten, blieb aber eine Episode, weil das Westfernsehen rund um Berlin und an der Grenze per Zimmerantenne zu empfangen war, weil die Demontierer das Basteltalent der DDR-Bürger unterschätzten und weil die Übergriffe die Stimmung im Land verschlechterten. 1966 stellte die Abteilung Agitation des SED-Zentralkomitees fest, dass viele Leute die Westantennen abends auf dem Balkon anbringen und nach Sendeschluss wieder abmontieren würden. Am Arbeitsplatz, am Biertisch und besonders in der

Eisenbahn spreche man ohne Scheu über das Programm, das zum Teil auch schriftlich verbreitet werde.¹⁷ Obwohl Erich Honecker die Bürger dann auf einer ZK-Tagung im Mai 1973 ausdrücklich zum genaueren Hinschauen ermunterte, gab es auch in den 1980er Jahren Genossen, die Westmedien strikt ablehnten, Lehrer, die einen solchen Standpunkt vor der Klasse vertraten, und Offiziere, die in den NVA-Kasernen Radiogeräte einzogen, wenn sie Soldaten beim Hören eines ARD-Programms ertappten.

Glaubwürdigkeit der Westmedien

An dieser Stelle soll gar nicht bestritten werden, dass die offene Rundfunkgrenze das Denken der Ostdeutschen geprägt hat, dass die Westprogramme in der DDR zum Alltag gehörten und im Spätsommer und Frühherbst 1989 auch mediale Öffentlichkeit hergestellt haben – mit Berichten über Demonstrationen und Fluchtmöglichkeiten und indem sie diejenigen zu Wort kommen ließen, die sich zur Opposition formierten. Vorher aber, in den „normalen Zeiten“, waren die Sendungen von ARD und ZDF für die allermeisten DDR-Bürger kein vollwertiger Ersatz. Die Ratgebersendungen ließen sich für das Leben im Osten nicht anwenden, und Nachrichten und Politik-Magazine konnten nur sehr bedingt bei der Orientierung im Alltag helfen.

Eine Arbeiterin aus Leipzig, Jahrgang 1938, die die DDR-Medien als „grausam“ beschrieb und heute den MDR meidet, weil sie sich dort in alte Zeiten zurückversetzt fühle, meinte, der Westen habe über den Osten nichts gewusst, und in den Nachrichten sei es manchmal so gewesen, „als wenn wir für die gar nicht da sind“. Sie habe die „Aktuelle Kamera“, die Hauptnachrichtensendung im DDR-Fernsehen, gesehen, weil sie in einer ganz anderen Welt zurecht kommen musste. Natürlich ist diese Frau eine Ausnahme. Im Regelfall diente die „Tagesschau“ dazu, die Berichterstattung der eigenen Medien zu überprüfen oder Lücken festzustellen, und manche Zuschauer haben sich ausschließlich in den Westmedien orientiert. Ein Leipziger Schriftsteller, Jahrgang 1953, hat die 20-Uhr-Nachrichten im Ersten als „absolutes Muss“

¹⁷ Vgl. ebd., S. 217 ff.

beschrieben, als einen Fixpunkt im Tagesablauf, als erstrangige Informationsquelle und „als Ersatz auch für Tageszeitungen“. Er habe nicht erwartet, dass dort die Realität in der DDR widerspiegelt werde. „Wir wussten ja, wie sie ist, oder meinten es zu wissen.“ Erwartet habe er vielmehr „eine andere Sicht“, „einen anderen Blickwinkel“.

In vielen Interviews ist bezweifelt worden, dass man überhaupt objektive Informationen bekommen könne. Eine Angestellte aus Weimar, Jahrgang 1951, sagte, die Medien seien überall auf der Welt „gefärbt“. Es gebe in „jedem Land“ eine Zensur, „aus welchen Gründen auch immer“ und wenn es der Sex sei. Auch wenn heute „manchmal der Ton ausfällt“ bei der ARD, habe das sicher „seine Hintergründe“. Die allermeisten Befragten gaben an, „die Wahrheit in der Mitte“ gesucht zu haben: beide Seiten hören, mit Bekannten sprechen und sich dann selbst eine Meinung bilden.

Für die Zweifel an der ARD-Berichterstattung gibt es mehrere Gründe. Wenn die Medien im eigenen Land einseitig und von Interessen geleitet sind, kann man dann annehmen, dass dies anderswo nicht so ist, erst recht in Zeiten des Kalten Kriegs? Was die ARD-Korrespondenten in ihre Heimat funken konnten, war außerdem selbst bei bestem Willen nur ein kleiner Ausschnitt und oft ein ganz bestimmter. Eine Dolmetscherin, Jahrgang 1952, hat von „Propaganda über den Osten“ gesprochen. „DDR-Befindlichkeiten haben sie nicht recherchiert“ – hätten sie auch gar nicht können, „weil sie ja gar nicht wussten, wie das war“. Eine Buchhalterin, Jahrgang 1954, sagte, je kleiner der Osten über bestimmte Schwierigkeiten berichtet habe, desto größer sei dies im Westfernsehen gebracht worden. „Die haben es aufgebaut, und unsere haben es weggelassen.“

Nicht wenige DDR-Bürger fühlten sich von den Berichten aus dem Westen in ihrem Stolz getroffen. „Der Westen hat uns primitiver hingestellt, als wir wirklich waren“, sagte eine Dresdnerin, Jahrgang 1930, die in einer Großküche gearbeitet hat. „Die drüben“ hätten es mit allem leichter gehabt. „Du brauchst Dir bloß mal vorzustellen, die kriegen alles abgepackt, vorgekocht und alles. Und wir mussten uns selber kümmern.“

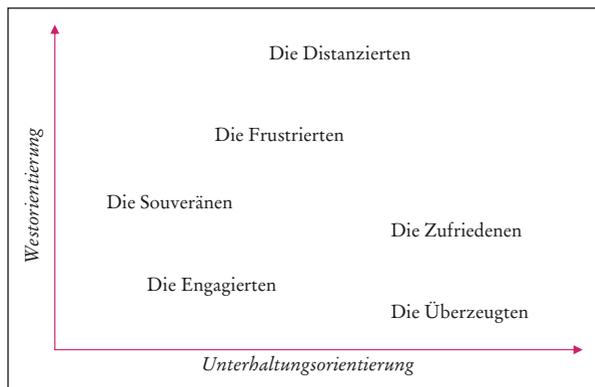
Eine Leipziger Kindergärtnerin, Jahrgang 1944, hat hier differenziert zwischen Bayerischem Rundfunk und Deutschlandfunk auf der einen Seite („zu hetzig“) und dem NDR auf der anderen, wegen der „seriösen Berichterstattung“ und der „Art der Norddeutschen“. Auch „Panorama“ und „Report“ hätten ihr gefallen, weil man dort gesehen habe, dass auch im Westen „nicht alles Sonnenschein“ sei.

Dieses letzte Beispiel zeigt, welche Bedeutung die Westprogramme allen Zweifeln zum Trotz hatten: Es gab einen Gegenpol, und allein das hat die Menschen zum Nachdenken gebracht. Kann man einer Sache bedingungslos glauben, wenn einem der Zweifel ständig vor Augen geführt wird? Wo der Empfang schlecht war, hat dies extreme Reaktionen auf die DDR-Medienpolitik begünstigt. In Dresden wurden mehr Ausreiseanträge gestellt als in den anderen Bezirken der Republik. Dass die Menschen hier unzufriedener waren, lag allein schon deshalb auch am Westfernsehen, weil ein Stück Lebensqualität fehlte. Ein Pfarrer aus dem Raum Görlitz, Jahrgang 1938, sagte, es sei schwer gewesen, freie Stellen mit Bewerbern aus Berlin-Brandenburg zu besetzen, und als er einmal im Vogtland Urlaub gemacht und erzählt habe, woher er komme, hätten ihn die Menschen ganz entsetzt gefragt, wie er denn ohne Westfernsehen leben könne. Und ein Leipziger Briefträger, Jahrgang 1962, meinte, er habe die Einseitigkeit der einheimischen Kanäle gar nicht so wahrgenommen und sich auch nicht schlecht informiert gefühlt, weil die Gegenseite ja ständig zur Verfügung gestanden habe.

Mediennutzertypologie

Eine Typologie soll Ordnung in eine unüberschaubare Vielfalt bringen und schlaglichtartig Unterschiede zwischen den einzelnen Elementen erhellen. Ein Typus steht dabei für eine Gruppe von Menschen, die bestimmte Merkmale gemeinsam haben – hier erstens die generelle Erwartung an Medien (informations- und bildungsorientiert versus unterhaltungsorientiert) sowie zweitens die Westorientierung. Mit diesen beiden Kriterien lassen sich in der späten DDR sechs Formen des Umgangs mit den Angeboten der Massenmedien unterscheiden (*Abbildung*). Die

Abbildung: Mediennutzer-Typen in der späten DDR



Quelle: Eigene Darstellung.

Einschränkung „späte DDR“ ist notwendig, da sich die biografischen Interviews auf die zweite Hälfte der 1980er Jahre konzentriert haben.

Die *Zufriedenen*. Diesem Typ wurde jeder dritte Befragte zugeordnet – vor allem Frauen ohne Parteibuch, geboren zwischen 1930 und 1960; Frauen, die neben ihrer Arbeit in der Produktion oder im Büro Kinder und Haushalt versorgen mussten und deshalb wenig Zeit für Mediennutzung hatten. Der Fernsehapparat bot ihnen die Möglichkeit, in eine andere Welt abzutauchen. Nachrichtensendungen aus Ost und West ließen sich zwar oft nicht vermeiden, waren für sie aber nicht wirklich wichtig. Über Medienpolitik haben die Zufriedenen nicht weiter nachgedacht, vielleicht weil die Meldungen mit den täglichen Notwendigkeiten nur wenig zu tun hatten, vielleicht weil die Zeit, die Kraft und manchmal auch die Fähigkeiten fehlten, alles verstehen zu können, was auf der großen Bühne läuft. Heute sagen die Zufriedenen, dass die DDR ihre Heimat gewesen sei und dass sie damals auch den Nachrichten aus der Bundesrepublik nicht geglaubt hätten.

Auch die *Überzeugten* waren durch den Alltag voll ausgelastet, haben Medien wenig genutzt und Unterhaltung bevorzugt. Sie haben sich aber eher in den DDR-Programmen orientiert, hier auch die Wahrheit vermutet und das Westfernsehen entweder ganz abgelehnt oder wenigstens ihre Kinder daran gehindert, umzuschalten. Dieser Typ ist vor allem in gehobenen Positionen zu finden – in Bereichen, die von der Partei- und Staatsfüh-

rung als „wichtig“ propagiert wurden (Armee, Volksbildung, Journalismus, Parteiapparat).

Die *Engagierten* haben in der DDR Karriere gemacht (in der Wirtschaft und in Bildungseinrichtungen, aber auch in Staat und Partei). Position und intellektuelle Fähigkeiten erklären die beiden Unterschiede zu den Überzeugten. Die Engagierten hatten eine kritische Einstellung zur DDR, an die sie dennoch durch ihren sozialen Aufstieg gebunden waren, und ein weit größeres Informationsbedürfnis, das auch von der ARD bedient wurde. Obwohl dieser Typ etwas mehr Ostfernsehen einschaltete und außerdem annahm, dass politische Sendungen auf beiden Seiten gefärbt sind, ärgerten sich die Engagierten über die Medien im eigenen Land, über „politische Engstirnigkeit“, über fehlende Informationen und über „Jubeln bis zum Abwinken“ (Kindergärtnerin, Jahrgang 1944).

Die *Frustrierten* haben in der DDR nicht gelitten, lehnten aber die „Phrasendrescherei“ in den Medien ab und fanden im Extremfall selbst die Fußballreporter „peinlich“ (Briefträger, Jahrgang 1962). Wie die Engagierten haben sie sich für Politik interessiert, dieses Bedürfnis aber vor allem in westlichen Funkmedien befriedigt. Diesem Typ wurden nur Männer zugeordnet (aus der technischen Intelligenz und aus Angestelltenberufen) – Männer, die nicht in der SED waren, keine Aufstiegserfahrung hatten und damit auch keine Bindung an die DDR. Einige kamen aus einem kirchlichen oder antikommunistischen Umfeld, andere durften nicht studieren und fühlten sich bei der Bezahlung benachteiligt oder durch den allgemeinen Mangel.

Die *Distanzierten* haben das System zwar ebenfalls abgelehnt, diesem Typ ist es aber besser gelungen, eine Nische zu finden und so ein einigermaßen erfülltes Leben zu führen. Fast alle Distanzierten hatten Kontakt zur Kirche, oft sogar beruflich. Nischen konnten auch Künstlermilieus bieten, die Familie oder kleine Firmen, in denen man ohne politische Bekenntnisse über die Runden kam. Die Distanzierten nutzten ein ähnliches (unterhaltungsbetontes) Medienmenü wie die Zufriedenen. Der Unterschied: eine dezidierte (ablehnende) Einstellung zur DDR-Me-

dienpolitik. Wer von den Distanzierten die Möglichkeit hatte, sah die „Tagesschau“ und glaubte den Westmedien.

Die *Souveränen* haben den DDR-Medien zwar genauso wenig getraut, das hat sie aber nicht daran gehindert, dort intensiv nach Informationen „aus erster Hand“ zu suchen, nach der „Sicht der Macht“ (Pfarrer, Jahrgang 1938). Dieser Typ hat die DDR abgelehnt und konnte deshalb nicht aufsteigen. Er wurde entweder von der Kirche bezahlt, war Künstler oder sonst relativ frei (wie ein Museumsarbeiter, Jahrgang 1950). Da es für die Souveränen ein Wert an sich war, informiert zu sein, haben sie sich über Unterhaltungssendungen eher abwertend geäußert, auch über die Angebote aus der Bundesrepublik.

Die Typologie zeigt, dass die ARD in der DDR auf ganz unterschiedliche Erwartungen getroffen ist. Wer abhängig beschäftigt war, in der Berufshierarchie eine der unteren Positionen einnahm und durch die vielen Anforderungen des Alltags ausgelastet war, hat die Medien vor allem als Mittel zur Ablenkung und Entspannung genutzt und sich in der Regel wenig Gedanken über die politischen Inhalte gemacht. Viele Frauen hatten nicht einmal für die Nachrichtensendungen Zeit und folgten erst recht nicht für Magazine wie „Report“ oder „Panorama“. Generell wurde nicht unbedingt umgeschaltet, um Informationen zu suchen. Entsprechende Sendungen wurden mitgenommen, in erster Linie aber ging es um Unterhaltung und Entspannung.

Anders als oft angenommen, ist die ARD außerdem keineswegs mit einem Glaubwürdigkeitsbonus in die deutsche Einheit gestartet. In der DDR hat, darauf deuten zumindest die Rekonstruktionen aus der Erinnerung hin, nur eine Minderheit ohne Einschränkungen den Nachrichtensendungen aus der Bundesrepublik vertraut, vor allem die *Frustrierten*, die *Souveränen* und die *Distanzierten*. Selbst diese drei Mediennutzertypen, die die SED-Medienpolitik ablehnten und sich vor allem am Westen orientierten, haben auch hinter den Informationen von der anderen Seite bestimmte Interessen vermutet und folglich mit Vorsicht und Skepsis reagiert. Für die Stärke der Westorientierung waren neben dem Meinungsklima im privaten Umfeld, neben der Bindung an den anderen Teil

Deutschlands und den persönlichen (auch intellektuellen) Voraussetzungen die Erfahrungen entscheidend, die man mit dem System gemacht hat.

Zuschauer in der ersten Reihe

Die SED-Führung hat die Kritikfähigkeit der DDR-Bürger unter- und die Wirkung der ARD damit überschätzt. Diese These zielt nicht nur auf die „Aktion Ochsenkopf“, auf den moralischen Druck in Sachen Westfernsehen oder auf den (inzwischen gut dokumentierten) Umgang mit den ARD-Korrespondenten, die auch von der Staatsicherheit beobachtet wurden,⁸ sondern auf die Informationspolitik insgesamt. Die Medienlenkung in der DDR ist am besten als politische PR zu verstehen. Der Kommunikationswissenschaftler Klaus Merten hat Public Relations als „Differenzmanagement zwischen Fakt und Fiktion“ definiert und PR-Fachleute als „professionelle Konstrukteure fiktionaler Wirklichkeiten“ beschrieben, die danach streben, „Sachverhalte stets in positiver Tönung“ darzustellen – letztlich mit dem Ziel, „die Wahrnehmung der Öffentlichkeit in ihrem Sinne zu manipulieren“.⁹ Was in die DDR-Medien kam, sollte die Interessen der Herrschenden unterstützen – in der Auseinandersetzung mit dem Westen und im Kampf um die Köpfe der eigenen Bürger.

Die konkreten Anweisungen der Medienlenker sind deshalb nur zu verstehen, wenn man die jeweilige politische Situation berücksichtigt und weiß, dass sich die Parteispitze manchmal im Wortsinn vor dem Bildschirm versammelte und anschließend Meldungen und Kommentare schrieb. Hans Modrow, von 1971 bis 1973 Leiter der Abteilung Agitation des ZK der SED, sagte in einem Interview, das Fernsehen sei für Erich Honecker „am allerwichtigsten“ gewesen. Agitations-

⁸ Vgl. Jochen Stadt/Tobias Voigt/Stefan Wölle, Operation Fernsehen. Die Stasi und die Medien in Ost und West, Göttingen 2008; Rolf Geserick/Arnulf Kutsch, Möglichkeiten und Behinderungen des Informationszugangs für westdeutsche Korrespondenten in der DDR seit 1972, in: Publizistik, 29 (1984) 4, S. 455–491.

⁹ Klaus Merten, Zur Definition von Public Relations, in: Medien & Kommunikationswissenschaft, 56 (2008) 1, S. 42–59.

sekretär Werner Lamberz habe jeden Abend vor einem Gerät gesessen, auf dem alle vier Programme aus Ost und West simultan liefen.¹⁰ Auf einer Konferenz zur „politischen Massenarbeit der Partei“ im Mai 1977, bei der das Fernsehen als „wichtigster gegnerischer Ideologieträger“ bezeichnet wurde, klagte eine Arbeitsgruppe über das „ineffektive Nebeneinanderarbeiten“ der Stellen, die die „feindlichen elektronischen Medien“ analysieren (unter anderem die Nachrichtenagentur ADN, das Außenministerium und das Institut für Internationale Politik und Wirtschaft). Bei der Hauptabteilung Monitor des Staatlichen Komitees für Rundfunk erlaube die „Kadersituation“ weder, die „Feindtätigkeit“ zu differenzieren, noch die Unterhaltungssendungen einzubeziehen.¹¹

Die Mitschriften dieser Abteilung Monitor stapeln sich heute im Archiv – oft versehen mit Anmerkungen von Joachim Herrmann, der 1978 Nachfolger von Lamberz wurde. Herrmann bearbeitete die Papiere mit Rotstift und Kommentaren, lief damit oft genug zu Honecker und schlug vor, wie man reagieren könne. Nicht wenige Texte wurden dabei vom Parteichef selbst in Auftrag gegeben und redigiert. Die SED-Spitze hielt die ARD für so wichtig, dass sie in der innenpolitischen Berichterstattung alles zu unterdrücken versuchte, was der Gegner für seine Interessen nutzen könnte, und Redaktionen vor allem dann kritisierte, wenn ein Beitrag trotzdem im Westen aufgegriffen wurde. Die DDR-Bürger konnten manche Meldungen nur verstehen, wenn sie sich auch im Westen informiert hatten.

In einem Leserbrief, den Herrmann im Juli 1988 aus Jena bekam, wurden gleich zwei Beispiele genannt: die Pressekampagne gegen den sowjetischen Film „Die Reue“ (von Tengis Abuladse, 1984), der mit dem Stalinismus abrechnete (Erstaufführung im ZDF), und das Verschweigen des Skinheadüberfalls auf die Berliner Zionskirche am 17. Oktober 1987. Der Schreiber beklagte, „dass eine Reihe von Nachrichten wie selbstver-

ständig den Empfang entsprechender Sendungen westlicher Medien“ voraussetze und dass „die Bevölkerung unseres Landes“ in manchen Fällen verspätet oder gar nicht informiert werde.¹² Ralf Bachmann, der von 1981 bis 1986 für ADN in Bonn war, bekam auf die gleiche Kritik von seinen Vorgesetzten „zwei Antworten“. Man wolle „Unruhe und Unsicherheit“ vermeiden, und außerdem genüge es ja, „wenn das vom Westfernsehen gebracht wird, damit erfahren es doch alle“. Sein Bericht über eine der großen Friedensdemonstrationen im Bonner Hofgarten (1983) sei in Ost-Berlin auf Skepsis gestoßen. Honecker habe die Direktübertragung im Westfernsehen verfolgt, nachgezählt und gezweifelt, dass man eine halbe Million Teilnehmer melden könne. „Bei dieser Vorsicht blieb es. Von unserer Berichterstattung wurde nichts übernommen, was man nicht selbst am Bildschirm gesehen hatte.“¹³

Auf diese Weise kam der Klassenfeind am Ende selbst zu den DDR-Bürgern, die ARD-Sendungen aus Überzeugung mieden oder im Westfernsehen eher auf Unterhaltung aus waren. Da man die Ziele und Mechanismen der Medienlenkung kannte, konnte jeder politisch Interessierte auch aus der SED-Presse oder der „Aktuellen Kamera“ auf die Haltung der Gegenseite schließen, auf außen- und innenpolitische Konfliktherde sowie auf wirtschaftliche Probleme – erst recht, wenn er intensiv die Berichterstattung aus der Bundesrepublik verfolgte. Für den Leipziger Schriftsteller war nicht nur die „Tageschau“ ein „absolutes Muss“, sondern auch das „Neue Deutschland“ („Ich habe bestimmt jeden Tag eine Stunde gelesen“). Da die Zeitung etwa zur gleichen Zeit Redaktionsschluss hatte, habe er „schon am nächsten Vormittag sehen“ können, wie die SED mit den Meldungen aus dem Westen „umgegangen“ ist. Die DDR-Bürger fanden so selbst in der politisch inszenierten Öffentlichkeit genügend Indizien für die Agonie des Systems – auch dank der ARD.

¹⁰ Gespräch mit dem Autor und Anke Fiedler am 8. Dezember 2009 in Berlin.

¹¹ Konferenz „Die weiteren Aufgaben der politischen Massenarbeit“, 25. bis 26.5.1977 (Abteilung Agitation), in: SAPMO-BArch, DY 30/vorl. SED 33906, nicht paginiert.

¹² Brief an Herrmann vom 3.7.1988 (Büro Joachim Herrmann), in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2.037/36, Bl. 106 ff., hier 107.

¹³ Ralf Bachmann, *Ich bin der Herr. Und wer bist du?*, Berlin 1995, S. 249f.

Hans-Jürgen Krug

Von der Vielstimmigkeit zur Marke: 60 Jahre ARD-Hörfunkprogramme

Die neue, regional strukturierte Nachkriegshörfunklandschaft war rund fünf Jahre alt, als sich am 9. und 10. Juni 1950

Hans-Jürgen Krug

Dr. phil., geb. 1952; Publizist und Medienwissenschaftler, Ahornallee 13, 22529 Hamburg. drhjk@gmx.de
<http://hansjuergenkrug.blogspot.com>

zur „Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland“, kurz ARD,¹ zusammenschlossen. Es war ein lockerer Zusammenschluss, eine Arbeitsgemeinschaft eben, die vor allem bei der Lösung gemeinsamer Anliegen helfen sollte. „So viel Einheit wie nötig, so viel Vielfalt wie möglich“, beschrieb SDR-Intendant Hans Bausch einmal die frühe ARD-Philosophie² und das Beharren der einzelnen Mitglieder auf Autonomie. Die drei Buchstaben stünden für „Alle reden durcheinander“, hielt später ein Uralt-Kalauer fest. Eine andere, weniger populäre Deutung lautet: „Alle reisen dauernd.“

Im Juni 1950 gab es in Deutschland noch kein Fernsehen, die sechs ARD-Mitglieder sendeten ausschließlich Hörfunk. Das Radio war das neue bundesdeutsche Leitmedium, es war kulturorientiert und auf dem elektronischen Markt konkurrenzlos. Eine normale Hörerin, ein normaler Hörer konnten in der Regel nur das Mittelwellenprogramm des eigenen „Haussenders“ hören, die ersten UKW-Programme „UKW West“ und „UKW Nord“ (vom NWDR) waren erst wenige Tage alt und mit den fast ausschließlich verbreiteten reinen Mittelwellenempfängern überhaupt noch nicht zu empfangen. Die Radioprogramme waren Einschaltprogramme und relativ einfach gemacht, Sendung folgte auf

Sendung, man nannte das später „Kästchenradio“; abrupte Wechsel zwischen Politik, Kultur oder Musik waren selbstverständlich. Der Besitz eines Hörfunkapparates kostete zwei DM Gebühren im Monat – und da die Hörerzahlen auch nach dem Zweiten Weltkrieg rapide stiegen, konnten die gebührenfinanzierten öffentlich-rechtlichen Sender insgesamt „beträchtliche Reserven“³ bilden.

Finanzausgleich

Die neuen Hörfunksender in München, Hamburg, Frankfurt, Bremen, Baden-Baden und Stuttgart hatten sehr unterschiedlich große Sendegebiere und sehr unterschiedliche Einnahmen. Es gab reiche, mittlere und arme Sender, 1956 verfügte der neu gegründete Westdeutsche Rundfunk (WDR) beispielsweise über fast 70 Millionen DM an Einnahmen, Radio Bremen aber erhielt (für ähnliche Aufgaben) nur 3,5 Millionen DM. Der interne „Finanzausgleich“ war deshalb früh die zentrale Aufgabe der ARD. Zunächst glich man durch „Ad-hoc-Zahlungen“⁴ aus, seit 1958 gab es dann dafür ein kontinuierliches, im Laufe der Jahre immer wieder justiertes System.

Eine andere Form des „Finanzausgleichs“ war schon früh die zusätzliche Finanzierung des Hörfunks durch Werbung. Anfang der 1950er Jahre warben fast alle ARD-Hörfunkprogramme, und Radio Bremen soll damals sogar ein Viertel seiner Einnahmen aus Funkwerbung erhalten haben.⁵ 1954 wurde die Arbeitsgemeinschaft Rundfunkwerbung (ARW) gegründet – hier schlossen sich nun auch die regionalen Werbefunkgesellschaften, die „hilfreichen Töchter“⁶ zusammen.⁷ Neben der

¹ „Das vertraute Kürzel ARD wurde erst 1954 eingeführt.“ Hans Bunte, Geschichte und Geschichten des Senders an der Saar – die Chronik, in: Axel Buchholz/Fritz Raff (Hrsg.), Geschichte und Geschichten des Senders an der Saar. 50 Jahre Saarländischer Rundfunk, Freiburg 2007, S. 71.

² Zit. nach: Verena Wiedemann, Einheit in der Vielfalt, in: ARD-Kulturbuch, o. O. 2008, S. 62.

³ Konrad Dussel, Deutsche Rundfunkgeschichte, Konstanz 2004², S. 201.

⁴ Ebd., S. 202.

⁵ Vgl. Werbesendungen/Rundfunk. Zur Hebung des Niveaus, in: Der Spiegel, Nr. 47 vom 18. 11. 1953, S. 39.

⁶ H. Bunte (Anm. 1), S. 86.

⁷ Vgl. Jürgen Pfifferling, Ein Service für die Werbung. ARW Media Marketing, in: ARD-Jahrbuch 1988, S. 37.

Kommunikation der ARD-Mitglieder gab es nun auch die Kommunikation der ARD-Werbe-gesellschaften.

Die kleinen Sender in Bremen und Saarbrücken⁸ waren von den zusätzlichen Werbeeinnahmen „abhängig“. Besonders der Saarländische Rundfunk setzte zur „Linderung der Finanznot“ früh und ausdrücklich auch auf „Programm-Innovation“.⁹ Als Ende 1963 die „Europawelle Saar“ mit stündlichen Nachrichten, Magazinen, über den Tag verteilter Streuwerbung und hohem Musikanteil angekündigt wurde, da wurde – so breit war damals das Spektrum – in der ARD darüber diskutiert, ob man den SR nicht wieder aus der ARD ausschließen sollte. Später etablierten sich die durch die Werbung ausgelösten Saarbrücker Innovationen auch in den anderen Hörfunkwellen.

Kein ARD-Radio

Die reine Hörfunk-ARD war vor allem ein „relativ lockerer Zusammenschluss mit Vereinscharakter“, Beschlüsse mussten einstimmig sein, „Souveränität“ wollten die einzelnen Mitglieder nicht abgeben, „schon gar nicht auf dem Gebiet des Programms“.¹⁰ Erst die Etablierung des Fernsehens veränderte diesen lockeren Charakter der ARD, denn seit dem 1. November 1954 hatten die regionalen Gesellschaften täglich ein gemeinsames Programm, das (Erste) Deutsche Fernsehen zu gestalten. Beim Radio hingegen entstand diese Notwendigkeit nicht, der öffentlich-rechtliche Hörfunk war und blieb ein regionales Medium.¹¹ BR und HR, NWDR und RB, SDR und SWF machten ihre eigenständigen Programme, und die ARD war im Radiobereich eine schwache Institution, an deren Spitze eine Hörfunk-Kommission stand: „Als Vorsitzender in der Hörfunk-Kommission, also unter den Kollegen Programmleitern, hatte man sich demgemäß als Makler und Mittler zu betätigen, der die Probleme auf den

Tisch legte, um sich nach freundlichem (oder auch einmal leidenschaftlichem) Gedankenaustausch wieder einzusammeln – mit unterschiedlichem Erfolg, was die Nachwirkungen der Diskussion betraf“, fasste der langjährige SDR-Hörfunkdirektor Peter Kehm einmal seine Erfahrungen zusammen. „Im Laufe der Zeit – ich war viermal Vorsitzender – lernte ich die Brisanz der zur Debatte stehenden Fragen und folglich die Chancen für Konsens oder Dissens einigermaßen zutreffend einzuschätzen, so dass ich dazu übergehen konnte, die Ergebnisprotokolle in den wesentlichen Zügen schon vor den Beratungen fertig zu stellen, was dem zügigen Ablauf der Verhandlungen sehr zustatten kam.“¹² 1959 gehörten bereits neun Mitglieder zur ARD, 1962 waren es elf und 1992 sogar dreizehn.¹³

Die Jahre zwischen 1950 und 1960 gelten gemeinhin als „Blütezeit“ des Hörfunks, als die großen Radiojahre. Es war die Hochzeit des konkurrenzlosen ARD-Hörfunks mit seinen rund 10 bis 15 selbständigen Regionalprogrammen; die ARD-Sender besaßen weitgehend die Alleinherrschaft im Äther. Seit 1952 hatten alle ARD-Sender dann zwei Programme: ein Mittelwellenprogramm („Erstes Programm“) und wenigstens stundenweise ein „Zweites“ Ultrakurzwellenprogramm; seit 1956 hatte der NDR sogar ein „Drittes Programm“ speziell für die Kulturinteressierten. Der Abend war die bevorzugte Radiozeit, die Programmstrukturen waren stabil, Programmkonzeptionen wurden nur „relativ geringfügig und ziemlich langsam verändert“,¹⁴ Innovationen waren rar. Es waren die Jahre, in denen das „Echo des Tages“ oder die „Rundschau aus dem Hessenland“, Werke des Hörspielautors Günter Eich oder die Radioshows von Hans-Joachim Kulenkampff und Peter Frankenfeld große Hörergruppen ansprachen.

1959 trat die ARD erstmals als eine Art Programmveranstalter auf: Sie etablierte mit der „Musik bis zum frühen Morgen“ ein ge-

⁸ Der Saarländische Rundfunk (SR) wurde 1959 ARD-Mitglied.

⁹ H. Bünte (Anm. 1), S. 89.

¹⁰ So Hans Bausch 1969. Zit. nach: Andrea Brunnen-Wagenführ, Von Anfang an dabei, in: ARD-Jahrbuch 2000, S. 92. Die Bedeutung der ARD für die bundesdeutsche Hörfunkentwicklung ist bisher kaum erforscht.

¹¹ Vgl. Hans-Jürgen Krug, Radio, Konstanz 2010.

¹² Peter Kehm, Vorübergehend lebenslanglich, Stuttgart 1990, S. 179.

¹³ Hier sind auch die (1962 hinzugekommenen) Anstalten des Bundesrechts, die Deutsche Welle und der Deutschlandfunk, mitgezählt. Vgl. ABC der ARD, 2002³, S. 11.

¹⁴ Wolfgang Jäger, Grenzen veränderter Programmkonzeptionen, in: Dieter Roß (Hrsg.), Die Zukunft des Hörfunkprogramms, Hamburg 1982, S. 62.

meinsames Nachtprogramm – in Hamburg, München und Baden-Baden war nun während der Nacht dasselbe Programm zu hören. 1964 folgte ein gemeinsames Ausländerprogramm, das von allen Landesrundfunkanstalten ausgestrahlt wurde (bis 2003) – und beinahe hätte es 1971 sogar eine bundesweite Autofahrerwelle gegeben. Doch angesichts knapper Hörfrequenzen war das ARD-Projekt nicht durchsetzbar.

Das ARD-Fernsehen – einst durch Hörfunkgebühren anschluss- und querfinanziert – beendete nach 1960 langsam die „Blütezeit“ der ARD-Radios und eroberte die populären abendlichen Sendezeiten. Das Interesse am Radio ließ nach, die Nutzungszeiten sanken, der Hörfunkmarkt war weitgehend gesättigt, das Geld – die Radiogebühren betragen bis 1970 zwei DM – wurde knapper. In den 1960er Jahren begann das älteste elektronische Medium sich langsam – und gegen das Fernsehen und seine Abendprogramme – neu zu erfinden. Mehrstündige Mittags- und Morgenmagazine entstanden, Pop- und Jugendsendungen wurden eingeführt, die Werbung wurde über den ganzen Tag verteilt – und dann wurden Autofahrer, Service- und reine Popwellen wie Bayern 3, HR3, SWF 3 oder Südfunk 3 gegründet. Da die Gebührgelder dazu nicht mehr ausreichten, setzten die neuen Servicewellen auf Werbung. „Unsere Servicewelle HR3 trägt sich durch die eingebaute Werbung selber“, so HR-Hörfunkdirektor Henning Wicht 1974¹⁵ – und damit zu öffentlich-rechtlichen Monopolzeiten. „Ein kleiner Schritt, und wir hatten es: das ‚duale‘ Rundfunksystem unter einem Dach, in einem Haus“, schrieb später SDR-Hörfunkdirektor Peter Kehm.¹⁶

Während die „Ersten“ Programme auf Mittelwelle weitersendeten wie gewohnt, eroberten die neuen Pop- und Servicewellen (auf UKW) mit rapider Geschwindigkeit die Hörerinnen und Hörer. „Aktualisierung, Typisierung, Personalisierung und Spezialisierung“ – dies waren die Stichworte für die Neuorientierung der ARD-Radios, die Henning Wicht 1969 populär im ersten ARD-Jahrbuch festhielt. Sie leiteten innerhalb der

¹⁵ Zit. nach: Stefan Kursawe, Vom Leitmedium zum Begleitmedium. Die Radioprogramme des Hessischen Rundfunks 1960–1980, Köln 2004, S. 307.

¹⁶ P. Kehm (Anm. 12), S. 219.

ARD-Radios langsam und leise amerikanisch inspirierte Veränderungsprozesse ein, die – bisher unbeschrieben – „innerhalb weniger Jahrzehnte alle in Europa gewachsenen Radio-Formen nahezu vollständig dominier(en)“ sollten.¹⁷

Kooperation und Koordination

Die Geschichte der ARD-Hörfunk-Kommissionen ist noch nicht geschrieben und über die reale, vereinheitlichende Macht der „Arbeitsgemeinschaft“ im Radiobereich weiß man ebenso wenig wie über die internen Konflikte. Während die verschiedenen ARD-Mitglieder ihre eigenen, autonomen Programmangebote produzierten und sendeten, wurden (eher im Hintergrund) Kooperation und Koordination verstärkt. Seit den 1950er Jahren wurde Schritt für Schritt ein System der Auslandskorrespondenten aufgebaut; 1956 ging Klaus Mehnert als erster Hörfunkkorrespondent nach Moskau, 1957 Klaus Bölling nach Belgrad, 1994 waren 29 ARD-Korrespondenten und 21 Gruppenkorrespondenten in aller Welt für ARD-Radios unterwegs.¹⁸ Parallel entstanden als zentrale bundesdeutsche Politikzulieferer langsam bimedial strukturierte Hauptstadtstudios: 1958 das „Studio Bonn“ und dann 1999 das „ARD-Hauptstadtstudio“ in Berlin. Die Qualität der traditionellen öffentlich-rechtlichen Politikberichterstattung wurde weitgehend aus diesen Studios getragen. 1974 wurde ein ARD-Hörfunk-Sternpunkt in Betrieb genommen, der heute bis zu 1000 Beiträge täglich an die Sender überspielt.

Anfang der 1980er Jahre sendeten einige öffentlich-rechtliche Anstalten inzwischen vier stärker gegeneinander profilierte Programme: Das traditionelle „Erste“ Programm war noch immer ein „Kästchenangebot“ und bündelte die traditionelle Politikberichterstattung (WDR 1, HR1, NDR 1). Das „Zweite“ oder – im Süden – „Dritte“ Programm war ein magaziniertes popmusikalisches Service- und Informationsprogramm (WDR 2,

¹⁷ Wolfgang Hagen, Das Radio. Zur Geschichte und Theorie des Hörfunks – Deutschland/USA, München 2005, S. 319.

¹⁸ Vgl. Gerhard Friedl, Rund um die Uhr aus aller Welt. Hörfunkkorrespondenten der ARD, in: ARD-Jahrbuch 1995, S. 48. Siehe auch den Beitrag von Gemma Pörzgen in diesem Heft.

NDR 2, Bayern 3, SWF 3, HR3); es wurde die neue „Leitwelle“, sendete nutzerorientierte Informationen und setzte auf den Nebenbeihörer. Dazu kam – im Norden als „Drittes“, im Süden als „Zweites“ Programm – eine Kulturwelle mit traditionellen „Kästchenangeboten“ (NDR 3, WDR 3, HR2, SWF 2, BR 2). In den 1980er Jahren wurden diese Angebote durch schlagerorientierte Heimatwellen ergänzt (SR 3 Saarlandwelle, HR4, WDR 4). Die Pop- und dann die noch jungen Schlagerwellen waren die hörerreichersten öffentlich-rechtlichen Angebote. Als „Faktor der öffentlichen Meinung“ aber, so der damalige SWF-Intendant Willibald Hilf bereits 1983, sei der Hörfunk „im Vergleich zu den Zeitungen, den Zeitschriften und dem Fernsehen nur noch gering zu veranschlagen“.¹⁹

Es waren und blieben die eher randständigen Sendebereiche (Nachtprogramm, Ausländerprogramm), in denen die ARD gemeinsame Programme anbot. In den 1980er Jahren wurde aus dem Klassiker „Musik bis zum frühen Morgen“ der schlagerdominierte „ARD-Nachtexpress“. Parallel entstanden für Klassikliebhaber das „ARD-Nachkonzert“ (1980) sowie für Rockmusikfans der „ARD-Nachrock“ (1985).

Duales System

1986 endete die Alleinherrschaft der inzwischen rund 28 ARD-Programme auch im Hörfunkbereich. Mit Radio Schleswig-Holstein (RSH) startete das erste landesweite private und rein werbefinanzierte Hörfunkprogramm und eröffnete die Konkurrenzkämpfe zwischen öffentlich-rechtlichem und privatem Hörfunk. NDR 2 gegen RSH, Radio Hamburg oder FFN, Bayern 3 gegen Antenne 3 – das waren nach der (schrittweisen) Etablierung des dualen Hörfunksystems die neuen Konfliktlinien. Es ging hier nicht um Politik, Kultur oder gehobene Unterhaltung. Werben- de Radios konkurrierten mit werbenden Radios, eine populäre UKW-Frequenz gegen eine andere UKW-Frequenz. Und nun – rund 10 Jahre nach dem Gründungsboom – verloren gerade die bislang viel gehörten, weitgehend werbefinanzierten und serviceorientierten ARD-Wellen zahlreiche Hörerinnen und Hör-

¹⁹ SWF-Intendant Hilf nennt Schwerpunkte in Hörfunk und Fernsehen, in: SWF-1, (1983) 2, S. 4.

rer. 1978 hatte WDR 2 etwa 6,3 Millionen Hörer, 1998 waren es noch 2,8 Millionen; NDR 2 rutschte von 5,3 Millionen auf 1,9 Millionen. Während 1950 alle Hörer ausschließlich ARD hörten, fiel der Marktanteil der ARD nach 1986 auf 60,1 Prozent (1994) und weniger.²⁰ Das war – wie früher bei der Einführung des Fernsehens – für die Programmverantwortlichen bei der ARD ein „Schock“.²¹

Nach der Wiedervereinigung 1990 wurde das duale System schrittweise auch auf Ostdeutschland ausgeweitet: 1992 wurden der Ostdeutsche Rundfunk Brandenburg (ORB) und der Mitteldeutsche Rundfunk (MDR) in die ARD aufgenommen. Sie hatte jetzt elf öffentlich-rechtliche Mitglieder, strahlte 46 Programme aus und sendete 372 905 Stunden Programm im Jahr. 54 Prozent davon bestanden aus Musik, 42 aus gesprochenen Inhalten – und zwar zu diesen Anteilen: Politik 14 Prozent, Magazine 11 Prozent, Kultur 5 Prozent, Unterhaltung 4 Prozent, Familienprogramm 3 Prozent, Sport 1,4 Prozent, Bildung 1,1 Prozent, Hörspiel 0,6 Prozent. Eine Sendeminute kostete 99 DM.

Die Hörerverluste der ARD-Sender führten zu radikalen Neuaufstellungen der öffentlich-rechtlichen Hörfunkwellen. Die Programmangebote wurden zunehmend musikalisch definiert, „durchhörbarer“ gemacht und innerhalb der Häuser deutlicher gegeneinander positioniert – ein Prozess, der Jahre dauerte und offenbar innerhalb der ARD abgestimmt stattfand.²² Schließlich wurde das ARD-Hörfunkangebot nochmals erheblich ausgebaut. Die erste neue Gründungswelle begann in den 1990er Jahren, als die öffentlich-rechtlichen Sender ihre eigenen Jugendwellen einrichteten. Fritz (1993), N-Joy Radio (1994) oder Eins Live (1995) wandten sich zielgruppenorientiert an die Jugend. Die neuen Jugendwellen wurden außerhalb der traditionellen Sender aufgebaut, ihre Namen verwiesen schon nicht mehr auf die jeweils

²⁰ 2003 lag er dann bei 55,4 Prozent und 2008 bei 57,1 Prozent. Vgl. ARD-Jahrbuch 2004/05, S. 206; ARD-Jahrbuch 2009, S. 214.

²¹ Manfred Jenke, *Medien für Menschen. Texte 1963–1993*, Köln 1993, S. 40.

²² Beispielsweise: „Die Reformfähigkeit hat die ARD 1993 mit einer Fülle grundlegender Schritte bewiesen. So wurde die Zusammenarbeit im Hörfunk (...) intensiviert.“ Jobst Plog, *Zweierlei Duales System*, in: ARD-Jahrbuch 1993, S. 13.

verantwortliche Anstalt, und die Konzepte orientierten sich nicht mehr an Magazinen, sondern am Formatradio. Der Musikanteil lag bei bis zu mehr als 80 Prozent (N-Joy) – und in der interessierten Öffentlichkeit begannen die Diskussionen um eine zunehmende Angleichung (Konvergenz) von privatem und öffentlich-rechtlichem Hörfunk.

Das Wort wird selbständig

Die musikorientierte Formatierung der ARD-Radios – von Region zu Region eigenständig umgesetzt – war freilich nur durch die Auftrennung des Radioangebots in Musik- und Wortwellen möglich. Das Wort wurde selbständig, musste selbständig werden.²³ 1989 schuf der NDR mit NDR 4 ein erstes wortdominiertes Programm im „Kästchenformat“ – hier fanden die politischen Angebote im Ein-Prozent-Umfeld ihre neuen Sendeplätze. Die eigentliche Neuorientierung folgte mit dem Inforadio B 5 aktuell (1991) und dann mit MDR Info (1992), Inforadio (1995) oder HR-Info (2004). Hier bestanden 1999²⁴ bis zu 91 Prozent (MDR Info) des Programms aus „Politik“. Die Inforadios folgten nicht mehr der Machart traditioneller Politiksendungen oder Magazine; sie sendeten Nachrichten im 15- oder 20-Minuten-Takt – und empfahlen 15 Minuten als ideale Zuhördauer. Die Infoellen erforderten – nach dem papierorientierten Hochkulturjournalismus der ersten Radiojahre und dem stärker akustisch orientierten Magazinjournalismus der 1970er Jahre – einen nun ganz neuen Koordinations- und Managementaufgaben unterworfenen Journalismus. Auch dessen Zeit scheint begrenzt: In ersten Funkhäusern (Saarbrücken, Bremen, Berlin) sind bereits trimedial (Hörfunk, Fernsehen, online) arbeitende Journalisten tätig.

Zur Geschichte der ARD gehören auch die Debatten um Zusammenlegungen, Kooperationen und Ausweitungen, kurz: um eine „Reform der ARD“. Schon seit Ende der

²³ Vgl. Hans-Jürgen Krug (verantw.), Wann ist die beste Zeit für Politik? Hamburger Radiomacher berichten, Originaltoncollage von Studentinnen des Instituts für Medien und Kommunikation der Universität Hamburg, gesendet am 3. 4. 2009 auf Tide 96,0.

²⁴ Nach 1999 ersetzte die ARD in ihren Zählungen die Kategorie „Politik“ durch „Information und Service“.

1960er Jahre wurde über eine Zusammenführung von SDR, SWF, HR bzw. SR diskutiert und seit 1972 sendeten SDR, SWR und SR gemeinsam ein Kulturprogramm. 1990 forderte SR-Intendant Manfred Buchwald, 18 öffentlich-rechtliche Hörfunkprogramme zu zwei nationalen Programmen zusammenzufassen – erfolglos. 1995 sahen die damaligen Ministerpräsidenten Kurt Biedenkopf (Sachsen) und Edmund Stoiber (Bayern) in der ARD ein „konzernähnliches Gebilde“, in den Sendern „de facto Tochtergesellschaften der ARD“ und forderten eine Strukturreform.

1998 endete die Phase der Expansion. Erstmals in ihrer nun fast 50-jährigen Geschichte wurde die ARD quantitativ zurückgebaut. Der erste „Einschnitt“²⁵ war die Gründung des Südwestrundfunks (SWR) aus SWF und SDR; 2003 wurde aus SFB und ORB der Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB). Und auch zwischen den Landesfunkhäusern wurde – auf kleinerer Ebene – die Kooperation verstärkt: Der NDR und Radio Bremen gründeten gemeinsam das Nordwestradio (2001); die WDR-Welle Funkhaus Europa wurde auch von Radio Bremen und RBB ausgestrahlt; SWR und SR veranstalteten stundenweise eine identische Jugendwelle. Das SWR-Angebot Dasing wird seit 1999 16 Stunden am Tag auch als SR-Welle Unserding gesendet. Eine „aktuelle Sendung“ besteht inzwischen zu 40 bis 50 Prozent aus Material, das aus dem ARD-Programmaustausch stammt,²⁶ Tendenz steigend. Der Sound der regionalen ARD-Sender ist also längst nicht mehr nur regional.

Gemeinsame, nationale Radioprogramme wurden außerhalb des nachtmusikalischen Gemeinschaftsprogramms von der ARD nicht umgesetzt, alle UKW-Angebote blieben regionale, gelegentlich durch Kooperationen überregional erweiterte Angebote. Auch ein gemeinsames nächtliches Nachrichtenprogramm blieb bisher nur eine Idee. Doch die Struktur der Radioprogramme hat sich inzwischen radikal verändert: Die regionalen ARD-Hörfunkwellen sind in den Tagesstrecken formatiert und – strukturell sehr ähnlich – an

²⁵ K. Dussel (Anm. 3), S. 206.

²⁶ Zahlen nach: Gernot Romann, Nicht nur in der Nacht. Kooperationen sichern Vielfalt und Wettbewerbsfähigkeit des Hörfunks in der ARD, in: ARD-Jahrbuch 2004/05, S. 78.

Musikfarben und Altersgruppen ausgerichtet; nicht zufällig wurde deshalb immer wieder die „Konvergenz“ von öffentlich-rechtlichem und privatem Hörfunk diskutiert.

Heute bietet jedes öffentlich-rechtliche ARD-Mitglied zwischen drei und acht UKW-Programme an, die ähnlich geordnet sind: Neben (1) Regionalprogrammen mit Schlagerdominanz und großem Publikumszuspruch (NDR 90,3; HR4; WDR 4, SWR 4 Baden-Württemberg, MDR 1 Radio Sachsen, Bayern 1) gibt es (2) popdominierte Musik- und Servicewellen (NDR 2, WDR 2, HR3, Bayern 3, SWR 3), (3) Kultur- bzw. Klassikwellen (WDR 3, HR2 Kultur, Bayern 2, SR 2 Kulturradio, RBB Kulturradio), (4) Jugendprogramme (Eins Live, N-Joy, Fritz, Dasing, Unserding) sowie (5) weitgehend musikfreie Wort- oder Informationsprogramme (WDR 5, B5 aktuell, Inforadio, MDR Info, HR-Info). Gelegentlich treten (6) noch Multikultiwellen dazu (Funkhaus Europa).

Die ARD-Programme können inzwischen auch übers Internet, über Kabel oder Satellit – und damit überregional – gehört werden; doch die Radionutzung beschränkt sich in Deutschland fast vollständig auf UKW (Aktuelle Zahlen gehen immer noch von 90 Prozent aus). UKW-Hörer sind außerordentlich sendertreu, sie nutzen durchschnittlich nur 1,5 Programme.

Nach dem UKW-Radio: Design und Digitalisierung

1950 starteten die ARD und die UKW-Radios. Technisch betrachtet, beruhten die ARD-Hörfunkstrukturen auf den – regionalen – Möglichkeiten der neuen Ultrakurzwellen. Durch die Digitalisierung des Hörfunks haben die Ultrakurzwellen ihre Zukunft verloren, 2015 soll UKW auch in Deutschland abgeschaltet sein.^{F27} Als die ARD gegründet wurde, gab es nur ARD-Hörfunk auf einem konkurrenzfreien, rein öffentlich-rechtli-

^{F27} Innerhalb der ARD scheint man aber auch davon auszugehen, dass UKW „erstaunlich gute Gene hat“ und noch für „viele, viele Jahre“ bleibt. NDR-Hörfunkdirektor Joachim Knuth auf dem Kongress „Radio der Zukunft“, Karlsruhe, 11.12.2009, online: www.lfk.de/Radio_der_Zukunft/download/media/Radio_der_Zukunft_ZKM_Kurzbriefing%201.mp3 (3.3.2010).

chen Markt. Inzwischen ist der Hörfunk neben Fernsehen, Internet und mehrmedialen Presseprodukten ein elektronisches Medium neben anderen geworden, es gibt öffentlich-rechtliche, private und internationale Anbieter und wechselnde politische Ansprüche. Es sind vor allem die digitalen Veränderungen, die zum stillen Umbau in der ARD und zur Stärkung der ARD auch im Hörfunkbereich geführt haben. Diese Stärkung fand auf verschiedenen Ebenen statt:

- Werbung: Die verschiedenen Hörfunkwellen sind inzwischen formal in das ARD-Marketing eingebunden. Die ARD wirbt heute unter dem Slogan „ARD. Radio & TV“.
- Internet: Die ARD-Mitglieder präsentieren ihre Fernseh- und Radioangebote im Internet auch unter dem ARD-Label. Unter www.radio.ard.de sind relevante Radiothemen gebündelt, unter „RadioNet“ bietet die ARD-Plattform dort zudem Zugänge zu den online verfügbaren ARD-Radiowellens. In der digitalen Welt^{F28} ist die ARD mit Hörfunkthemen also noch präsenter als im UKW-Bereich.
- Radiokultur: Vor allem innerhalb der teuren Kultur- und Klassikwellen haben ARD-weite Sendungen unter dem gemeinsamen Label erheblich an Bedeutung gewonnen. „ARD Radioabende“ und „ARD Radionächte“ über Bücher, Hörbücher oder für Kinder werden immer wieder ins Programm der Kulturradios genommen. Die Reihen „ARD Radio Tatort“ und – mit investigativen Absichten – „ARD Radiofeature“ wurden eingerichtet, es gibt sogar „ARD Hörspieltage“. 2009 fand erstmals ein „ARD Kultursommer“ statt: Für einige Zeit sendeten die Kultur- und Klassikradios ein identisches, de facto nationales Abendprogramm. Kooperationen sollen innerhalb der ARD ein „zentrales Thema für die nächsten Jahre“ werden.^{F29} Eine der neuen Formen dürfte die (regionale) „Konzentration auf Programmgenres“ werden.
- Trimedialität: Die Grenzen zwischen ARD-Hörfunk und ARD-Fernsehen wer-

^{F28} Das digitale Programm bouquet heißt seit 1997 ARD-Digital.

^{F29} So der ARD-Vorsitzende Peter Boudgoust in der ARD-Pressemeldung „Notwendigkeit von ARD-internen Kooperationen bekräftigt“, 2.12.2009.

den durch neue Techniken und neue Managementstrategien durchlässiger. In den modernsten Funkhäusern (Saarbrücken, Bremen, Berlin) wird inzwischen trimedial und themenorientiert in newsrooms (zentrale Nachrichtenredaktionen) gearbeitet, die Konkurrenz zwischen Fernsehen und Radio wird hier durch Kooperation zu Gunsten der Zentralmarke ersetzt.³⁰ Vorläufer dieser neuen, mehrmedialen Kooperationen dürften die „ARD Themenwochen“ sein, die (von einer ARD-Strategiegruppe initiiert) 2006 gestartet wurden. Hier geht es auch um Themensetzung: 2008 widmeten sich zum Beispiel 2000 Sendungen dem Thema Demographie, 340 Stunden im Fernsehen, 287 Stunden im Hörfunk. Das Thema war stärker als das Medium, die ARD stärker als der einzelne Sender.

Heute bilden neun öffentlich-rechtliche Sender die ARD – nur noch RB, BR und HR sind seit der Gründung 1950 dabei. 2008 strahlten 56 UKW-Wellen (darunter 18 Informations- und Klassikprogramme) 521 853 Stunden Programm aus, 62 Prozent davon bestanden aus Musik, 38 Prozent aus gesprochenen Inhalten;³¹ mit diesem Angebot erreichte die ARD rund 57 Prozent der Hörerinnen und Hörer. Hinzu kamen weitere Hörfunkangebote, die ausschließlich digital empfangen werden können – und damit empirisch fast hörlos sind.

Die alte Angst vor zu viel Einheit scheint inzwischen verblasst, die ARD ist auch im Hörfunkbereich enger zusammengewachsen. Hinter dem einst lockeren Senderverbund scheinen sich auch Strukturen eines eigenständigen Medien- und Hörfunkkonzerns zu entwickeln. Angesichts der neueren Medienentwicklungen kann das freilich kaum überraschen. Statt „so viel Einheit wie nötig“, lautet das Motto im Radiobereich inzwischen: „Gemeinsam sind wir stärker.“³²

³⁰ Vgl. Hans-Jürgen Krug, Trimediale Redaktionsarbeit im Print-, Radio- und Online-Journalismus, Vortrag an der Fachhochschule Kiel, 6.4.2009; Florian Schwinn, Der mit den CvDs tanzt, in: CUT, (2007) 5, S. 14.

³¹ Vgl. ARD-Jahrbuch 2009, S. 371.

³² Wolfgang Schmitz, Alleine sind wir stark, gemeinsam sind wir stärker, in: ARD-Jahrbuch 2009, S. 92ff.

Knut Hickethier

„Tatort“ und „Lindenstraße“ als Spiegel der Gesellschaft

Serien haben kulturell noch immer einen schlechten Ruf. Dabei können sie anders als die üblicherweise auf 90 Minuten begrenzten Kinospielefilme länger, ausdauernder und weniger punktuell von den Menschen erzählen. Sie können deren Handeln über eine lange Zeit begleiten und dabei auch vielfältige Figurenkonfigurationen entstehen und wieder vergehen lassen. Serien können deshalb differenzierter Wirklichkeit in den menschlichen Beziehungen sichtbar machen, vor allem auch dann, wenn sie mit ihren Figuren, ihren Handlungsorten und ihren Geschichten im Hier und Jetzt der Zuschauer verankert sind. „Tatort“ und „Lindenstraße“ sind solche Institutionen in einem Maße wie kaum andere Serien im deutschen Fernsehen.

Knut Hickethier

Dr. phil., geb. 1945; Professor am Institut für Medien und Kommunikation der Universität Hamburg, Von-Melle-Park 6, 20146 Hamburg.
hickethier@uni-hamburg.de

Anders als die vielgerühmten amerikanischen Serien, deren Welten auf deutsche Zuschauer letztlich immer fremd, exotisch, oft auch künstlich wirken, zeigen „Lindenstraße“ und „Tatort“ bundesdeutsche Milieus und Situationen, die letztlich mehr Vertrautheit, mehr Zugehörigkeit signalisieren, auch wenn viele Handlungsorte und Geschehen der Mehrheit der Zuschauer unbekannt sind. Im Gros leben die deutschen Serien von der Wiedererkennbarkeit ihrer Figuren und deren Geschehnisse. Das lässt sie gelegentlich bieder wirken, ohne dass ihre Handlungen deshalb weniger aufregend wären.

Fernsehserien stellen deshalb „kulturelle Foren“¹ dar, auf denen in lebensnahen Situationen gesellschaftliche Probleme erörtert und verhandelt werden. Dass es sich hier um

¹ Horace M. Newcomb/Paul Hirsch, Fernsehen als kulturelles Forum. Neue Perspektiven für die Medienforschung, in: Rundfunk und Fernsehen, 34 (1986), S. 177–190.

fiktionale Formen handelt, die eben keinen Anspruch erheben, unmittelbar identifizierbare Personen darzustellen, erlaubt es, Sachverhalte und Verhaltensweisen anzusprechen, die im dokumentarischen Bereich so nicht möglich wären und sich nicht in gleicher Weise idealtypisch zuspitzen ließen. In komprimierter und gleichzeitig überdeutlicher Form führen die Serienfiguren die Probleme vor, die im gesellschaftlichen Leben virulent sind. Aufgrund ihrer Überspitzung lassen sich die hier angesprochenen Konflikte und Lösungen besonders gut diskutieren. An ihnen entzünden sich Streitgespräche der Zuschauer, die wiederum zur Festigung von Maßstäben und zur Neuorientierung von Handlungsmaximen im realen Leben dienen können.

Genres im Fernsehen – Stabilisierungssysteme der Gesellschaft

Mit der „Lindenstraße“ und dem „Tatort“ sind zwei zentrale Fernsehgenres angesprochen: Die Familiengeschichte und die Kriminalgeschichte. Beide Genres hat es bereits in der Massenunterhaltung seit dem 19. Jahrhundert in vielen Medien, vom Kolportageheft bis zum Theater, vielfach gegeben, aber erst im Fernsehen haben sie ihre wirkliche Bedeutung erlangt. Beide stehen in einem eigentümlichen Spannungsfeld: Die Familiengeschichte zeigt die Innenseite, das Private, und wirkt von hier aus nach außen. Die Kriminalgeschichte zeigt die Bedrohungen der Einzelnen durch die Außenwelt und wirkt von hier aus nach innen. Deshalb ist die Familiengeschichte – bei allen Störungen und Gefährdungen, die die Familie erfährt – immer ein Ort der erhofften oder versprochenen Harmonie, des friedvollen Miteinanders, während die Kriminalgeschichte den Konflikt der Individuen mit den Normen und Institutionen der Gesellschaft zum Thema hat.

Das Fernsehen kann von diesen Verschränkungen von Innenwelt und Außenwelt in vielfacher Variation wieder und wieder erzählen, weil es als Medium selbst die Verbindung von Innerem und Äußerem zum eigenen Thema gemacht hat. Als Öffentlichkeit schaffende Institution ist das Fernsehen in der privaten Welt seiner Zuschauer verankert, verbindet somit Innen- und Außensphäre aufs Engste und variiert diese Verbindung in zahlreichen Programmformaten.

„Das Erste“, wie das Gemeinschaftsprogramm der ARD genannt wird, ist letztlich die Mutter der deutschen Fernsehprogramme (sieht man einmal von den mühseligen Programmversuchen vor 1945 ab). Es hat im deutschen Fernsehen die Familiengeschichte und die Kriminalgeschichte als Fernsehgenres in Gang gesetzt, an ihm haben sich letztlich auch die meisten nachfolgenden und erfolgreichen deutschen Produktionen in diesen Genres ausgerichtet.

Welt der Familien – die „Lindenstraße“

Die „Lindenstraße“ hat prominente Vorgänger: Von 1954 bis 1960 produzierte der Nordwestdeutsche Rundfunk (NWDR), ab 1956 der Norddeutsche Rundfunk (NDR), die für damalige Verhältnisse „endlos“ erscheinende Serie „Unsere Nachbarn heute Abend – die Schölermanns“. Alltagsszenen wurden von Darstellern gespielt, deren Namen den Zuschauern anfangs unbekannt waren, wodurch der Realitätseindruck der Szenen noch erhöht wurde. Lotte Rausch als Mutter und Willy Krüger als Vater wurden frühe Institutionen, Charles Brauer, später „Tatort“-Kommissar, spielte Sohn Heinz. Zahlreiche weitere ARD-Familien folgten, von den „Hesselbachs“ (1960–1967) über „Die Unverbesserlichen“ (1965–1971) bis zur „Lindenstraße“, die ab Dezember 1985 (bis Mitte Mai 2010 in 1275 Folgen) als erste *weekly soap* – ähnlich den „Schölermanns“ – auf „Endlosigkeit“ hin angelegt wurde.

Die „Lindenstraße“ war eine Reaktion auf die amerikanischen Importe von „Dallas“ und „Denver Clan“ und etablierte – in Anlehnung an amerikanische Formate – eine neue, personenstarke Groß Erzählung von der bundesdeutschen Gesellschaft. Zwar wurde diese in Staffeln produziert, aber mit offenem Ausgang, so wie auch das Leben letztlich nur selten fein abgestimmte, auf Höhepunkte und Pointen ausgerichtete Dramaturgien kennt.

Diese Familiengeschichten der „Lindenstraße“ bilden in toto eine Art von „Innenseite der Gesellschaft“, in ihnen wird Gesellschaft in der Form von Beziehungsproblemen zur Anschauung gebracht. Das Serienpersonal erhebt den Anspruch, einen Querschnitt der Gesellschaft abzubilden. Nicht nur sind alle Altersgruppen vertreten, Tod und Geburt von Serienfiguren stehen für den Wandel, auch die

sozialen Schichten werden ebenso wie Randgruppen und Minderheiten repräsentiert. Zwar gibt es – Identifikation stiftend – einige Kernfamilien vor allem um Helga und Hans Beimer (gespielt von Marie-Luise Marjan und Joachim Hermann Luger), Gaby und Andy Zenker (Andrea Spatzek und Jo Bolling), um Momo (Moritz Zielke), Klaus Beimer (Moritz A. Sachs) und andere, doch es ist vor allem die große Gruppe sonstiger Darsteller, die durch ihre Vielfältigkeit Alltagsnähe suggeriert. Ungefähr fünfzig Schauspieler gelten als Hauptdarsteller, immer wieder kann es deshalb zu neuen Konstellationen kommen, neue Figuren tauchen auf, andere verschwinden für eine Zeit oder für immer.

„Realitätsnähe“ wird hier zum Markenzeichen, wobei diese „Realität“, ihrerseits schon im Vorfeld publizistisch konturiert ist, weil sie in Zeitungen, Zeitschriften und in den Informations- und Ratgebersendungen der Medien selbst bereits erörtert wurde. Schnelle Erkennbarkeit ist das Prinzip. Krankheiten in der „Lindenstraße“ sind die gerade in der aktuellen öffentlichen Diskussion stehenden Krankheiten: „Benno hat Aids“ wurde zu einem Slogan, der Ende der 1980er Jahre weit über die Sendung hinaus zum Schlagwort wurde. HIV-Infektion und Aids-Tod waren schon vorher Thema der öffentlichen Debatte gewesen, aber die „Lindenstraße“ popularisierte das Thema und machte es für breite Schichten der Bevölkerung diskutierbar. Letztlich betrieb die „Lindenstraße“ hier Aufklärungsarbeit im sozialen Rahmen.

Später waren es dann die Alzheimer-Krankheit (bei der Serienfigur Hubert Koch), Behinderungen (wie die spastische Lähmung von Christoph Bogner und das Down-Syndrom beim Sohn Martin von Anna Ziegler und Hans Beimer) oder dann 2009 die Herzkrankheit von Erich Schiller. Es ist dabei ein Kennzeichen der Serie, dass die Krankheiten explizit benannt, die Diagnosen diskutiert und die Folgen angesprochen und gezeigt werden. Damit werden die Probleme konkret erkennbar und lassen sich von den Zuschauern mit Problemen im eigenen Leben oder im Leben von Freunden und Verwandten direkt in Beziehung setzen.

Ähnlich ist dies bei zahlreichen anderen in der Serie erörterten Problemen wie Ehekrisen, Fragen der Pubertätsbewältigung, schwierige Schwangerschaften, Kindesmisshandlungen,

Potenzstörungen, gleichgeschlechtlichen Beziehungen, Konflikten im Zusammenhang mit Coming-out-Ereignissen, Essstörungen, extremistischen Neigungen, Drogenabhängigkeit usw. Kein Problem des realen Lebens ist den „Lindenstraßen“-Figuren fremd. Typisch für die „Lindenstraße“ ist dabei, dass diese Themen nicht nur punktuell ein Mal erörtert werden, sondern über mehrere Folgen hinweg aus unterschiedlichen Perspektiven immer wieder angesprochen werden. Für das Publikum sind damit längerfristige Auseinandersetzungen mit ihnen möglich.

Da die Dramaturgie auf kurze Episoden in jeweils drei Handlungssträngen mit etwa zwanzig Episoden pro Folge aufgebaut ist, können auch andere gesellschaftliche Themen angespielt werden. Pointierte Behandlungen sind vorherrschend. Arbeitssuche ist bei mehreren Personen fortgesetztes Thema gewesen; Ausbildungsfragen, fehlende Berufschancen und Behinderungen im eigenen Fortkommen bestimmen vielfach das Handeln der jüngeren Figuren; Verschuldungen bei Kreditheilen, Probleme mit dem Wohnen und die Veränderung von Lebensweisen werden immer wieder gezeigt; vegetarische Ernährung, der Kampf gegen artfremde Tierhaltung, alternative Energiegewinnung, die Auseinandersetzung mit Doping beim Sport, das Problem der Wehrdienstverweigerung, die Belastungen beim Zivildienst, die Situation junger Soldaten, Fremdenhass und Rechtsradikalismus sind wiederholt zur Sprache gekommen; auch militanter Islamismus wurde gezeigt.

Immer ist bestimmend, dass diese Themen schon im öffentlichen Gespräch sind und dass sie in der Serie in den menschlichen Beziehungen eingebettet sind. Sie werden nicht allgemein oder journalistisch aufbereitet angesprochen, sondern sie drängen sich in die Welt der Familien und der Lebensbeziehungen hinein, fordern damit die anderen Figuren heraus, sich zu ihnen zu verhalten und Meinungen zu entwickeln. Auf indirekte Weise betreibt die „Lindenstraße“ damit auch eine Art verdeckter Spezialpädagogik. Letztlich steckt hinter der Geschichte oft die untergründige Moral: Man muss über alles sprechen, dann wird alles gut.

Dass die „Lindenstraße“ ein gesellschaftliches Spiegelbild sein will, wird von Fans und Kritikern auch darin gesehen, dass bei be-

stimmten vorhersehbaren gesellschaftlichen Ereignissen die Figuren auch direkt zu den realen Ereignissen Stellung nehmen. Hier wird gelegentlich eine sehr enge Verknüpfung von realen Geschehnissen und Seriengeschichten hergestellt. Prominentestes Beispiel dafür sind die Bundestagswahlen, bei denen oft direkte Einspielungen eingebaut werden und die Figuren diese kommentieren, wobei oft mehrere Versionen der Sequenz vorproduziert wurden. Direkte Verknüpfungen bestehen auch, wenn zum Beispiel die Serienfiguren Hajo Scholz (Knut Hinz) und Andy Zenker (Jo Bolling) in der „Lindenstraße“ für „Strom ohne Atom“ werben und darüber hinaus in der Wirklichkeit außerhalb des Fernsehens eine Homepage besteht, auf der direkt für einen Stromanbieterwechsel geworben wird.

Die „Lindenstraße“ will nicht nur Gesellschaft abbilden, sondern sie zumindest in einigen Dingen auch beeinflussen und verändern. Dies führt oft zu erregten öffentlichen Debatten, von den Serienmachern nicht ganz ungewollt, aber in ihrer konkreten Erscheinung nicht immer vorausgesehen. Etwa als die „Lindenstraßen“-Figur Chris Barnsteg (Stefanie Mühle) 1988 den damaligen CSU-Staatssekretär Peter Gauweiler als „Faschisten“ bezeichnete, weil dieser eine Ghettoisierung Aids-Krankergefordert hatte. Gauweiler reagierte mit einer Verleumdungsklage.

So offensichtlich bei solchen Verknüpfungen der Bezug zur Wirklichkeit ist, wichtiger ist die Beschäftigung mit den längerfristigen Themen und Debatten der Gesellschaft, weil hier unterschiedliche Perspektiven und Reaktionsweisen vorgeführt werden können. Damit gelingt es stärker, Positionsvielfalt sichtbar zu machen und die Zuschauer anzuregen, selbst zu einer eigenen Haltung zu finden.

Die Bezüge zu der gesellschaftlichen Realität der Bundesrepublik sind in der „Lindenstraße“ so plakativ, dass man sich fragen kann, ob dies nicht doch letztlich immer eine Medienwirklichkeit ist, auf die hier Bezug genommen wird. Denn die Form der kurzen Handlungseinheiten, in denen sich hier Geschichten entwickeln, lässt tiefer gehende Überlegungen nicht wirklich zu. Irritierende Fremdheiten, unerwartete Situationen, längere Beobachtungen sind in der Dramaturgie nicht möglich, alles muss rasch auf eine Pointe, eine Zuspitzung hinauslaufen.

Regionalität der Verbrechen – „Tatort“

Die zweite große Form, in der sich Gesellschaft im deutschen Fernsehen darstellt, ist der „Tatort“. Hier wird Gesellschaft als Konfliktfall zwischen den Individuen und den Normen der Gesellschaft vorgeführt. Das Schema ist in allen Folgen weitgehend gleich, wie bei fast allen Fernsehkrimis: Am Anfang steht ein Verbrechen, zumeist ein Mordfall („Tatort“-Regel: Der Mord muss innerhalb der ersten zehn Minuten geschehen), weil dieser die Normverletzung schlechthin darstellt. Dieses Verbrechen fordert das Eingreifen der für Ordnung und Sicherheit sorgenden Institutionen heraus. Die Akteure der Aufklärung, der Detektion, kommen dem Täter auf die Spur und stellen ihn, so dass die am Anfang gestörte Ordnung am Ende wieder hergestellt wird.

Auch der „Tatort“ hat eine Vorgeschichte. Nach der lang laufenden Präventionsserie „Der Polizeibericht“ vom NWDR entwickelten der Drehbuchautor Wolfgang Menge und der Regisseur Jürgen Roland daraus 1958 die Serie „Stahlnetz“ (1958–1968), von der Struktur her ähnlich dem „Tatort“: wechselnde Kommissare an wechselnden Handlungsorten, immer aber in der Bundesrepublik, an Orten, die der Zuschauer kennen konnte und die er dann auch wiedererkannte. Von „Stahlnetz“ wurden 22 Folgen produziert. Die Verankerung der Fälle im Hier und Jetzt Deutschlands war neu, die zuvor gezeigten Krimi-Mehrteiler, zumeist von Francis Durbridge, spielten immer in England, obwohl sie in Deutschland und mit deutschen Schauspielern produziert wurden.

Zwei Jahre nach dem Ende von „Stahlnetz“ entstand die „Tatort“-Reihe. Angeblich soll Gunter Witte, Redakteur beim Westdeutschen Rundfunk (WDR), mehrere als Einzelsendungen produzierte Kriminalfilme – als Antwort auf die erfolgreiche ZDF-Serie „Der Kommissar“ – unter dem Reihentitel „Tatort“ und mit einem gemeinsamen Vorspann zusammengebunden haben. Bis Ende April 2010 wurden 762 Folgen produziert und mehrfach (im Ersten wie in allen Dritten Programmen) ausgestrahlt.

Der „Tatort“ ist inzwischen zur langlebigsten und erfolgreichsten deutschen Krimiserie geworden. Sie hat den Föderalismus der ARD (und auch der Bundesrepublik) zum eigenen Strukturprinzip erhoben: Von den einzelnen ARD-Anstalten werden mit jeweils eigenen

Kommissaren und an Handlungsorten der jeweiligen Bundesländer Kriminalgeschichten produziert, die dann gemeinsam auf dem Sonntagabend-Serienplatz gezeigt werden (in der Anfangszeit nur einmal im Monat). Regionalität und ein hoher Aufwand an Inszenierungsleistungen (jede Folge hat Spielfilmlänge) unterstreichen den Anspruch, bundesweit von der Wirklichkeit der Bundesrepublik im Genre des Krimis zu erzählen.

Von Folge zu Folge sorgen wechselnde Regisseure und Autoren für unterschiedliche Handschriften – ein deutliches Gegenkonzept etwa zum ZDF-„Kommissar“, dessen Drehbücher alle der Krimi-Routinier Herbert Reinecker verfasste und die alle in München spielten. Diese Vielfältigkeit der Kommissare, der Orte, des Geschehens beugt dem Verschleiß der Serie vor, so dass der „Tatort“ seine Konkurrenten (zum Beispiel den „Kommissar“) um ein Vielfaches überlebt hat. In der Vielfalt der Regionen liegt das Erfolgskonzept, und der „Tatort“-Verantwortliche beim Südwestrundfunk (SWR), Manfred Hattendorf, stellte kürzlich fest: „Der ‚Tatort‘ will nach wie vor regional bleiben.“¹²

Programmatisch war schon die erste Folge („Taxi nach Leipzig“), die am 29. November 1970 ausgestrahlt wurde: eine Geschichte mit dem sich proletarisch gebenden Kommissar Trimmel (Walter Richter), der ein Ost-West-Verbrechen, Kindestausch und Tod eines kranken Jungen, aufklärte. Die Ermittlung spielte über die innerdeutsche Grenze hinweg, brachte damit die deutsch-deutsche Wirklichkeit in die Geschichte ein. Programmatisch war auch der Schluss der Folge, bei dem der Täter zwar gestellt wird, Trimmel aber auf Strafverfolgung verzichtet, weil der Täter genug am Tod seines eigenen Sohns zu tragen hat. Das traditionelle *Whodunnit* des Krimis wurde bereits in der ersten Folge abgewandelt und damit der Realitätseindruck der Darstellung zusätzlich erhöht.

Auch die Handlungsorte stehen mit ihren regionalen Bezügen und ihren lokalen Erkennbarkeiten für die bundesdeutsche Gesellschaft. Zwar war auch das Österreichische

¹² Dieter Oßwald, Interview mit Manfred Hattendorf, Januar 2009, online: www.tatort-fundus.de/web/zeugen/ard-verantwortliche/hattendorf-20090304.html (19.4.2010).

Fernsehen (ORF) bis 2001 mit 13 Folgen beteiligt und will ab Herbst 2010 auch wieder neue Folgen produzieren, doch der Gesamteindruck ist, dass hauptsächlich die Regionen Deutschlands das Bild des „Tatort“ bestimmen.

Dabei werden nicht nur Großstädte wie Hamburg, München, Köln oder Berlin, sondern auch ländliche Regionen zu Handlungsorten. Legendär sind etwa die frühen „Tatort“-Folgen mit dem Kommissar Finke (Klaus Schwarzkopf), die in Schleswig-Holstein spielten. Dem „Tatort“ ist es immer wieder gelungen, Ortsspezifität mit prägnanten Ermittlerfiguren zu kombinieren: den Kommissar Haferkamp (Hansjörg Felmy) mit Essen, Bienzle (Dietz-Werner Steck) mit Stuttgart, dann auch Ermittlerpaare wie Schimanski/Thanner (Götz George/Eberhard Feik) mit Duisburg, Brockmüller/Stoeber (Charles Brauer/Manfred Krug) mit Hamburg, Ehrlicher/Kain (Peter Sodann/Bernd Michael Lade) mit Leipzig, Odenthal/Kopper (Ulrike Folkerts/Andreas Hoppe) mit Ludwigshafen oder Ballauf/Schenk (Klaus J. Behrendt/Dietmar Bär) mit Köln, um nur einige zu nennen.

Gesellschaftskritische Sujets haben den „Tatort“ von Beginn an bestimmt. Die Trimmel-„Tatorte“ des NDR der ersten Jahre beispielsweise beschäftigten sich mit palästinensischen Attentaten und Flugzeugentführungen, mit Organhandel per Computer, Bundesligaskandalen, illegaler Giftentsorgung und anderem mehr, und oft folgen diese Filme den realen Skandalen (so etwa der Krimi „Platzverweis für Trimmel“, der 1973 dem realen Bundesligaskandal von 1970/71 folgte) und gewinnen so noch eine zusätzliche Verstärkung ihres Realitätsbezugs.

Die Kriminalgeschichten spielen sowohl in Wirtschafts- und Finanzmilieus und eleganten Bankiersvillen als auch in Kleinkriminellenmilieus und Hinterhöfen. Sie steigen in Migrationswelten ein und erkunden Arbeiter- und Unterschichtenverhältnisse ebenso wie zerrüttete Familiengeschichten hinter bürgerlichen Fassaden. Deutlicher als Kriminalserien zuvor wird die bundesdeutsche Gesellschaft als eine Gesellschaft unterschiedlicher Schichten und Klassen dargestellt, und häufig kommt es zu Konflikten zwischen den Vertretern der verschiedenen Schichten. Oft steigt der Zuschauer mit den Kommissaren – und zunehmend auch den Kommissarinnen – in die auch diesen bis

dahin wenig vertrauten Milieus, lernt diese als soziale Wirklichkeiten kennen und kann sich auf diese Weise ein Bild von der sozialen Gestalt der Bundesrepublik machen.

Dass die „Tatorte“ die bundesdeutsche Realität abbilden, ist seit den 1970er Jahren Konsens unter den Zuschauern und Kritikern, auch wenn sich die Filme selbst in der fast vierzigjährigen Laufzeit der Reihe verändert haben. Wiederholt hat es öffentliche Erregung darüber gegeben, dass sich einzelne Personengruppen durch die – letztlich immer fiktionale Darstellung – diskriminiert fühlten, seien es Zahnärzte oder Polizisten oder andere gesellschaftliche Gruppen. Die Fiktion wird hier als dokumentarische Darstellung verstanden – ein deutliches Zeichen dafür, wie sehr die Kriminalfilme des „Tatort“ als Abbild der Gesellschaft und ihrer Teile gesehen werden.

Die großen aktuellen Konflikte der 1970er Jahre, wie Giftmüll-, Psychiatrie- und Bundesligaskandale, sind anderen Konflikten im Bereich der Wirtschaftskriminalität oder auch lokalen Auseinandersetzungen im Jugendbereich gewichen, die oft in neuer Weise für allgemeine gesellschaftliche Kontroversen stehen. Dabei wird oft mit den Vorurteilen der Zuschauer über bestimmte Milieus gespielt: Die Täter sind zumeist doch ganz woanders zu suchen als es zunächst den Anschein hat.

Der gesellschaftliche Wandel lässt sich besonders gut an den Ermittlerfiguren und ihren Veränderungen erkennen. Sie stehen auch für die gesellschaftlich zulässigen Geschlechterrollen, demonstrieren deren Bewertungswandel. Nicht nur sind mit den Kommissarinnen Buchmüller (Nicole Heesters), Lena Odenthal (Ulrike Folkerts) und Charlotte Lindholm (Maria Furtwängler) zunehmend auch Frauen als Ermittlerinnen tätig – und zeigen auch ganz anderen Vorgehensweisen als die patriarchalen Ermittler der Anfangszeit –, es wurden auch verstärkt Ermittlerpaare eingesetzt, so dass hier unterschiedliche Charaktereigenschaften miteinander und gegeneinander eingesetzt werden können. Das geht bis zu parodistischen Formen wie bei dem Münsteraner Ermittlerpaar des Kommissars Frank Thiel und des Rechtsmediziners Jan Friedrich Boerne (Axel Prahl und Jan Josef Liefers), die fast schon den Fokus des Krimis von den Tätern auf die Ermittler verlegen. Gleichviel – die Serienprotagonisten werden dadurch menschlicher, lebensnäher,

und es ist deshalb kein Zufall, dass sie nun gelegentlich auch selbst ins Fadenkreuz der Ermittlung geraten (so geschehen bei Ballauf in „Klassentreffen“, 2010). Der klassische Polizeikrimi wird hier zum Thriller.

Institutionen der Gesellschaftsbilder

„Über viele Jahre hinweg werden beim ‚Tatort‘ kontinuierlich Höchstleistungen erbracht“ stellte der „Tatort“-Kordinator Gebhard Henke in einem Interview fest³ und begründete damit nebenbei, dass gerade die Kontinuität in Verbindung mit dem Variationsreichtum der Folgen den „Tatort“ zu einer Institution der gesellschaftlichen Selbstdarstellung gemacht hat. Der „Tatort“ wie auch die „Lindenstraße“ liefern permanent verlässliche Bilder von der bundesdeutschen Gesellschaft, die inzwischen längst ihre Standards haben und damit Maßstäbe für andere geschaffen haben – Bilder, die fiktional aufbereitet, zugespitzt, überhöht sind. Gerade deshalb sind sie mehr als nur eine bloße Wiedergabe von Oberflächen. Sie liefern Deutungsmuster, wie diese bundesdeutsche Wirklichkeit zu verstehen ist, was im Hintergrund passiert – oder doch zumindest passieren kann.

Die lange Präsenz macht beide Serien zu dominanten Bildagenturen der bundesdeutschen Wirklichkeit, und wir lernen aus ihrem Material auf vielfältige Weise: in der „Lindenstraße“, wie unterschiedlich und variationsreich die Beziehungsverhältnisse längst geworden sind – und dass wir sie zu tolerieren haben, weil es *die* Norm, wie Beziehungen zu sein haben, nicht mehr gibt. Im „Tatort“, dass wir dem schönen Oberflächenschein zu misstrauen haben, dass den Verhältnissen in der Wirklichkeit kritisch zu begegnen ist. Die Krimis etablieren eine „Verdachtskultur“, die der Demokratie und einem gesunden Misstrauen gegenüber den Entscheidungen der Mächtigen nur zugutekommt. Im „Tatort“ erkennen wir die Realität der Bundesrepublik wieder, wie sie ist, wie sie sein könnte und vor allem, wie disparat und vielfältig sie sich entwickelt.

³ Zit. nach: Eric Leimann, Interview mit Gebhard Henke, April 2008, online: www.tatort-fundus.de/web/zeugen/ard-verantwortliche/henke-gebhard-tatort-koordinator.html (19. 4. 2010).

APuZ

Nächste Ausgabe

21–22/2010 · 25. Mai 2010

Pakistan und Afghanistan

Jochen Hippler

Pakistan, seine Stammesgebiete und der Afghanistan-Krieg

Aasim Sajjad Akhtar

(Post-)Koloniale Politik in den Stammesgebieten Pakistans

Olaf Kellerhoff

Rolle des Militärs im politischen System Pakistans

Nusrat Sheikh

Impressionen aus dem Alltag Pakistans

Thomas Ruttig

Stabilisierungsmaßnahmen in Afghanistan

Inken Wiese

Engagement arabischer Staaten in Afghanistan

Renate Kreile

Fragil und umkämpft – Frauenrechte im neuen Afghanistan

Herausgegeben von
der Bundeszentrale
für politische Bildung
Adenauerallee 86
53113 Bonn



Redaktion

Dr. Hans-Georg Golz
Asiye Öztürk
Johannes Piepenbrink
(verantwortlich für diese Ausgabe)
Manuel Halbauer (Volontär)
Telefon: (02 28) 9 95 15-0
www.bpb.de/apuz
apuz@bpb.de

Redaktionsschluss dieses Heftes:
7. Mai 2010

Druck

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH
Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt am Main

Satz

le-tex publishing services GmbH
Weißensefer Straße 84
04229 Leipzig

Abonnementservice

Aus Politik und Zeitgeschichte ist Bestandteil der Wochenzeitung **Das Parlament**. Jahresabonnement 34,90 Euro; für Schülerinnen und Schüler, Studierende, Auszubildende (Nachweis erforderlich) 19,00 Euro. Im Ausland zzgl. Versandkosten.

Vertriebsabteilung **Das Parlament**

Societäts-Verlag
Frankenallee 71–81
60327 Frankfurt am Main
Telefon (069) 7501 4253
Telefax (069) 7501 4502
parlament@fsd.de

Nachbestellungen

IBRo
Kastanienweg 1
18184 Roggentin
Telefax (038204) 66 273
bpb@ibro.de
Nachbestellungen werden bis 20 kg mit 4,60 Euro berechnet.
Für Unterrichtszwecke dürfen Kopien in Klassensatzstärke hergestellt werden.

Die Veröffentlichungen in **Aus Politik und Zeitgeschichte** stellen keine Meinungsäußerung der Herausgeberin dar; sie dienen der Unterrichtung und Urteilsbildung.

ISSN 0479-611 X

60 Jahre ARD

APuZ 20/2010

- Dietrich Schwarzkopf*
3–6 **Die ARD – Begleiterin deutscher Zeitgeschichte**
An einigen herausragenden Beispielen wird gezeigt, welche Rolle die ARD in den 60 Jahren ihres Bestehens als Begleiterin gespielt hat: Wiedervereinigung, Umgang mit der NS-Vergangenheit, Europa, 1968, Terrorismus, duales Rundfunksystem.
- Diemut Roether*
7–13 **Spannungsverhältnisse – eine kritische Würdigung der ARD**
Die aktuellen Debatten um die ARD drehen sich unter anderem um die Schlagworte Qualitätsprogramm versus Quotendruck, Selbstkontrolle, politische Unabhängigkeit, Rundfunkgebühren und Ausbreitung ins Internet.
- Konrad Dussel*
14–22 **Entstehung und Entwicklung einer Gemeinschaft**
Entstanden als Zusammenschluss einiger Radiomonopolisten, hatte sich die ARD zunächst nur mit Gegnern in der Politik auseinanderzusetzen. Nach 60 Jahren sind die Hauptgegner heute die konkurrierenden privaten Fernsehveranstalter.
- Gemma Pörzgen*
22–28 **Die Welt im Blick: ARD-Auslandskorrespondenten**
Die Auslandskorrespondenten sind ein wichtiges Aushängeschild für die ARD. Angesichts der massiven Kürzungen in der Auslandsberichterstattung bei den Printmedien wird ihre Bedeutung in Zukunft noch wachsen.
- Michael Meyen*
28–34 **Die ARD in der DDR**
Die Wirkung der ARD auf die DDR-Bevölkerung wird heute gern überschätzt. Viele DDR-Bürger schalteten ihren Fernseher nicht ein, um an Informationen aus der „freien Welt“ zu kommen, sondern schlicht, um sich unterhalten zu lassen.
- Hans-Jürgen Krug*
35–41 **Von der Vielstimmigkeit zur Marke: 60 Jahre ARD-Hörfunk**
Aus dem lockeren Zusammenschluss regionaler Hörfunkanbieter ist inzwischen ein fest kooperierender Verband geworden. Unter dem gemeinsamen „ARD-Label“ sind mittlerweile mehr als fünfzig Radioprogramme vereint.
- Knut Hackethner*
41–46 **„Tatort“ und „Lindenstraße“ als Spiegel der Gesellschaft**
Seit 40 bzw. 25 Jahren liefern „Tatort“ und „Lindenstraße“ Bilder von der deutschen Gesellschaft. Zwar sind diese fiktional aufbereitet, aber gerade deshalb sind sie in der Lage, Deutungsmuster zu bieten, wie die Wirklichkeit zu verstehen ist.